

Monatsbericht des BMF Juni 2010





Monatsbericht des BMF Juni 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	we niger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, je doch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2010	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine, Publikationen	37
Analysen und Berichte	39
Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin	40
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in	
Busan, Südkorea	
Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	
Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums eingesetz	t59
Statistiken und Dokumentationen	66
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	67
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	92
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	99

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

solide Staatsfinanzen sind zentraler Grundpfeiler einer generationengerechten und stabilitätsorientierten Politik. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung auf ihrer Klausurtagung am 6./7. Juni 2010 die Beschlüsse für das bisher größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gefasst. Mit dem Sparpaket gelingt es, die in Artikel 115 Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten und die Vorgaben des europäischen Stabilitätsund Wachstumspaktes zu erfüllen. Die Bundesregierung erwartet für 2010 allein im Bundeshaushalt ein strukturelles Defizit in Höhe von rund 53 Mrd. € oder 2,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dieser Wert muss nach der neuen Schuldenregel bis zum Haushaltsjahr 2016 auf unter 0,35 % des BIP beziehungsweise rund 10 Mrd. € zurückgeführt werden. Damit steht der Bund ab dem Jahr 2011 vor einer haushalts- und finanzpolitischen Herausforderung, für die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt. Sie zu bestehen, erfordert eine ebenso konsequente wie auch nachhaltige Haushaltssanierung. Dabei dürfen insbesondere den jungen Menschen in unserem Land nicht die Zukunftschancen auf Wohlstand und sozialen Zusammenhalt verbaut werden. Vom Sparpaket ausdrücklich ausgenommen sind Investitionen in Bildung und Forschung, Investitionen in Wachstumskräfte und Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen. Die Haushaltssanierung trägt dazu bei, dass auch nachkommende Generationen auf stabile deutsche Staatsfinanzen bauen können.

Am 20. Mai fand im Bundesministerium der Finanzen (BMF) eine internationale Finanzmarktkonferenz statt. Mit über 200 hochrangigen Teilnehmern wurde intensiv über den Status quo und Reformen der Finanzmarktregulierung diskutiert. Insgesamt zeigte sich auf der Konferenz die gemeinsame



Grundüberzeugung der Teilnehmer, dass die Aufarbeitung des sich aus der Finanzkrise ergebenden Reformbedarfs trotz der bisher erzielten Fortschritte noch nicht abgeschlossen ist und deshalb weiter ganz oben auf der internationalen Agenda bleiben muss. Um Finanzmarktkrisen zukünftig besser zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Haftung und Eigenverantwortung wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen; dabei hat sie auch Vorsorge für etwaige zukünftige Krisen zu treffen. Die Bundesregierung wird zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll. Daneben ist vorgesehen, weitere Maßnahmen zur Kostenbeteiligung des Finanzsektors auf den Weg zu bringen. Hierbei ist jedoch eine internationale oder europäische Vorgehensweise sinnvoll.

Beim Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in Busan, Südkorea, konnte insbesondere bei der Frage der Einführung einer Bankenabgabe und einer Steuer auf Finanzmarktaktivitäten noch keine gemeinsame Position erzielt werden. Die Diskussion auf internationaler Ebene wird weiter intensiv fortgeführt werden. Ende Juni findet das nächste Treffen der Staatsund Regierungschefs der G20 in Toronto, Kanada, statt.

Editorial

Die Steuer- und Sozialabgabenbelastung speziell des Arbeitslohns ist Gegenstand der OECD-Studie "Taxing Wages", deren diesjährige Ausgabe die im OECD-Vergleich weiterhin überdurchschnittliche Belastung der Arbeitnehmer in Deutschland bestätigt. Allerdings fällt die Belastung von Familien im Vergleich zu Alleinerziehenden deutlich geringer aus. Erfreuliches offenbart der Blick auf die Entwicklung im Zeitraum 2000 – 2009: Die seit dem Jahr 2000 beschlossenen Steuer- und Abgabensenkungen haben die Abgabenbelastung nahezu aller betrachteten Haushaltstypen verringert.

Das BMF hat am 14. Juli 2009 eine internationale unabhängige Historikerkommission eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 zu erforschen. Die Kommission setzt sich aus sieben Wissenschaftlern zusammen, die international anerkannte Experten auf dem Gebiet der Erforschung des Nationalsozialismus sowie der Finanz- und

Wirtschaftsgeschichte sind. Zu den zentralen Fragen gehören die Funktion und Tätigkeit des Ministeriums innerhalb des NS-Systems, seine Stellung in Entscheidungsfindungsprozessen und die Untersuchung der Mittelbeschaffung im nationalsozialistischen Staat. Das Ziel des Projekts ist eine Gesamtdarstellung der Funktion und Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums zwischen 1933 und 1945, denn eine solche existiert bisher noch nicht. Die beauftragten Wissenschaftler werden ihre Forschungstätigkeit innerhalb der nächsten drei Jahre durchführen und ihre Ergebnisse veröffentlichen. Das Bundesfinanzministerium leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Funktion des Reichsfinanzministeriums im nationalsozialistischen Unrechtsregime.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2010	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

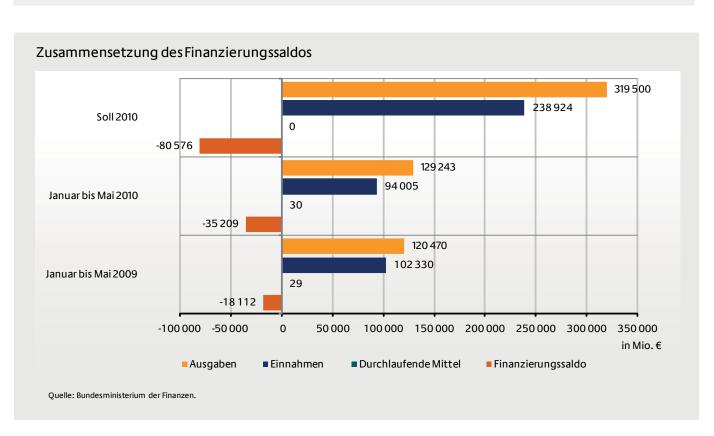
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Mai mit 129,2 Mrd. € um 8,8 Mrd. € (+7,3%) über dem Vorjahresergebnis. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	lst - Entwicklung ¹ Januar bis Mai 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	129,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	7,3
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	94,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-8,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	82,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-3,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-35,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	7,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-42,9

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	vicklung	Veränderung	
	2009	2010	Januar bis	Mai 2010	Januar bis	Mai 2009	ggü. Vorjahr i	
	in Mio.€	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	%	
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	21 552	16,7	21 906	18,2	-1	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	2 388	1,8	2 802	2,3	-14	
Verteidigung	31 320	31 188	12 962	10,0	12 675	10,5	2	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 2 5 8	2 5 3 6	2,0	2 753	2,3	-7	
Finanzverwaltung	3 662	3 944	1 485	1,1	1 363	1,1	9	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	4 887	3,8	4 944	4,1	-1	
BAföG	1324	1 382	674	0,5	657	0,5	2	
Forschung und Entwicklung	8 701	9 124	2388	1,8	2 3 4 9	1,9	1	
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	74 390	57,6	63 692	52,9	16	
Sozialversicherung	76 305	78 088	38 035	29,4	37 154	30,8	2	
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	6 135	4,7	0	0,0		
Grundsicherung für Arbeitsuchende	36 011	38 311	14966	11,6	14716	12,2	1	
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	9 641	7,5	9317	7,7	3	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	1 360	1,1	1 438	1,2	-5	
Wohngeld	784	791	375	0,3	278	0,2	34	
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	1 943	1,5	1919	1,6	1	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	901	0,7	970	0,8	-7	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	362	0,3	365	0,3	-0	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	605	0,5	520	0,4	16	
Wohnungswesen	1 142	1 286	510	0,4	446	0,4	14	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	2 567	2,0	2 479	2,1	3	
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	184	0,1	239	0,2	-23	
Kohlenbergbau	1 375	1 351	1319	1,0	1 3 7 5	1,1	-4	
Gewährleistungen	601	2 050	284	0,2	137	0,1	107	
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	3 669	2,8	3 715	3,1		
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6335	1 471	1,1	1 546	1,3	-4	
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	5 806	4,5	5 565	4,6	4	
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	1 932	1,5	1 971	1,6	-2	
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4 3 2 8	1 201	0,9	1 299	1,1	-7	
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	15 406	11,9	17 284	14,3	-10	
Zinsausgaben	38 099	36 751	15 008	11,6	16718	13,9	-10	
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	129 243	100,0	120 470	100,0	7	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

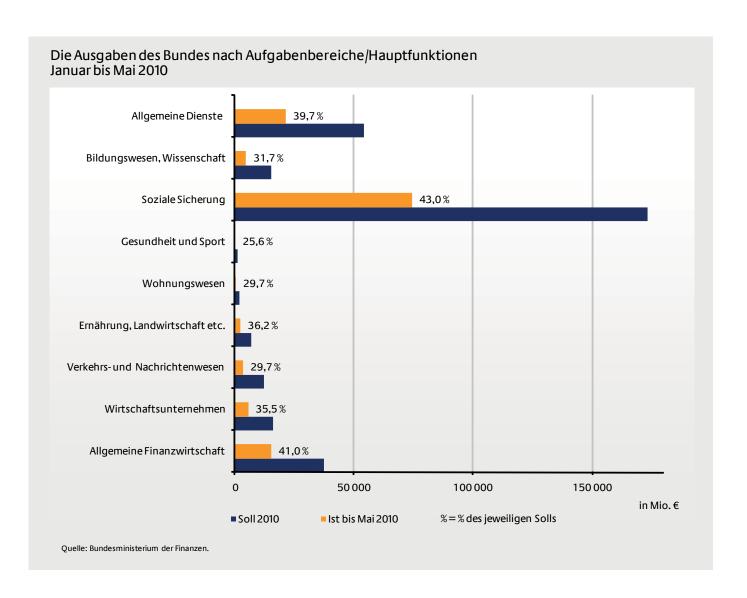
Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Mai lagen mit 94,0 Mrd. € um 8,3 Mrd. € (-8,1%) unter dem Ergebnis bis einschließlich Mai 2009. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 3,1 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 82,9 Mrd. € (-3,5%). Die Verwaltungseinnahmen fielen im Vergleichszeitraum um -5,3 Mrd. € (-32,2%) geringer aus. Hauptursächlich ist hierfür

der im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Zufluss aus dem Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank. An den Bund wurden im März 2010 entsprechend der Veranschlagung im Haushalt 3,5 Mrd. € Gewinn aus 2009 abgeführt. Der Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit an den Bund wird zurzeit gestundet.

Finanzierungssaldo

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo Ende Mai von – 35,2 Mrd. € lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf die Höhe des endgültigen Jahresergebnisses ziehen. Nach aktueller



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Einschätzung besteht jedoch die Erwartung, dass die geplante Nettokreditaufnahme von 80,2 Mrd. € um eine Größenordnung von 15 Mrd. € deutlich unterschritten werden kann.

Sondervermögen ITF

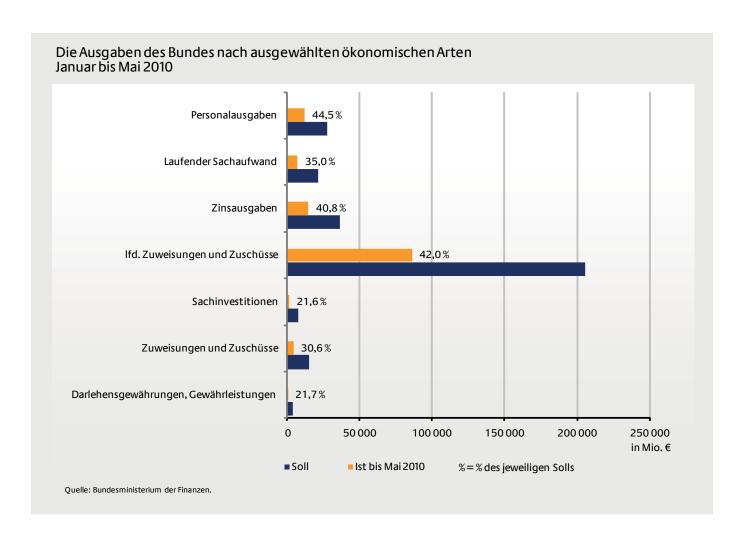
Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis	Mai 2010	Januar bis	Mai 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	121 245	93,8	111 730	92,7	8,
Personalausgaben	27 939	27 704	12 340	9,5	12 150	10,1	1,
Aktivbezüge	20 977	20 789	9 146	7,1	9 021	7,5	1,
Versorgung	6 9 6 2	6915	3 194	2,5	3 129	2,6	2,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	7 558	5,8	7 435	6,2	1,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	569	0,4	510	0,4	11,
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	3 699	2,9	3 659	3,0	1,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	3 291	2,5	3 2 6 6	2,7	0,
Zinsausgaben	38 099	36 751	15 008	11,6	16 718	13,9	-10
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	86 165	66,7	75 250	62,5	14
an Verwaltungen	14396	14503	5 309	4,1	5 495	4,6	-3
an andere Bereiche	162 892	190 769	81 144	62,8	69 903	58,0	16
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 316	9 5 6 9	7,4	8 982	7,5	6
Renten, Unterstützungen u.a.	29 699	31 274	12 893	10,0	12 559	10,4	2
Sozialversicherungen	105 130	128 365	56 651	43,8	46 432	38,5	22
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	174	0,1	176	0,1	-1,
Investive Ausgaben	27 103	28 293	7 998	6,2	8 741	7,3	-8
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	6 247	4,8	6 846	5,7	-8
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	4 694	3,6	5 183	4,3	-9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	875	0,7	874	0,7	0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	677	0,5	789	0,7	-14
Sachinvestitionen	8 504	8 113	1 752	1,4	1 895	1,6	-7
Baumaßnahmen	6 8 3 0	6 5 3 2	1 362	1,1	1 415	1,2	-3
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	277	0,2	306	0,3	-9
Grunderwerb	643	546	113	0,1	174	0,1	-35
Globalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	129 243	100,0	120 470	100,0	7.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

"Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich Mai 2010 sind bereits 8,1 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,8 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 2,1 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 0,9 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,6 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.



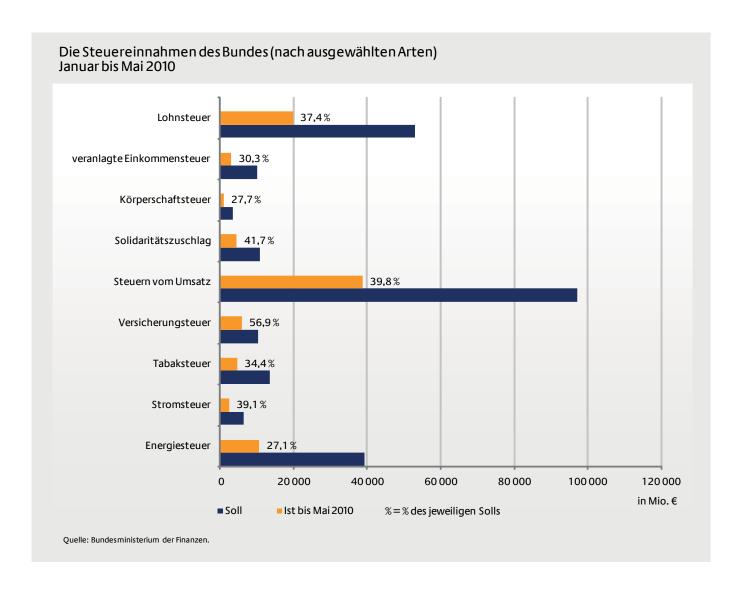
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung	
	2009	2010	Januar bis	Mai 2010	Januar bis l	Mai 2009	ggü. Vorjahr	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%	
I. Steuern	227 835	211 887	82 909	88,2	85 959	84,0	-3,	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	69 212	73,6	70 499	68,9	-1,	
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ¹ davon:	83 779	73 391	30 119	32,0	31 472	30,8	-4,	
Lohnsteuer	57 248	53 083	19 842	21,1	21 109	20,6	-6,	
	11 233	10 179	3 089	3,3	1763	1,7	-6, 75,	
veranlagte Einkommensteuer								
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	6 2 3 7 5 4 7 5	5 3 4 3 5 0 6 0	3 960 2 231	4,2 2,4	4 2 8 6 3 1 4 1	4,2 3,1	-7, -29,	
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	996	1,1	1173	1,1	-15,	
Steuern vom Umsatz	95 400	97274	38 759	41,2	38 710	37,8	0,	
Gewerbesteuerumlage	1 044	1219	334	0,4	317	0,3	5,	
Energiesteuer	39 822	39 400	10 685	11,4	11 194	10,9	-4,	
Tabaksteuer	13 366	13 590	4 675	5,0	4759	4,7	-1,	
Solidaritätszuschlag	11 927	10 950	4 5 6 2	4,9	4914	4,8	-7,	
Versicherungsteuer	10548	10 450	5 950	6,3	5 907	5,8	0,	
Stromsteuer	6278	6350	2 481	2,6	2519	2,5	-1,	
Kraftfahrzeugsteuer	-	8 240	3 867	4,1	-	-		
Branntweinabgaben	2 103	2 082	848	0,9	910	0,9	-6,	
Kaffeesteuer	997	1010	422	0,4	410	0,4	2,	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-3 188	-3,4	-3 445	-3,4	-7,	
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-8 553	-9,1	-6 905	-6,7	23,	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-885	-0,9	-2 190	-2,1	-59,	
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-2 865	-3,0	-2 823	-2,8	1,	
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-8 992	-4 496	-4,8	-	-		
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	11 096	11,8	16 370	16,0	-32,	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	3 891	4,1	3 8 1 9	3,7	1,	
Zinseinnahmen	574	395	131	0,1	298	0,3	-56	
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 1 4 7	1819	1,9	2 221	2,2	-18,	
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	94 005	100,0	102 330	100,0	-8,	

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2010

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich im Mai 2010 im Vorjahresvergleich um + 1,6 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) sanken um - 0,3 %, nicht zuletzt aufgrund der um rund + 0,5 Mrd. € höheren EU-Abführungen.

Für den kumulierten Zeitraum Januar bis Mai 2010 ergibt sich für die Steuereinnahmen insgesamt eine Veränderungsrate von -1,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis Mai 2010 um - 2,7 % zurück¹.

Die gemeinschaftlichen Steuern konnten ihr Vorjahresniveau um + 2,1% übertreffen. Zu diesem positiven Ergebnis trugen vor allem die Steuern vom Umsatz mit + 6,5%, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mit + 8,7% und die Körperschaftsteuer (+ 600 Mio. €) bei. Lohn- und Einkommensteuer waren hingegen rückläufig.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsmonat Mai 2010 um - 6,6 % gesunken. Die Kindergeldzahlungen, die aus dem Lohnsteueraufkommen erfolgen, nahmen trotz der Anhebung des Kindergeldes zu Jahresbeginn lediglich um + 2,7% zu, da der Vorjahresmonat noch von den Restzahlungen des Kinderbonus beeinflusst war. Gleichzeitig erhöhten sich die Zulagenleistungen bei der Altersvorsorge um + 20,7%. Die Dynamik bei der Inanspruchnahme der "Riester-Zulagen", für die der Mai der Hauptauszahlungsmonat ist, ist ungebrochen. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer brutto - also vor Abzug der aus dieser Steuer zu leistenden Zahlungen – musste Einbußen in Höhe von - 1,6 % hinnehmen.

¹ Abweichungen zur Tabelle "Einnahmen des Bundes" sind methodisch bedingt.

Bei der veranlagten Einkommensteuer konnten die Einnahmen aus Vorauszahlungen und Nachzahlungen die Erstattungen und die aus dieser Steuer zu leistenden Zulagen nicht kompensieren, sodass das Aufkommen mit – 145 Mio. € leicht negativ ausfiel. Dabei gingen die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (- 5,6 %), die Eigenheimzulagen (- 69,5 %) und die Investitionszulagen (- 45,8 %) allesamt zurück.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag konnten Mehreinnahmen in Höhe von + 8,7% erzielt werden, bedingt allerdings durch den kräftigen Rückgang der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern. Vor Abzug der Erstattungen ist das Aufkommen um - 8,0% gesunken. Der krisenbedingte Gewinneinbruch wirkt sich somit weiterhin negativ auf die Einnahmen aus der Dividendenbesteuerung aus.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge lagen die Einnahmen mit - 40,7 % erneut deutlich unter dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Einbußen sind wieder stärker gesunken als in den beiden Vormonaten. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem derzeit niedrigen Zinsniveau.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verbesserten sich im Mai 2010 von - 0,9 Mrd. € auf nunmehr - 0,3 Mrd. €. Während die Vorauszahlungen für das laufende Jahr und das Vorjahr deutlich gestiegen sind, gab es bei den Nachzahlungen und den Erstattungen Rückgänge.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen das Ergebnis des Vorjahresmonats um + 6,5 %. Die Einfuhrumsatzsteuer stieg um + 23,5 %. Der Außenhandel hat also wieder deutlich Fahrt aufgenommen: Die Importe aus Nicht-EU-Staaten, auf die die Einfuhrumsatzsteuer

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im mai 2010

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2010	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 131	-6,6	49 743	-6,3	125 200	-7,4
veranlagte Einkommensteuer	- 145	X	7 268	75,2	26 450	0,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3 454	8,7	7 921	-7,6	11 170	-10,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	499	-40,7	5 072	-28,9	9 962	-19,9
Körperschaftsteuer	- 265	X	1 993	-15,0	7 020	-2,1
Steuern vom Umsatz	16 250	6,5	72 889	1,2	179 900	1,6
Gewerbesteuerumlage	225	-16,3	808	3,5	2 789	8,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	159	-27,5	713	6,0	2 447	4,7
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 307	2,1	146 406	-1,6	364 938	-2,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 473	3,8	10 685	-4,6	39 200	-1,6
Tabaksteuer	1 079	-9,8	4 675	-1,8	13 210	-1,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	188	7,1	847	-6,8	2 040	-2,9
Versicherungsteuer	766	-1,5	5 950	0,7	10 480	-0,6
Stromsteuer	474	5,2	2 481	-1,5	6 150	-2,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	718	X	3 867	Х	8 450	Х
Solidaritätszuschlag	869	-3,7	4 5 6 2	-7,2	11 150	-6,5
übrige Bundessteuern	123	-2,6	619	-0,4	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	7 691	10,3	29 819	-3,3	92 146	3,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	366	-7,8	1 681	-18,8	4175	-8,2
Grunderwerbsteuer	369	-1,8	2 000	4,7	4850	-0,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	120	3,0	593	-12,8	1410	-6,7
Biersteuer	63	-13,4	278	-3,1	720	-1,3
Sonstige Ländersteuern	18	-17,3	194	-2,1	340	2,8
Ländersteuern insgesamt	936	-43,3	4 745	-46,4	11 495	-29,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	292	1,0	1 754	13,4	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	122	-38,9	885	-59,6	2 2 1 0	9,6
BSP-Eigenmittel	1 279	69,7	8 553	23,9	19 930	33,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 692	36,3	11 193	5,2	25 940	26,5
Bund ⁴	18 307	-0,3	82 921	-2,7	216 366	-5,1
Länder ⁴	16 493	2,1	81 857	-1,7	202 540	-2,2
EU	1 692	36,3	11 193	5,2	25 940	26,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 732	-7,8	10 615	-2,4	27 534	-5,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	38 224	1,6	186 586	-1,8	472 380	-2,6

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelder stattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1.}\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

⁵ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2010

erhoben wird, stiegen im April 2010 um +22,5 %. Obwohl dies die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, lagen die Einnahmen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer in diesem Monat ebenfalls über dem Vorjahresniveau (+2,7 %). Das kumulierte Aufkommen der Steuern vom Umsatz im Zeitraum Januar bis Mai 2010 liegt um +1,2 % höher als im Vorjahr.

Die reinen Bundessteuern konnten im Mai 2010 Mehreinnahmen von +10,3 % verbuchen. Dies ist jedoch – zum vorletzten Male – insbesondere auf die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Juli 2009 zurückzuführen (ohne diese hätte das Aufkommen auf dem Vorjahresergebnis stagniert). Die Energiesteuer weist insgesamt ein Plus von +3,8 % auf, obwohl die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Heizöl um -41,7 % zurückgingen. Auch bei der Stromsteuer gab es einen Zuwachs um + 5,2%. Mindereinnahmen mussten hingegen alle übrigen großen Bundessteuern melden: Tabaksteuer (- 9,8%), Solidaritätszuschlag (- 3,7%) und Versicherungsteuer (- 1,5%).

Die reinen Ländersteuern unterschritten ihr Vorjahresniveau um - 43,3 %. Ohne die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer hätte der Rückgang nur - 5,0 % betragen. Bei der Erbschaftsteuer kam es zu Aufkommenseinbußen von -7,8 %, bei der Grunderwerbsteuer um -1,8 %, bei der Biersteuer um -13,4 % und bei der Feuerschutzsteuer um -17,3 %. Lediglich die Rennwett- und Lotteriesteuer übertraf das Vorjahresniveau um +3,0 %.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Mai durchschnittlich 3,56 % (April 3,70 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank Ende Mai auf 2,67% (April 3,01%).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – erhöhten sich leicht von 0,66 % Ende April auf 0,70 % Ende Mai.

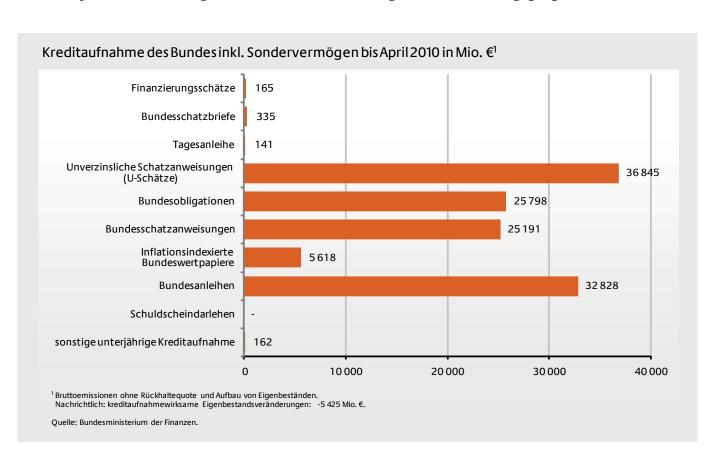
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 10. Juni 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex sank zum 31. Mai auf 5 964 Punkte (April 6 136 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 sank von 2 817 Punkten im April auf 2 610 Punkte im Mai.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im April 2010 bei - 0,1% nach - 0,1% im März und - 0,4% im Februar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Februar bis April 2010 lag wie schon im vorangegangenen



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Dreimonatszeitraum bei - 0,2% (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im April 0,3 % (März 0,1 %, Februar 0,0 %).

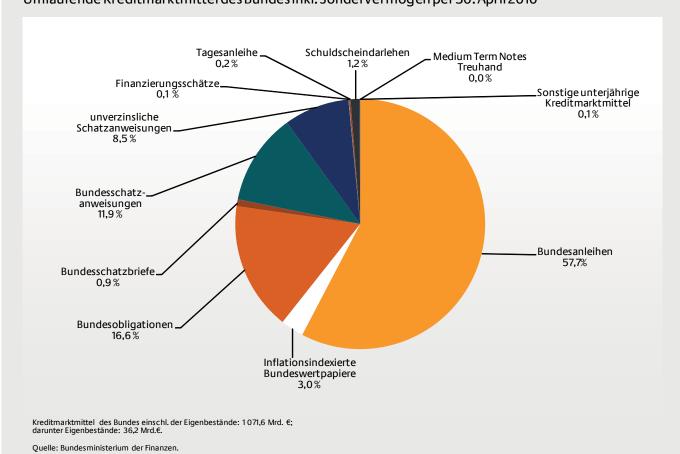
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im April -0,72 % (März - 1,95 %, Februar - 1,22 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich April 2010 betrug der Bruttokreditbedarf

von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) 127,08 Mrd. €. Davon wurden 116 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März um ein Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin wurde die 2,25 %ige Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. April 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in	Mrd.	.€					
Anleihen	20,3	-	-	-									20,3
Bundesobligationen	-	-	-	17,0									17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-									15,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9									50,7
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1									0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0									0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1									0,4
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-									0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-									0,0
Entschädigungsfonds	-	-	-	-									0,0
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3									0,4
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-									0,7
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0									-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4									105,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in	Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6									18,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 5,43 Mrd. €).

Die im April 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich April 2010 die Tilgungen auf rund 105,15 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 18.43 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 110,24 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 15,65 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 1,19 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001137279 WKN 113729	Aufstockung	7. April 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001030518 WKN 103051	Aufstockung	7. April 2010	5 Jahre fällig 15. April 2015 Zinslaufbeginn 15. April 2007 erster Zinstermin 27. April 2010	2 Mrd.€
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE0001141570 WKN 114157	Neuemission	14. April 2010	5 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. April 2011	7 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	21. April 2010	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 erster Zinstermin 4. Juli 2009	3 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Neuemission	28. April 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001137305 WKN 113730	Neuemission	12. Mai 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	ca.7Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	19. Mai 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141570 WKN 114157	Aufstockung	26. Mai 2010	4 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. Juli 2011	ca.7 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001137305 WKN 113730	Aufstockung	9. Juni 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	16. Juni 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001137305 WKN 113730	Aufstockung	30. Juni 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	ca. 6 Mrd. €
			2. Quartal 2010 insgesamt	ca. 61 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Art der Begebung Tendertermin		Volumen ¹	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115590 WKN 111559	Neuemission	12. April 2010	6 Monate fällig 13. Oktober 2010	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115541 WKN 111554	Aufstockung	19. April 2010	9 Monate fällig 26. Januar 2011	2 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115608 WKN 111560	Neuemission	26. April 2010	12 Monate fällig 20. April 2011	4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115616 WKN 111561	Neuemission	10. Mai 2010	6 Monate fällig 10. November 2010	ca. 5 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115624 WKN 111562	Neuemission	17. Mai 2010	12 Monate fällig 18. Mai 2011	ca. 4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115566 WKN 111556	Aufstockung	31. Mai 2010	9 Monate fällig 23. Februar 2011	ca.2 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115632 WKN 111563	Neuemission	14. Juni 2010	6 Monate fällig 8. Dezember 2010	ca. 5 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155582 WKN 111558	Aufstockung	21. Juni 2010	9 Monate fällig 30. März 2011	ca.2 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115640 WKN 111564	Neuemission	28. Juni 2010	12 Monate fällig 29. Juni 2011	ca. 4 Mrd. €	
			2. Quartal 2010 insgesamt	ca. 33 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten auf eine allmähliche Festigung der konjunkturellen Erholung in Deutschland hin.
- Die Aufwärtsbewegung in der Industrie hat sich zu Beginn des 2. Quartals fortgesetzt.
- Eine Belebung des privaten Konsums ist bisher ausgeblieben.
- Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich, unterstützt von einer spürbaren Frühjahrsbelebung, deutlich.

Nach bereits kräftiger Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zum Ende des 1. Quartals hat sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland im Frühjahr fortgesetzt. Vor allem im Produzierenden Gewerbe konnte ein günstiger Einstieg in das 2. Quartal verzeichnet werden. Im 1. Quartal 2010 hatte das Bruttoinlandsprodukt in preis-, kalender- und saisonbereinigter Betrachtung um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Mit der Bestätigung der Schnellmeldung veröffentlichte das Statistische Bundesamt zugleich Detailergebnisse zur Entwicklung der Verwendungsaggregate. Positive Impulse kamen im 1. Vierteljahr von den Ausrüstungsinvestitionen, die in kalender-, saison- und preisbereinigter Rechnung um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet wurden, wie auch von den staatlichen Konsumausgaben (real + 1,1%). Auch ein kräftiger gesamtwirtschaftlicher Vorratsaufbau trug positiv zur BIP-Entwicklung bei (Wachstumsbeitrag: +1,9 Prozentpunkte). Dagegen waren die Bauinvestitionen im Vorquartalsvergleich vor dem Hintergrund eines kalten und schneereichen Winters – klar rückläufig (real -3,8%). Auch die ungünstige Entwicklung der privaten Konsumausgaben (-0,8%) dämpfte das BIP-Wachstum. Zudem gab es Belastungen von der außenwirtschaftlichen Seite. Dies wird am negativen Wachstumsbeitrag der

Nettoexporte deutlich (-1,1 Prozentpunkte). Ursache hierfür war ein kräftiger Anstieg der Importe (+6,1%), der deutlich über die Zunahme der Exporte (+2,6%) hinausging.

Das aktuelle Indikatorenbild deutet darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland allmählich festigt. Damit dürfte das BIP-Wachstum im 2. Vierteljahr 2010 deutlich höher ausfallen als noch im 1. Quartal. Hierzu dürften nicht nur Nachholeffekte im Zusammenhang mit dem zu Jahresbeginn witterungsbedingten Produktionsrückgang im Baubereich beitragen. Vielmehr hat sich die Dynamik im industriellen Bereich inzwischen merklich erhöht. Mit wieder zunehmender Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte das Risiko einer abrupten Beschäftigungsreaktion inzwischen weiter abgenommen haben. Diese Einschätzung wird auch durch den erneuten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl im Mai gestützt.

Die konjunkturelle Erholung wird weiterhin maßgeblich von der außenwirtschaftlichen Entwicklung getragen. Zwar nahmen die nominalen Warenexporte im April gegenüber dem Vormonat deutlich ab. Im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) zeigt sich jedoch weiterhin ein kräftiger Anstieg. Kumuliert für den Zeitraum Januar bis April lag das

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

nominale Ausfuhrergebnis spürbar über dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ursprungswerte + 13,2%). Dabei wurden die Ausfuhren in Drittländer (+ 20,3%) besonders stark ausgeweitet. Aber auch bei den Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+ 12,1%) wie in den Euroraum (+ 7,9%) konnte ein deutliches Plus verzeichnet werden.

Die nominalen Warenimporte gingen im April im Vergleich zum Vormonat noch stärker zurück als die Ausfuhren, wobei jedoch auch die Einfuhren im Zweimonatsvergleich weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet sind.

Insgesamt sollte die Abnahme der Außenhandelstätigkeit im April nach der außerordentlich kräftigen Ausweitung im Vormonat nicht überbewertet werden. Vielmehr signalisieren sowohl das aktuelle Indikatorenbild als auch die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Fortsetzung der dynamischen Aufwärtsentwicklung der Warenexporte: So nahm die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten, insbesondere Investitionsgütern, im April im Vormonatsvergleich erneut deutlich zu, und auch die Exporterwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe verbesserten sich laut ifo-Umfrage im Mai, wobei dieser Indikator nun den höchsten Wert seit der deutschen Einheit erreichte. Die guten Exportaussichten basieren auf den Anzeichen einer weiteren Belebung der Weltwirtschaft, die sich auch in der jüngsten OECD-Prognose widerspiegeln. So erhöhte die OECD ihre Erwartungen für das Wirtschaftswachstum der OECD-Länder auf 2,7% (Herbst 2009: +1,9%) und für den Welthandel auf 10,6 % (Herbst 2009: +6,0 %). Die Importtätigkeit dürfte angesichts der verbesserten Exportperspektiven - aufgrund des hohen Importgehalts der Exporte - sowie im Zuge einer allmählichen Belebung der Binnennachfrage ebenfalls aufwärtsgerichtet bleiben.

Die dynamische Aufwärtsentwicklung der Warenimporte drückt sich auch in der Entwicklung der Steuern vom Umsatz aus. Im Mai wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats um 6,5 % übertroffen, was maßgeblich auf die Zunahme der Einfuhrumsatzsteuer – die auf Importe aus den Nicht-EU-Staaten erhoben wird – um 23,5 % zurückzuführen war. Aber auch bei den Einnahmen aus der inländischen Umsatzsteuer konnte trotz höherer Vorsteuerabzüge im Vorjahresvergleich ein Plus von 2,7% verbucht werden.

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der Industrie hat sich zu Beginn des 2. Quartals fortgesetzt. Das Produktionsniveau konnte nach dem sprunghaften Anstieg im März zu Beginn des 2. Quartals noch weiter erhöht werden. Der Zuwachs fiel im April allerdings mit saisonbereinigt ½% deutlich geringer aus als noch im Vormonat. Dies war auf einen Rückgang der Produktion von Investitions- und Konsumgütern zurückzuführen, während die Erzeugung von Vorleistungsgütern erneut kräftig ausgeweitet wurde. Im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) ist das Plus bei der Industrieproduktion mit mehr als 4% jedoch immer noch sehr hoch.

Die Umsätze in der Industrie konnten im April gegenüber dem Vormonat spürbar gesteigert werden. Das Umsatzplus fiel mit (saisonbereinigt) gut 1½% jedoch geringer aus als noch im März. Die Industrieunternehmen profitierten im April von einer günstigen Entwicklung der Auslandsumsätze, insbesondere im Investitionsgüterbereich. Bei den Inlandsumsätzen überwogen Umsatzrückgänge bei Investitions- und Konsumgütern gegenüber einem deutlichen Umsatzplus im Bereich der Vorleistungsgüter.

Das industrielle Bestellvolumen nahm im April gegenüber dem Vormonat nochmals deutlich zu. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich in der Verlaufsbetrachtung ein ausgeprägter Aufwärtstrend. Nachfrageimpulse kommen dabei sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Im

Einzelhandel

Handel mit Kfz

(ohne Kfz und mit Tankstellen)

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2	2009	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt				Vorjahr	
	bzw. Index	ggu. vorj. iii //	3. Q.09	4.Q.09	1.Q.10	3. Q.09	4.Q.09	1.Q.10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-4,9	+0,7	+0,2	+0,2	-4,7	-1,5	+1,7
jeweilige Preise	2 409	-3,5	+1,5	+0,1	+0,6	-2,9	-0,3	+3,2
Einkommen								
Volkseinkommen	1 807	-4,2	+3,9	+0,7	+1,3	-3,1	-0,2	+5,6
Arbeitnehmerentgelte	1 223	-0,1	-0,1	-0,1	+1,2	-0,6	-0,9	+0,9
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	583	-11,8	+13,1	+2,4	+1,5	-7,5	+1,5	+15,2
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 561	+0,2	-0,5	+0,5	-0,5	-0,4	+0,7	+0,9
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,4	+0,3	+0,2	+0,1	-0,8	-0,9	+0,9
Sparen der privaten Haushalte	180	+1,0	+1,7	+0,8	+0,6	+2,2	+0,6	+2,8
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/		2009 Veränderung in % gegenüber						
Auftragseingänge	2003							
	Mrd.€ ggü.Vorj.	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	in%	Mrz 10	Apr 10	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 10	Apr 10	Zweimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im	82	-4,0	+21,1		-2,5	-9,4		-16,1
Bauhauptgewerbe(Mrd.€)		,-			,-		-	
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	+10,8	-5,9	+10,2	+23,3	+19,2	+21,4
Waren-Importe	667	-17,2	+11,4	-7,3	+7,5	+18,7	+15,7	+17,3
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹	93,8	-15,9	+4,3	+0,9	+4,6	+9,0	+13,2	+11,0
Industrie ²	93,2	-17,8	+4,0	+0,5	+4,2	+9,8	+14,0	+11,9
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,1	+24,4	+2,6	+26,1	-0,3	+5,1	+2,4
Umsätze im			<u> </u>	, ,				
Produzierenden Gewerbe ¹								
Industrie (Index 2005 = 100) ²	92,9	-17,6	+3,0	+1,3	+3,6	+9,0	+13,7	+11,3
Inland	93,1	-14,4	+4,8	-0,7	+4,1	+6,3	+6,5	+6,4
Ausland	92,6	-21,0	+1,2	+3,5	+3,0	+12,4	+22,9	+17,5
Auftragseingang								
(Index 2005 = 100) 1							_	
Industrie ²	87,3	-21,5	+5,1	+2,8	+6,6	+26,2	+29,8	+28,0
Inland	88,6	-18,1	+5,6	+2,9	+6,2	+23,0	+26,1	+24,6
Ausland	86,1	-24,3	+4,7	+2,8	+7,0	+29,0	+33,1	+31,0
rasiana								

-0,4

+8,2

-0,5

+0,0

+0,2

+8,2

+4,8

-12,6

-3,6

-11,8

+0,5

-12,2

-2,3

+0,4

96,8

93,4

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.	ggu. vorj. III //s	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-40	-67	-45	-18	-178	-217
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,0	+14	+38		-86	-14	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+82			+47		
Preisindizes	2	2009 Veränderung in % g				% gegenüber		
2005=100		ggü Vori in %	Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in%	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10
Importpreise	100,5	-8,6	+1,7	+2,0		+5,0	+7,9	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,7	+0,8		-1,5	+0,6	
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	+0,5	-0,1	+0,1	+1,1	+1,0	+1,2
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10
Klima	-16,5	-12,8	-11,4	-8,8	-10,1	-4,2	+2,6	+2,3
Geschäftslage	-28,3	-24,8	-22,4	-20,8	-23,5	-14,4	-5,2	-4,9
Geschäftserwartungen	-3,9	+0,0	+0,3	+3,9	+4,4	+6,5	+10,6	+9,9

 $^{^{1}} Veränderungen gegen "uber Vorjahr" aus sals on bereinigten Zahlen berechnet.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Inland wurde vor allem die Nachfrage nach Vorleistungsgütern ausgeweitet. Dagegen entwickelt sich die inländische Nachfrage nach Konsumgütern weiterhin schwach. Insgesamt hat das Volumen an Neuaufträgen in der Industrie gegenüber dem Vorjahr um fast 30 % zugenommen, wobei jedoch das Vorkrisenniveau nach wie vor deutlich unterschritten wird.

Das erneut deutliche Plus beim industriellen Auftragseingang im April signalisiert, dass sich die industrielle Aktivität auch im weiteren Jahresverlauf günstig entwickeln dürfte. Dabei deutet vor allem die Ausweitung der Aufträge im Vorleistungsgüterbereich auf eine weiterhin kräftige Produktionstätigkeit hin. Dafür spricht auch die leichte Verbesserung der ifo-Geschäftserwartungen für das Verarbeitende Gewerbe. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Rückgang des Einkaufsmanagerindex lediglich als gewisse

Korrektur zuvor überaus optimistischer Einschätzungen zu interpretieren.

Die Bauproduktion wurde im April gegenüber dem Vormonat nochmals gesteigert, nachdem bereits im März eine kräftige Gegenbewegung zum witterungsbedingten Produktionseinbruch zu Jahresbeginn beobachtet worden war. Die Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe signalisiert, dass sich die Erholung hier weiter fortsetzen dürfte. Im 1. Quartal 2010 betrug das Plus im saisonbereinigten Vorquartalsvergleich gut 4 %.

Auch zu Beginn des 2. Quartals ist wohl eine spürbare Belebung des privaten Konsums ausgeblieben. So sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im April erneut leicht zurückgegangen. Der Grundtendenz nach stagnieren die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) nahezu.

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die im April/Mai rückläufige Entwicklung der Neuzulassungen privater Pkw deutet darauf hin, dass auch aus dem Kfz-Bereich keine gravierenden Impulse für den privaten Konsum im 2. Quartal zu erwarten sind. Dies bestätigt auch die laut GfK-Umfrage rückläufige Anschaffungsneigung privater Haushalte. Der private Konsum dürfte sich damit weiterhin wenig dynamisch entwickeln. Allerdings signalisieren die zum dritten Mal in Folge günstigere Beurteilung der Geschäftsaussichten der Einzelhändler (ifo) eine gewisse Stabilisierungstendenz dieses Aggregats. Eine gute Basis dafür sind der Anstieg der nominalen Nettolöhne und -gehälter im 1. Quartal 2010 (je Arbeitnehmer: saisonbereinigt + 1,5 % gegenüber dem Vorquartal) sowie die weiterhin unerwartet günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich im Mai mit einem Rückgang der Zahl der arbeitslosen Personen die Frühjahrsbelebung kräftig fort. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage ging deutlich über das saisonübliche Maß hinaus. So verringerte sich in saisonbereinigter Betrachtung die Arbeitslosenzahl im Mai gegenüber dem Vormonat deutlich um 45 000 Personen. Auch die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) im Vergleich zum Vorjahr ist spürbar um 217 000 Personen auf 3,24 Mio. Personen gesunken. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich im gleichen Zeitraum um 0,5 Prozentpunkte auf 7,7%.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) erhöhte sich im April gegenüber dem Vormonat um 38 000 Personen. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl mit 40,12 Mio. Personen nur geringfügig unter dem Vorjahresstand (-14 000 Personen). Im März 2010 hatte sich noch ein deutlich größerer Vorjahresabstand ergeben. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse nahm im März in saisonbereinigter Betrachtung spürbar zu. Auch der Vorjahresstand wurde merklich überschritten. Damit konnte im Vorjahresvergleich erstmals

seit April vergangenen Jahres hier wieder ein Beschäftigungsaufbau verzeichnet werden. Die günstige Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Ohne die stützende Entwicklung bei der Teilzeitbeschäftigung wäre nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hinsichtlich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ein Stellenabbau im Vorjahresvergleich zu verzeichnen gewesen.

Vor dem Hintergrund einer zuletzt wieder höheren Kapazitätsauslastung hat die Notwendigkeit eines Beschäftigungsabbaus im am stärksten von der Krise betroffenen Verarbeitenden Gewerbe nach Angaben der Unternehmen inzwischen weiter abgenommen. Dies spiegelt sich auch in einer spürbaren Abnahme der Inanspruchnahme und der Anzeigen von Kurzarbeit aus wirtschaftlichen Gründen wider: Während die entsprechende Inanspruchnahme der Kurzarbeit drastisch von 1,52 Mio. im Mai 2009 auf 693 000 Kurzarbeiter im März 2010 zurückgegangen ist, sind auch die Anzeigen von Kurzarbeit von 57 000 im März 2010 auf voraussichtlich 40 000 im Mai dieses Jahres gesunken.

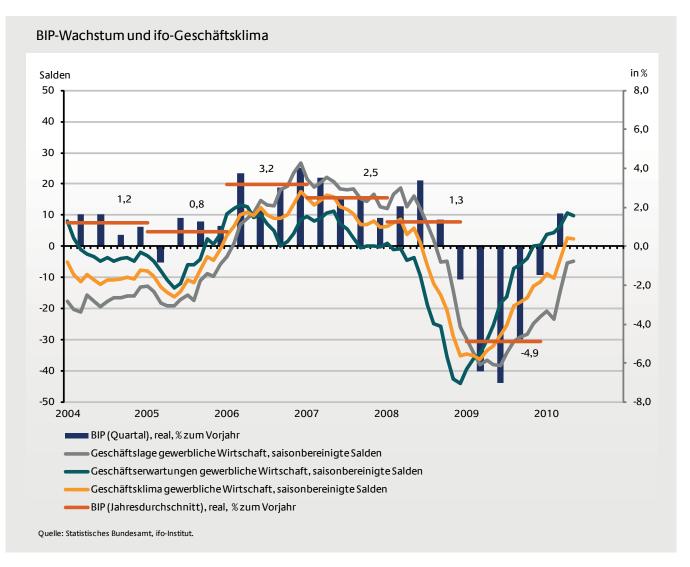
Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe erweist sich weiterhin als sehr ruhig. Der Verbraucherpreisindex (VPI) lag im Mai 1,2 % über seinem entsprechenden Vorjahresniveau. Damit war die jährliche Inflationsrate geringfügig höher als im März und April. Der Anstieg des VPI ist vor allem auf steigende Energiepreise zurückzuführen. So konnten die spürbare Verteuerung der Mineralölprodukte (+17,9%) sowie von Strom (+2,9%) gegenüber dem Vorjahr nicht durch rückläufige Preise für Gas (- 9,3 %) und Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (-12,0%) ausgeglichen werden. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe 0,8 % betragen. Die Kerninflation (Inflationsrate ohne Energieund Nahrungsmittelpreise) lag im Mai mit

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

0,7% weiterhin unter dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre.

Auf der Erzeugerpreisstufe überstieg der entsprechende Preisindex im April erstmals seit Februar 2009 wieder das Vorjahresniveau (+ 0,6%). Ursache hierfür war vor allem eine spürbare Verteuerung von Vorleistungsgütern. Die Entwicklung der Erzeugerpreise für Energie wirkte insgesamt preisdämpfend. Ohne Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 1,0% höher. Auch Verbrauchsgüter, insbesondere Nahrungsmittel, waren billiger als vor einem Jahr.

Der Importpreisindex überschritt im April das Vorjahresniveau erheblich (+7,9 %). Der Preisanstieg ist erneut vor allem mit der Entwicklung der Energiepreise begründet. Im Vorjahresvergleich stiegen sie um 33,3 % an (Rohöl: +65,4 %, Mineralölerzeugnisse: +56,1%). Erdgas verbilligte sich um 8 %, womit sich der Vorjahresabstand jedoch spürbar verringerte. Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse gerechnet stiegen die Importpreise im April um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr an. Bei anderen Rohstoffen wie Nickel, Rohkupfer beziehungsweise Nicht-Eisen Metallerzen waren die Preissteigerungen ebenfalls besonders ausgeprägt.



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Anstieg der Preise für Energie und andere Rohstoffe spiegelt in erster Linie eine gewisse Belebung der Weltwirtschaft wider. Deutlich erhöhte Rohölpreise, wie sie im Sommer 2008 im Zuge einer überaus dynamischen Weltkonjunktur erreicht wurden, sind jedoch angesichts einer sehr allmählichen globalen Erholung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Da sich auch die Binnennachfrage nur allmählich erholt, dürften die anziehenden Erzeuger- und Importpreise vorerst kaum auf die Verbraucherstufe durchwirken. Auch der zuletzt wieder rückläufige Ölpreis trägt am aktuellen Rand zu einem entspannten Preisklima bei.

Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010

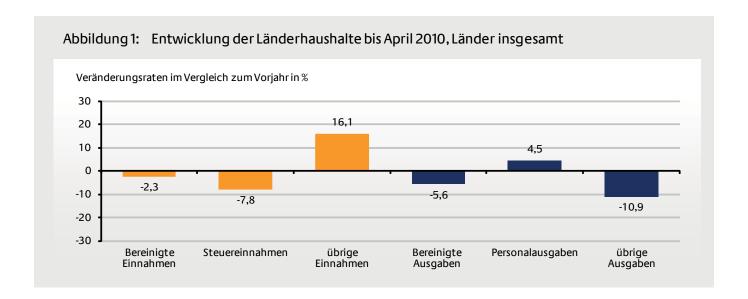
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2010

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich April 2010 vor.

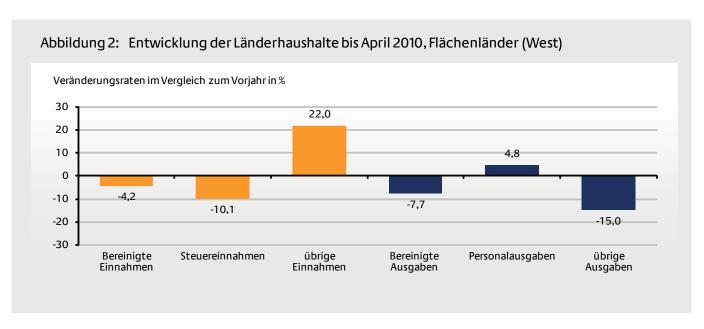
Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich Ende April etwas günstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um - 2,3 % und die Ausgaben um - 5,6 %. Die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich um - 7,8 % rückläufig. Während bei

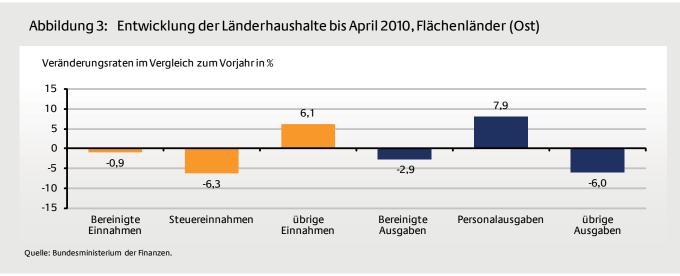
den Stadtstaaten ein Zuwachs von 7,8 % zu verzeichnen ist, nahmen die Steuereinnahmen der ostdeutschen Flächenländer um - 6,3 % und die der westdeutschen Flächenländer um - 10,1 % ab. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums - 13,8 Mrd. € und war damit um gut 3,6 Mrd. € günstiger als der Vorjahreswert.

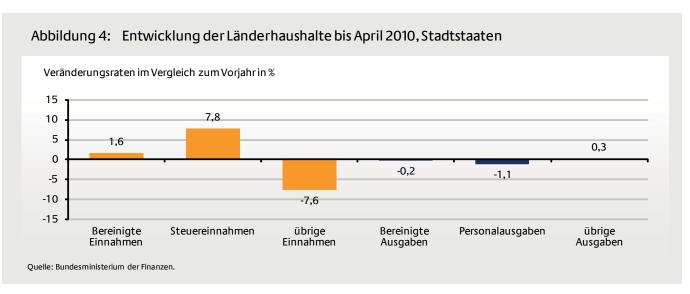
Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis April, die im Einzelnen in den nachfolgenden Tabellen aufgeführt sind, stellen sich insgesamt wie folgt dar:



Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010







EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die ECOFIN-Räte am 18. Mai in Brüssel und am 8. Juni in Luxemburg

18. Mai 2010 in Brüssel

Finanzdienstleistungen: Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds

Der ECOFIN-Rat einigte sich am 18. Mai 2010 auf eine allgemeine Ausrichtung der Alternative Investment Fund Manager-Richtlinie (AIFM-Richtlinie). Die Richtlinie sieht eine weitgehende Regulierung von Managern alternativer Investmentfonds, u.a. von Hedgefonds und Private-Equity-Fonds, vor. Manager von alternativen Fonds brauchen zukünftig EU-weit eine Zulassung durch die jeweilige nationale Aufsichtsbehörde und werden von dieser fortlaufend beaufsichtigt. Die Richtlinie sieht eine enge Kooperation zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden vor, wenn Fonds und Manager in verschiedenen Mitgliedstaaten ihren Sitz haben. Manager erhalten allerdings nur eine Zulassung, wenn sie bestimmte Anforderungen erfüllen (z. B. Mindesteigenkapital, adäquates Risikomanagement). Gegenwärtig finden die Trilogverhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission statt, um die Richtlinie möglichst bald zu einem Abschluss zu bringen.

Haushaltsentwurf für 2011

Der EU-Budgetkommissar Janusz Lewandowski stellte dem ECOFIN-Rat den Kommissionsentwurf zum Haushalt 2011 vor. Da die weiteren Verfahrensschritte unter belgischer Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2010 stattfinden, hat Belgien für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz übernommen. Die Kommission schlägt eine Steigerung der Verpflichtungsermächtigungen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % auf 142,6 Mrd. € und eine Steigerung der Zahlungsermächtigungen um 5,8 % auf 130,1 Mrd. € vor. In der Debatte wurde der starke Anstieg des Haushaltes kritisiert und darauf hingewiesen, dass nationale Haushalte angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise eingefroren beziehungsweise zurückgefahren werden.

Follow-up zum Sondertreffen ECOFIN am 9. Mai 2010

Die spanische Präsidentschaft hatte kurzfristig die Nachbehandlung der Ergebnisse der Sondersitzung des ECOFIN am 9. Mai 2010 auf die Tagesordnung gesetzt. Der ECOFIN-Rat bekräftigte erneut die Bedeutung einer nachhaltigen Fiskalpolitik und Konsolidierung in allen Mitgliedstaaten. Portugal und Spanien stellten die von ihnen ergriffenen beziehungsweise geplanten zusätzlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen vor. Demnach beabsichtigt Portugal, mit den nun ergriffenen Maßnahmen auf der Einnahmenund Ausgabenseite das Defizit bis Ende 2011 auf 4,6 % des BIP zu senken. Spanien plant bis 2013 wieder ein Defizit von unter 3 % des BIP zu erreichen. Im Jahr 2010 soll eine zusätzliche Konsolidierung von 0,5 Prozentpunkten, 2011 von 1,5 Prozentpunkten erreicht werden. Die Maßnahmen Spaniens setzen auf der Ausgabenseite an (u. a. Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor, Einfrieren von Pensionen, Abschaffung der Altersteilzeit, Streichung des Geburtsgeldes, Kürzung der Entwicklungshilfe, Kürzung öffentlicher Investitionen etc.). Zusätzlich sind strukturelle Reformen (u. a. auf dem Arbeitsmarkt) geplant.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Integrierte Leitlinien

Der ECOFIN-Rat führte eine erste Orientierungsaussprache zur Ausrichtung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategie der Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission hatte hierzu eine Empfehlung für sechs wirtschaftspolitische und vier beschäftigungspolitische Leitlinien vorgelegt. Der Rat wird im Rahmen der Europa 2020-Strategie als Nachfolgestrategie der Lissabon-Strategie dazu Integrierte Leitlinien im Frühsommer 2010 verabschieden. Für die Mitgliedstaaten bilden diese eine Orientierung für die jeweils zu erstellenden Nationalen Reformprogramme. Die Integrierten Leitlinien zielen ab auf die Stärkung der Wachstumskräfte der EU-Mitgliedstaaten durch fiskalische Konsolidierung, die Erhöhung der Qualität öffentlicher Finanzen, eine Fokussierung der Investitionen in Sektoren zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine umfassende Strategie zur Erhöhung der Beschäftigungsquote sowie eine Fokussierung auf Forschung, Entwicklung und Bildung.

Erläuterungen der Kommission zur Mitteilung über die verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung (Art. 136 AEUV)

Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, stellte die Vorschläge der Kommission zur verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU und im Euroraum vor, die bereits in einer Mitteilung vom 12. Mai 2010 veröffentlicht wurden. Die Vorschläge sehen eine Verschärfung des Stabilitätsund Wachstumspaktes mit einer ex-ante Koordinierung der Finanzpolitik, eine stärkere Beachtung des Schuldenstandes im Defizitverfahren und regelbasierte Anreize beziehungsweise Sanktionen zur frühzeitigen Einhaltung der Obergrenzen für Verschuldung und Defizit vor. Darüber hinaus schlägt die Kommission eine Beobachtung der makroökonomischen Ungleichgewichte und Divergenzen in der Wettbewerbsfähigkeit

und einen permanenten Krisenmechanismus vor. Die Vorschläge dienen als Beitrag für die Arbeiten der Task Force unter Vorsitz des Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy und sind darüber hinaus auch Maßnahmen, die auf dem Initiativrecht der Kommission basierend für sich alleine stehen. Die Kommission kündigte entsprechende Gesetzvorschläge für kurzfristig umzusetzende Maßnahmen an.

Ausstiegsstrategie: Haushaltspolitische Vorgaben

Die ECOFIN-Minister nahmen
Ratsschlussfolgerungen über Möglichkeiten
der Verbesserung der Qualität der öffentlichen
Finanzen durch Stärkung der nationalen
Budgetregeln an. Die Schlussfolgerungen
betonen die Bedeutung geeigneter
Fiskalregeln insbesondere als Rahmen für
die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und
Wachstumspakts und die Tragfähigkeit der
öffentlichen Haushalte.

Vorkehrungen zur Sicherung der Finanzmarktstabilität und zum Krisenmanagement

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat verdeutlicht, dass die Stabilität des europäischen Finanzsystems und das Krisenmanagement verbessert werden müssen. Der ECOFIN-Rat verabschiedete dazu Ratsschlussfolgerungen mit folgenden Elementen: Ein rechtliches Rahmenwerk zum grenzübergreifenden Krisenmanagement, ein Rahmenwerk zur politischen Koordinierung beim Krisenmanagement, allgemeine Prinzipien für eine freiwillige Lastenverteilung zwischen Mitgliedstaaten in grenzüberschreitenden Finanzkrisen und die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krisenbewältigung.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Arbeitsprogramm der Kommission im Bereich Finanzdienstleistungen für die kommenden Monate

Die Kommission gab einen Überblick über die geplanten Initiativen im Bereich Finanzdienstleistungen. EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier kündigte an, in den kommenden Monaten unter anderem Legislativvorschläge für ein EU-Rahmenwerk für grenzüberschreitendes Krisenmanagement im Bankensektor, die Änderung der Verordnung über Ratingagenturen (geplant für Juni 2010), die Regulierung von Over-the-Counter-Derivaten, die weitere Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und die Überarbeitung der Richtlinie für Einlagensicherungssysteme vorzulegen. Darüber hinaus wird die Kommission auch die Behandlung des Themas "Credit Default Swap" prüfen. Vorschläge dazu sind für Herbst 2010 geplant.

Ausstiegsstrategien: Finanzsektor

Die ECOFIN-Minister nahmen
Schlussfolgerungen zu Ausstiegsstrategien
im Finanzsektor an und sprachen sich für
eine Verschärfung der Bedingungen für
die Inanspruchnahme von Garantien im
Rahmen der Bankenrettungspakete aus.
Ziel ist, verstärkte Anreize zum Ausstieg
aus der staatlichen Unterstützung durch
Anpassung der Garantiepreise an die
aktuellen Marktverhältnisse zu schaffen.
Damit soll ein koordinierter Ausstieg aus den
Rettungspaketen auf europäischer Ebene
sichergestellt werden.

Finanzierung des Klimaschutzes: Schnellstartfinanzierung

In den verabschiedeten Schlussfolgerungen bekannte sich der ECOFIN-Rat zu den in Kopenhagen getroffenen Absprachen zur Klimaschutzfinanzierung. Der auf der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 zur Kenntnis genommene Kopenhagen Akkord enthält eine Reihe finanzrelevanter Aussagen zugunsten der Entwicklungsländer. So sollen die Industrieländer im Zeitraum 2010 bis 2012 den Entwicklungsländern 30 Mrd. US-Dollar als Anschubfinanzierung für Maßnahmen des Klimaschutzes zur Verfügung stellen.

Dialog mit den Bewerberländern

Im Rahmen des ECOFIN tauschten sich die Minister mit ihren Kollegen aus den Beitrittskandidatenländern Kroatien, Türkei und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie den Vertretern der jeweiligen Zentralbanken über deren wirtschaftliche Vorbeitrittsprogramme aus.

8. Juni in Luxemburg

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der ECOFIN-Rat hat zum aktualisierten Stabilitätsprogramm von Zypern Ratsschlussfolgerungen verabschiedet. Zypern wird darin zur Reduzierung seines Haushaltsdefizits auf unter 6% des BIP im Jahr 2010 aufgefordert. Außerdem soll eine zügige Absenkung auf eine Gesamtverschuldungsquote unter dem Referenzwert von $60\,\%$ des BIP sichergestellt werden. Darüber hinaus hat sich der ECOFIN-Rat erneut mit den zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen von Spanien und Portugal befasst. Kommissar Olli Rehn berichtete über die anstehenden Arbeiten im Rahmen der Defizitverfahren. Für Juli würde bei zwölf Ländern geprüft, ob deren finanzpolitische Maßnahmen ausreichend waren, um als wirksame Maßnahmen im Rahmen des jeweiligen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Defizitverfahrens beurteilt zu werden. Ferner werde die Kommission für Bulgarien, Zypern, Dänemark und Finnland Defizitverfahren einleiten. Damit befänden sich nur Estland, Schweden und Luxemburg nicht im Defizitverfahren.

Vorbereitung des Europäischen Rates

a) Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Der ECOFIN-Rat hat einen Bericht an den Europäischen Rat am 17. Juni 2010 zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik, die zusammen mit den Beschäftigungspolitischen Leitlinien die Integrierten Leitlinien bilden, verabschiedet. Nach Billigung der Integrierten Leitlinien durch den Europäischen Rat im Juni 2010 wird der Rat diese formal verabschieden.

b) Europa 2020

Der ECOFIN-Rat beschloss einstimmig Schlussfolgerungen zur Strategie Europa 2020. Hier ging es um die Festlegung der nach dem Europäischen Rat im März 2010 noch offenen Aspekte der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung der Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum bis 2020. Ein Schwerpunkt der Schlussfolgerungen bildet die Festlegung der Grundlagen für eine verbesserte Koordinierung der makroökonomischen und strukturpolitischen Politikbereiche im Rahmen der Strategie. Kernpunkt hierbei war die Verständigung auf die zwei noch offenen Oberziele aus den Bereichen Bildung und Soziale Integration. Die Schlussfolgerungen würdigen auch die Fortschritte, die in Bezug auf eine Verständigung bei der nationalen Umsetzung der EU-weiten Oberziele zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten im partnerschaftlichen Ansatz erreicht werden konnten.

c) Fortschritte im Hinblick auf eine stärkere Regulierung des Finanzsektors

Der ECOFIN-Rat einigte sich auf einen Bericht an den Europäischen Rat im Juni über den Stand der Arbeiten zu Finanzaufsicht, Krisenmanagement, Exit-Strategien und Finanzmarktregulierung. Zudem berichtete Kommissar Michel Barnier zu den laufenden und geplanten Arbeiten zur Finanzmarktregulierung. Deutschland begrüßte insbesondere den Zeitplan zu den künftigen Regelungen im Derivatebereich und bei den Credit Default Swaps. Hinsichtlich der Frage, wie der Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen sei, müsse man schnell vorankommen. Auch auf der Ebene der G20 müsse der Druck zu gemeinsamen Regelungen aufrecht erhalten bleiben. Darüber hinaus sollte an der Einführung einer Finanzmarktsteuer gearbeitet werden.

Auf Bitten Deutschlands informierten die spanische Präsidentschaft und Kommissar Michel Barnier über die Trilogverhandlungen zum EU-Finanzaufsichtspaket. Die Verhandlungen müssten nun schnell vorangetrieben werden, um zügig das Gesetzgebungsverfahren abzuschließen. Ziel sei die Annahme der Legislativvorschläge in erster Lesung, damit die neuen Aufsichtsbehörden rechtzeitig zum 1. Januar 2011 ihre Arbeit aufnehmen können.

d) Haushaltspolitische Exitstrategien

Der Europäische Rat forderte bei seinem Treffen am 10./11. Dezember 2009 den Rat auf, seine Arbeit in Bezug auf Ausstiegsstrategien fortzusetzen und ihm bis Juni 2010 u. a. über den haushaltspolitischen Exit Bericht zu erstatten. Der vom ECOFIN-Rat vorgelegte Bericht beschreibt die aktuelle Situation in den Mitgliedsstaaten und mahnt zur Selbstverpflichtung der Regierungen zu einem Anhalten und Umkehren der zunehmenden Staatsverschuldung und bekräftigt, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Rahmen für die haushaltspolitischen Ausstiegsstrategien bildet.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

e) Vorbereitung des G20-Gipfels

Zur Vorbereitung des G20-Gipfels am 26./27. Juni in Toronto hat der ECOFIN-Rat zur Positionierung der EU sogenannte terms of references verabschiedet. Schwerpunkte des Treffens in Toronto sind voraussichtlich die aktuelle Lage der Weltwirtschaft, Finanzmarktreformen und das Vorgehen der G20 im Bereich der Exit-Strategien. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage nach der Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise eine wichtige Rolle spielen: Hier gilt es, einen Kompromiss der unterschiedlichen Positionen innerhalb der G20 zu finden. Ein weiteres Thema ist das "G20-Rahmenwerk für Wachstum" mit der Verabschiedung von Politikempfehlungen an Ländergruppen mit dem Ziel, ein globales, starkes und ausgewogenes Wachstum zu erreichen. Darüber hinaus werden die IWF-Reform, Financial Safety Nets mit dem Ziel der Prävention von Fremdwährungsliquiditätskrisen, Entwicklungs- und Handelsthemen und der Abbau von Energiesubventionen auf der Agenda stehen.

Konvergenzberichte von EU-KOM und EZB zur Erweiterung des Euroraums (Estland)

Der ECOFIN stimmte dem von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf einer Empfehlung zur Aufnahme von Estland in den Euroraum zum 1. Januar 2011 zu. Kommissar Olli Rehn erläuterte, dass Estland die Konvergenzkriterien erfülle. Estland erklärte seine Bereitschaft, weiter eine solide Finanzpolitik, Strukturreformen und eine Stabilisierung des Finanzmarktsektors zu verfolgen. Frankreich verband seine Zustimmung mit der Forderung, dass die Arbeiten der Task Force unter Leitung von des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy beschleunigt würden. Der Fokus sollte dabei auf die Bereiche frühzeitige Prüfung von Haushaltsplanungen (Europäisches Semester), Verstärkung von Sanktionen, stärkeres Augenmerk auf den

Schuldenstand und die Wettbewerbsfähigkeit gelegt werden. Dieser Ansatz wurde unterstützt. Kommissar Olli Rehn erklärte, demnächst konkrete Vorschläge zu diesen Punkten vorlegen zu wollen. Nach Aussprache der Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat zur Aufnahme Estlands in den Euroraum und Anhörung des Europäischen Parlaments könnte der ECOFIN-Rat am 13. Juli 2010 auf Empfehlung der Euro-Staaten mit qualifizierter Mehrheit entscheiden (Art. 140 Abs. 2 AEUV).

Der ECOFIN-Rat hat u. a. die folgenden Tagesordnungspunkte als A-Punkte (ohne Beratung) behandelt:

Außenmandat der EIB

Bei der Verabschiedung des EIBAußenmandats 2007-2013 wurde die
Durchführung einer Halbzeitüberprüfung
vereinbart. Hierbei ging es insbesondere um
die Freigabe einer optionalen Mandatsreserve
in Höhe von 2 Mrd. €, zusätzlich zu dem bisher
vorgesehenen Betrag von 25,8 Mrd. €. Die
Kommission hat einen Vorschlag zur Freigabe
des optionalen Mandats vorgelegt. Die Mittel
sollen für Projekte in den Kampf gegen den
Klimawandel verwendet werden. Der ECOFINRat hat sich auf eine allgemeine Ausrichtung
zum Kommissionsvorschlag verständigt.

Verordnungsentwurf für die Zusammenarbeit der Verwaltungen und für die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer

Der ECOFIN-Rat hat eine politische Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer erzielt. Ziel ist, den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu intensivieren. Hierzu soll unter anderem der direkte Zugriff der zuständigen Behörden eines Mitgliedstaates auf bestimmte Daten eines anderen Mitgliedstaates ermöglicht werden. Auch

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein dezentrales Frühwarnsystem zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs durch einen schnellen und gezielten multilateralen Informationsaustausch (EUROFISC) vorgesehen.

Verhaltenskodex auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung

Die EU-Mitgliedstaaten haben im Dezember 1997 einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung angenommen. Er fordert, schädliche steuerliche Maßnahmen zurückzunehmen und keine neuen steuerschädlichen Maßnahmen einzuführen. Der Rat beauftragte die Hochrangige Gruppe Verhaltenskodex, deren Einhaltung zu überwachen. Die Gruppe berichtet dem Rat grundsätzlich zum Ende jeder Präsidentschaft über die Fortschritte ihrer Arbeit. Der ECOFIN-Rat hat hierzu Ratsschlussfolgerungen verabschiedet.

Ratsschlussfolgerungen zur Änderung der VO (EG) 479/2009 betreffend die Qualität statistischer Meldungen im Rahmen eines Defizitverfahrens

Mit dem von der Kommission am 15. Februar 2010 vorgelegten Verordnungsvorschlag sollen die Rechte der Europäischen Kommission (Eurostat) bezüglich des
Haushaltsüberwachungssystems der EU
erweitert werden. Anlass hierfür sind
insbesondere die Probleme mit den von
Griechenland gelieferten Daten. Ziel der
Änderung der Verordnung ist es, eine hohe
Qualität der Defizit- und Schuldenstatistiken
sicherzustellen und damit die finanz- und
wirtschaftspolitische Überwachung innerhalb
der EU zu verbessern. Der Entwurf sieht vor,
dass Eurostat bei Zweifeln an der Qualität
der im Rahmen der Haushaltsüberwachung
gelieferten Daten deutlich erweiterte
Prüfrechte zugestanden werden sollen.

Pensionen

Die Europäische Kommission hat zusammen mit dem European Policy Centre und dem Ausschuss für Sozialschutz einen Zwischenbericht zur Analyse der Altersicherungssysteme vorgelegt. Ziel des Berichts ist eine Neubeurteilung der Rentenreformen und der Darlegung von Grundsätzen einer Agenda für angemessene und nachhaltige Alterseinkommen. Der Bericht verweist auf die Notwendigkeit zur Verbesserung der Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen. Darüber hinaus müssten die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise offenbarten Schwächen der Alterssicherungssysteme angegangen werden. Der ECOFIN-Rat hat Schlussfolgerungen zu dem Bericht angenommen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

25./26. Juni 2010	G8-Gipfeltreffen in Muskoka/Kanada
26./27. Juni 2010	G20-Gipfeltreffen in Toronto/Kanada
12./13. Juli 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung
bis 25. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
2. Juli 2010	Zuleitung an Kabinett
7. Juli 2010	Kabinettbeschluss
13. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
Mitte Oktober	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010	
August 2010	Juli 2010	20. August 2010	
September 2010	August 2010	20. September 2010	
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010	
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010	
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010	

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin	.40
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in	
Busan, Südkorea	.46
Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	50
Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums eingesetzt	59

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

1	Überblick	40
	Reformbemühungen müssen an Fahrt gewinnen	
	Europäische Agenda	
	Aspekte der Schwellenländer	
	Diskussionsforum I: From Pittsburgh to Toronto and Seoul – Towards Effective Regulation	
	Diskussionsforum II: Achievements and Challenges – Ensuring Sustainable Banking in a	
	Global Context	44
7	Fazit	

- Am 19. und 20. Mai 2010 fand im Bundesministerium der Finanzen (BMF) in Berlin eine hochrangig besetzte Internationale Finanzmarktkonferenz statt.
- Die Aufarbeitung des sich aus der Finanzkrise ergebenden Reformbedarfs ist trotz aller ermutigenden Reformfortschritte bei Weitem noch nicht abgeschlossen und muss ganz oben auf der internationalen Agenda bleiben.
- Der Druck zur konsequenten Umsetzung der bisherigen G20-Gipfel-Beschlüsse muss aufrechterhalten werden. Die G20 sind gefordert, in naher Zukunft zu deutlich mehr greifbaren Ergebnissen zu kommen.

1 Überblick

Am 19. und 20. Mai 2010 fand im BMF in Berlin eine Internationale Finanzmarktkonferenz statt. Diese war mit über 200 hochrangigen Teilnehmern gut besucht und sorgte für eine Intensivierung der Diskussion zu Reformen der Finanzmarktregulierung wenige Wochen vor den Zusammenkünften der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure in Busan am 4./5. Juni 2010 und der G20-Staatsund Regierungschefs in Toronto am 26./27. Juni 2010.

Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen über den angemessenen Umfang und das richtige Tempo bei einzelnen Reformvorhaben lieferte die Konferenz insgesamt einen deutlichen Beleg für die gemeinsame Grundüberzeugung der Teilnehmer, dass die Aufarbeitung des sich aus der Finanzkrise ergebenden Reformbedarfs trotz aller ermutigenden Reformfortschritte bei Weitem

noch nicht abgeschlossen ist und ganz oben auf der internationalen Agenda bleiben muss.

Wichtig ist, dass die bisherigen G20-Gipfel-Beschlüsse konsequent umgesetzt werden. Die G20 sind gefordert, in naher Zukunft zu deutlich mehr greifbaren Ergebnissen zu kommen. Viele Teilnehmer betonten, dass die Reformen in den einzelnen Regulierungsfeldern gut aufeinander abgestimmt sein und ein konsistentes Gesamtpaket bilden müssten. Außerdem sei eine enge internationale Koordinierung unabdingbar, um regulatorische Arbitrage zu verhindern.

2 Reformbemühungen müssen an Fahrt gewinnen

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte in seiner Begrüßungsrede an die Konferenzteilnehmer, dass spätestens nach der Krise um Griechenland und ihrer Ausweitung

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

klar sei, dass "wir uns ein Nachlassen der Reformbemühungen nicht leisten können und dass wir allen retardierenden Bestrebungen in diesem Bereich entschieden entgegentreten müssen."

Bundesbankpräsident Professor Dr. Axel Weber hob in seiner Rede die Bedeutung einer offenen und konstruktiven internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Finanzmarktregulierung hervor. Alle müssten bereit sein, Kompromisse einzugehen. Im Übrigen schreite die Arbeit des Financial Stability Board gut voran. Dies sei allerdings auch erforderlich, da eine Einigung zu den erforderlichen Reformen spätestens Ende dieses Jahres notwendig sei. Prof. Weber wies ferner darauf hin, dass nicht nur der Euroraum, sondern auch viele andere Länder das Problem übermäßiger Staatsverschuldung hätten. Er unterstrich, dass auch die Staaten, ähnlich wie die Finanzmärkte, einen effektiveren Überwachungsrahmen bräuchten.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel appellierte an die G20-Staaten, die nicht so stark von der Krise getroffen wurden, z. B. Kanada, sich Reformen nicht zu verweigern, da auch sie vor künftigen Krisen nicht gefeit seien. Bislang aber seien die Versprechen, dass kein Finanzprodukt, kein Finanzakteur und kein Finanzmarkt mehr unbeaufsichtigt bleiben dürfe, noch nicht eingelöst. Vom Toronto-Gipfel müsse ein gemeinsames Signal der Stärke in den G20 ausgehen. Mit Blick auf eine Finanzmarktsteuer warb Angela Merkel dafür, dass die Finanzbranche neben einer auf die Vermeidung unangemessener Risiken gerichtete Bankenabgabe auch angemessen an den Kosten der Krise beteiligt werde.

Die Bundeskanzlerin betonte die Bedeutung der G20 bei Bewältigung der Krise und für die weltwirtschaftliche Entwicklung. Kein Land könne allein handeln, nur gemeinsam – etwa auf EU- oder G20-Ebene – könnten Lösungen gefunden werden. Jedes Land müsse seinen Beitrag leisten. Dabei würde Deutschland eine solide Haushaltspolitik und geringe Staatsdefizite anstreben. Die

Bundeskanzlerin hob die Bedeutung eines international koordinierten Ausstiegs aus den Krisenprogrammen hervor, äußerte aber die Sorge, ob dies erreicht werden könne, da der richtige Zeitpunkt für einen Ausstieg schwierig zu bestimmen sei. Deutschland werde trotz dieser Unsicherheit auf konsequenter Umsetzung der Exit-Strategien in Europa bestehen und für eine nachhaltige Wachstumsstrategie eintreten, die nicht mit hohen Schulden erkauft sei. Dabei werde Deutschland sich einer Diskussion über weltwirtschaftliche Ungleichgewichte nicht widersetzen, ohne die - für die weltwirtschaftliche Dynamik wichtige deutsche Wettbewerbsfähigkeit zur Diskussion zu stellen.

3 Europäische Agenda

Die französische Ministerin für Wirtschaft und Finanzen, Christine Lagarde, betonte in ihrer Videobotschaft wiederholt und mit Nachdruck die starke Allianz zwischen Deutschland und Frankreich sowohl in Fragen der Konsolidierung der Staatshaushalte in Europa als auch in Fragen der Finanzmarktregulierung. Der oft zitierte Eindruck, dass nichts vorangehe, sei unzutreffend. Demokratische Verfahren brauchten mehr Zeit als Finanzmärkte, doch bleibe man entschlossen, gemeinsam die Regulierungsvorhaben voranzutreiben. Als Erfolge führte sie auf, dass man den völligen Zusammenbruch der Finanzmärkte vermieden habe, eine konjunkturelle Wende auf dem Weg und kein Rückfall in übermäßigen Protektionismus eingetreten sei. Bei den Reformthemen Vergütungsregelungen, Ratingagenturen und Sanktionen gegen nicht-kooperative Jurisdiktionen sei man gut vorangekommen. Die nächsten Aufgaben seien: systemisch relevante Finanzinstitutionen, Regulierung der Rohstoffmärkte, Rechnungslegungsstandards und Derivate. Frankreich wolle 2011 unter seiner G20-Ratpräsidentschaft diese Themen weiter vorantreiben. Dazu zähle auch die Arbeit an einer neuen internationalen

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

Währungsordnung und an Regeln für Rohstoffmärkte.

EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier stellte die Umsetzung der G20-Regulierungsverpflichtungen ebenso wie die Stabilisierung des Euro als vorrangige Aufgabe für die EU dar. Prävention sei immer günstiger als die Aufräumarbeiten danach. Ihm bereite aufkommender Populismus Sorge, deswegen müsse gezeigt werden, dass man unverzüglich Lehren aus der Krise ziehe. Die Konferenz sei ein gutes Forum, um an die Verpflichtungen der G20-Gipfel zu erinnern. Drei Punkte auf der europäischen Agenda zur besseren Regulierung der Finanzmärkte seien schon behandelt worden: eine erste Regulierung der Rating-Agenturen, eine Verbesserung der Basel II-Regeln sowie der Rechnungslegungsstandards. Hier komme es nun auf zügige Entscheidungen an. Im Bereich der Rating-Agenturen bestehe zusätzlicher Handlungsbedarf. Michel Barnier gab außerdem einen Überblick über weitere EU-Vorhaben wie Regulierung von Hedgefonds, europäische Finanzaufsicht, Vorsorgemaßnahmen, Risikomanagement, Derivate, Überarbeitung der Finanzdienstleistungsrichtlinie, Verbraucherschutz, Eigenkapital und Frühwarnsysteme. Die EU und andere Länder sollten dabei gleiche Ziele verfolgen, die Maßnahmen müssten aber nicht identisch sein.

4 Aspekte der Schwellenländer

Dong Soo Chin, Präsident der südkoreanischen Finanzaufsichtsbehörde, hob die Rolle der G20 in der Bewältigung der Krise hervor. Viele Schwellenländer stünden vor anderen Regulierungsfragen als entwickeltere Kapitalmärkte, hätten aber als Folge der einsetzenden Kapitalflucht unter den Krisenfolgen zu leiden gehabt. Südkorea sei bei vielen Regulierungsthemen selbst nicht betroffen und empfehle sich als "ehrlicher Makler". Insgesamt hätten die G20 an Legitimität gewonnen, müssten dies aber jetzt durch zügige Umsetzung der

beschlossenen Maßnahmen in den selbst gesetzten Fristen bestätigen. Sie seien dem Konsens verpflichtet und müssten ihre Politiken koordinieren. Die Krise sei eine Chance zur Überarbeitung der hinter der Marktentwicklung zurückgebliebenen Regelwerke; die jüngste Euro-Krise habe die Dringlichkeit nochmals unterstrichen. Kumulative, auch grenzüberschreitende Auswirkungen von Reformen müssten bedacht werden. Von besonderem Interesse für Südkorea seien Vorschläge, wie man der Prozyklizität begegnen solle und welche Krisenpräventionsmechanismen man entwickeln könne.

5 Diskussionsforum I: From Pittsburgh to Toronto and Seoul - Towards Effective Regulation

Der kanadische Finanzstaatssekretär Tiff Macklem führte den Begriff der "enlightened sovereignty" ein – alle souveränen Staaten müssten sich heute angesichts weltweiter Vernetzungen darüber im Klaren sein, dass bestimmte Regeln auf globaler Ebene vereinbart werden müssten und man in diesem Sinne als Nationalstaat nicht mehr völlig frei agieren könne. Er betonte, dass es beim G20-Gipfel in Toronto weniger um neue Regulierungsinitiativen, als um die Implementierung der Beschlüsse vergangener Gipfel gehen solle. Im Gegensatz zu anderen Ländern sei Kanada nur wenig von der Krise betroffen gewesen und habe keine Banken mit Steuergeldern retten müssen. Auch sei das kanadische Bankensystem in den vergangenen zwei Jahren von Experten als das stabilste der Welt eingestuft worden, nicht zuletzt wegen seiner guten Regulierung. Daher sei seine Regierung auch bei der Bankenabgabe und ähnlichen Maßnahmen skeptisch. Nach seiner Auffassung zeichne sich für Toronto ab, dass es hier keine gemeinsame Lösung geben werde.

Der südkoreanische Finanzstaatssekretär Je-Yoon Shin hob die Zusammenhänge

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

zwischen den einzelnen Aspekten der Finanzregulierungsreformen hervor und plädierte für eine enge Koordinierung. Spätestens auf dem G20-Gipfel im November in Seoul sollten konkrete Maßnahmen für Finanzreformen beschlossen werden. Die G20 seien zwar das wichtigste Forum zur Integration der internationalen Bemühungen, Nicht-G20-Mitglieder sollten aber in die Diskussion einbezogen werden. Shin forderte insbesondere eine Einbindung weiterer Schwellenländer, um die dortigen Risiken rechtzeitig zu identifizieren. Auch müsse im Hinblick auf Schwellenländer eine vertiefte Diskussion zu "capacity building" bei der Regulierung geführt werden. Shin kündigte für den 2./3. September 2010 eine Konferenz in Südkorea zu diesem Themenkomplex an.

José Viñals, Leiter der IWFKapitalmarkabteilung, widersprach der
Auffassung, dass Regulierungsreformen zu
langsam vorankämen; die komplizierten
Arbeiten schritten nach Plan voran.
Allerdings dürfe man in den globalen
Reformanstrengungen nicht nachlassen.
Niemand wisse, wann die nächste Krise
komme, und auch Länder, die sich dieses Mal
nicht im Epizentrum befänden, könnten das
nächste Mal im Fokus der Märkte stehen.
Die Reformen müssten dabei zwischen
unterschiedlichen Zielorientierungen
austarieren:

- Makro- und mikroorientierter
 Regulierungsansatz: Wichtig sei
 insbesondere, die Anreize auf der Mikro Ebene zu verstehen, um auf der Makro Ebene geeignete Systeme zu installieren.
- 2. Aufsicht und Regulierung: Der Schwerpunkt der Diskussion liege bisher auf der Regulierung, die Aufsicht sei bisher nicht ausreichend diskutiert worden. Handlungsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden waren teilweise nicht gegeben, teilweise vorhanden, wurden aber nicht genutzt, z. B. aus Mangel an Ressourcen. Aufsichtsmöglichkeiten und

- -fähigkeiten müssten verbessert werden, sodass Aufsicht unterstützend für die Regulierung wirken könne.
- 3. Banken und Nicht-Banken: Es müsse vermieden werden, dass sich Finanzaktivitäten in den Grauen Markt verlagerten. Hierzu sei erforderlich, die Regulierung auf das Schattenbankensystem auszuweiten.
- Sicherheit und Effizienz: "Sequencing" der Einführung neuer Regeln sei wichtig, aber auch schwierig, auch müsse eine übermäßige Belastung des Finanzsektors vermieden werden.
- 5. Nationale Regulierung und internationale Maßnahmen: Denkbar sei, auf internationaler Ebene einen "kritischen Mindeststandard" einzuführen, der durch umfassendere nationale Regeln ergänzt werden könne.

Adam Posen, Senior Fellow des Peterson Institute for International Economics, betonte, dass die bisher angesprochenen Aspekte, wie stärkere Finanzmarktregulierung, Verbesserung der Aufsicht etc. wichtig seien, aber ergänzt werden müssten um Überlegungen zur Neuausrichtung des Ordnungsrahmens. Der "systemic failure" des bestehenden Systems, welches sich auf der Grundlage der Laissez-faire-Politik der vergangenen Jahre entwickelt habe, sei in der Krise evident geworden. Es sei daher notwendig, die Reformanstrengungen auf weitere Fragen auszudehnen: Anzahl und Größe der Akteure, Definition der Geschäftsbereiche, in denen sie tätig werden, Transmissionskanäle und Verbesserung der Corporate Governance. Ziel müsse sein: "kleiner, einfacher, diversifizierter", d. h. den Wettbewerb zu erhöhen und die Systemrelevanz zu verringern. Posen plädierte zudem für die Einführung "agressiverer" automatischer Stabilisatoren. Die Finanzaktivitätssteuer, die vom IWF entwickelt wurde, sei ein guter Vorschlag.

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

Der norwegische Finanzminister, Sigbjørn Johnsen, unterstrich die Notwendigkeit, das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit der politischen Institutionen zu erhalten. Aufgabe der Banken und Finanzinstitute sei es, der Gesellschaft zu dienen. Norwegen habe die derzeitige Finanzkrise bisher relativ gut überstanden, sei aber sehr daran interessiert, in die internationalen Bemühungen zur Verbesserung der Regulierung der Finanzmärkte einbezogen zu werden. Norwegen habe in den 90er Jahren eine schwere Bankenkrise erlebt und daraus die richtigen Lehren gezogen. Es sei damals gelungen, mithilfe zeitlich begrenzter staatlicher Intervention die Funktion des Finanzmarktes aufrecht zu erhalten, bis die Krise vorbei war.

6 Diskussionsforum II: Achievements and Challenges – Ensuring Sustainable Banking in a Global Context

Unter allen Teilnehmern bestand Einigkeit, dass bei aller Vielfalt in den Details eine gemeinsame Grundrichtung und nach Möglichkeit auch ein einheitliches Spektrum ("gleiche Instrumente in verschiedenen Instrumentenkästen") anzustreben seien. Außerdem wurde aus mehreren Beiträgen deutlich, dass gerade die Schwellenländer sich Sorgen um verteuerte und/oder eingeschränkte Kreditmöglichkeiten als Folge schärferer Requlierung machen.

Der Leiter des Panels, der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Thomas Mirow, führte die Region Osteuropa/Zentralasien als beispielhaft für einen verzögerten Erholungsverlauf an. Noch immer drohe hier ein neuer Höhepunkt der Krise. So sehr antizyklisches Handeln anzustreben sei, so sehr komplizierten regionale und nationale Besonderheiten eine internationale Abstimmung. Für jedes

Thema müsse die angemessene Regelungsebene gefunden werden: Zwar seien nationale Regelwerke nicht in der Lage, grenzüberschreitende Fragen zu adressieren, nationales Krisenmanagement sei aber dennoch wirksam, wie beispielsweise in Polen und der Türkei zu beobachten sei. Grenzübergreifende Probleme müssten auf der Grundlage von intelligenter Kooperation gelöst werden. Es müsse vermieden werden, dass es als Folge der nationalen Reformbemühungen zu fragmentierten Aufsichtsregeln in widersprüchlichen Systemen komme.

OECD-Generalsekretär Angel Gurría identifizierte überzogene "leverage" als zentrale Krisenursache. Deswegen seien klassische Kreditbanken weniger betroffen, und klassisch strukturierte Finanzsektoren wie diejenigen in Australien, Kanada und Spanien hätten die Krise besser überstanden. Man müsse nun zügig eine "leverage"-Grenze beschließen. Wichtig seien einfache und klare Regelungen sowie grenzüberschreitende Kooperation und Koordination der Aufsichtsbehörden. Es bedürfe dreier C – "cooperation, coordination, consistency" - um ein viertes C -"crises" – zu verhindern.

Svein Andresen, Generalsekretär des Financial Stability Board, sah die internationale Reformdiskussion auf einem guten Weg. Ziel müsse sein, bis zum November-Gipfel der G20 weitere Reformen zu beschließen. Hauptproblem sei die Vermittlung der international erarbeiteten Regulierungsvorschläge an die nationalen Gesetzgeber. Svein Andresen bekannte sich zu einer umfassenden Liquidationsfähigkeit aller Finanzinstitutionen und

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

gab den Hinweis, dass man bei allen Fortschritten betreffend OTC-Derivate an mehr gemeinsamen Standards zwischen EU und USA arbeiten müsse.

Vincenzo La Via, Finanzchef der Weltbank, beschrieb deren unterstützende Rolle im G20-Prozess und bei der Entwicklung gemeinsamer "standards and codes" in Industrie- wie Entwicklungsländern. Entscheidend sei, die Wachstumsperspektiven in den Entwicklungsländern nachhaltig durch gute Regulierung zu unterstützen. Diese hätten allerdings derzeit wenig Anreize, sich an den aktuellen Diskussionen aktiv zu beteiligen.

Der Kabinettschef im brasilianischen Finanzministerium, Luiz Eduardo Melin, machte die schwellenlandtypische Interessenlage in seinem nach wie vor mit Finanzdienstleistungen "unterversorgten" Land deutlich. Priorität habe nach wie vor eine Ausdehnung des Angebots auf neue Konsumentengruppen, das Gewicht des Finanzsektors in der Volkswirtschaft sei insgesamt noch sehr moderat. Auch der Vertreter der brasilianischen Zentralbank, Pereira da Silva, warnte vor nachteiligen Wirkungen überzogener Regulierung für die Schwellenländer (erhöhte Kapitalkosten). Luiz Eduardo Melin plädierte dafür, Aufsichtsbehörden mit hinreichend Informationen und Ermessensspielräumen auszustatten, um ihnen effektives Handeln zu ermöglichen. Es könne keine einheitlichen Vorgaben für entwickelte und Schwellenländer geben, zumindest müssten konvergente Schritte zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgen. Schließlich appellierte Luiz Eduardo Melin an die Europäer im

Allgemeinen und Deutschland im Besonderen, die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro konsequent durchzuführen und damit die Gefahr grenzüberschreitender Ansteckung zu senken.

In der anschließenden Diskussion hob der finnische Finanzminister Jyrki Katainen die Handlungsfähigkeit der EU hervor. In der Krise habe man politische Führung demonstriert, die drängendsten Fragen seien entschlossen angegangen worden. Für die Beschlüsse vom 9. Mai 2010 hätte man unter anderen Umständen Jahre benötigt. Nun müsse an diesen Themen weitergearbeitet werden.

7 Fazit

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble charakterisierte in seinen abschließenden Worten die Debatte um Inhalte und Tempo der Finanzmarktregulierung als Ausdruck des Spannungsverhältnisses zwischen dem Wünschbaren und dem in demokratisch verfassten Gesellschaften Machbaren. In jedem Fall seien in allen großen G20-Staaten Fortschritte zu verzeichnen, die noch vor zwei Jahren nicht möglich erschienen. Er hob die überzeugenden Beiträge der Konferenz zu den Diskussionen zur Vermeidung häufiger Krisen und der fairen Verteilung der Krisenkosten hervor. Es bedürfe in der Tat einer "enlightened sovereignty" als Ausdruck von nationaler Souveränität, die im Interesse internationaler Kooperation im Einzelfall auch zurückstehen könne. Wichtig sei, dass es jetzt weder Stillstand noch Rückschritt geben dürfe. In diesem Sinne werde man sich in Südkorea wieder sehen.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in Busan, Südkorea

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in Busan, Südkorea

1	Einleitung	46
	Weltwirtschaftliche Lage	
	G20-Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth	
4	Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten	
5	Regulierung der Finanzmärkte	48
6	Reform der Internationalen Finanzinstitutionen	
7	Weitere Themen	48
8	Schlussfolgerung	49

- Bei dem Treffen wurden vornehmlich die anstehenden Reformen der Finanzmarktregulierung sowie die Lage der Weltwirtschaft diskutiert.
- Das Treffen brachte bei vielen Themen noch keinen entscheidenden Durchbruch. Für die Einführung einer allgemeinen Bankenabgabe und einer Steuer auf Finanzmarktaktivitäten auf internationaler Ebene gab es wenig Unterstützung.
- Es gilt nun bis zum G20-Gipfel in Toronto Ende des Monats weitere Fortschritte zu erreichen. Nicht zuletzt muss das Momentum bei den Finanzmarktreformen erhöht werden.

1 Einleitung

Am 4. und 5. Juni 2010 trafen sich die Finanzminister und Notenbankchefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Im Zentrum der Agenda des G20-Treffens im südkoreanischen Busan, an dem für Deutschland Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und der Präsident der Deutschen Bundesbank, Professor Dr. Axel Weber, teilnahmen, standen die weltwirtschaftliche Lage und die Diskussion zur Fortführung der Finanzmarktreformen.

2 Weltwirtschaftliche Lage

Vor dem Hintergrund der erneuten Spannungen an den Finanzmärkten bestand unter den G20 Einigkeit, dass für eine weitere Konjunkturerholung höchste Wachsamkeit und internationale Koordinierung dringend geboten seien. Angesichts der Entwicklungen im Euroraum lag der Schwerpunkt der Diskussion auf der Fiskalpolitik. Es bestand Einvernehmen, dass an einer entschlossenen Haushaltskonsolidierung kein Weg vorbeiführe. Viele Finanzminister schilderten sehr konkret, welche Maßnahmen sie in dieser Hinsicht ergriffen haben oder ergreifen werden.

Zahlreiche Länder äußerten den Wunsch, dass der Euroraum durch entschiedene Konsolidierung und zentrale Strukturreformen seine Rolle als Wachstumsmotor wieder finden müsse. Neben der bereits bei früheren Treffen eingeforderten Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsstrategien wurde dieses Mal besonders betont, dass die Konsolidierungsmaßnahmen so wachstumsfreundlich wie möglich ausfallen sollten. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte klar, dass Deutschland an der geplanten Konsolidierung festhalten werde. Dies sei nicht nur wegen der Schuldenbremse und des Europäischen Stabilitäts- und

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in Busan, Südkorea

Wachstumspaktes, sondern auch im Lichte der demografischen Entwicklung notwendig.

3 G20-Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth

Um das auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh beschlossene "Rahmenwerk für robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum" weiter voranzubringen, präsentierte der Internationale Währungsfonds (IWF) Vorschläge, wie die Ziele des Rahmenwerks erreicht werden könnten. Ausgehend davon wurden in Busan erste konkrete Politikempfehlungen ausgearbeitet, die auf dem G20-Gipfel Ende Juni in Toronto beschlossen und danach in nationale Maßnahmen übersetzt werden sollen.

Die Bundesregierung wird den Framework-Prozess durch entschlossene Haushaltskonsolidierung, weitere Arbeitsmarktreformen und Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Infrastruktur und Ausbildung unterstützen. Der Bundesfinanzminister machte zudem deutlich, dass ein Land wie Deutschland mit einer rückläufigen Bevölkerung nicht die gleichen Wachstumsraten produzieren könne wie etwa die USA. Er machte erneut unmissverständlich klar, dass Deutschland seine Konsolidierungsziele erreichen werde und dass es an diesen keine Abstriche geben werde.

Mit Blick auf die globalen Ungleichgewichte wies Minister Dr. Schäuble darauf hin, dass der Euroraum insgesamt eine ausgeglichene Leistungsbilanz habe. Allerdings müsse die Stabilität innerhalb des Euroraums wieder herstellt werden. Er versicherte, dass der Euroraum diese Stabilität wiedergewinnen werde und dass sich die G20 in dieser Hinsicht auf Deutschland verlassen könnten. Schließlich wies der Bundesfinanzminister darauf hin, dass die größte Belastung für private Investitionen und privaten Konsum in Deutschland die Sorge

über den Zustand der öffentlichen Haushalte und der Finanzmärkte sei. Deshalb seien Haushaltskonsolidierung und entschlossene Finanzmarktregulierung für Deutschland zentral.

4 Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten

Angesichts der enormen Kosten, die durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht wurden, diskutierten die Finanzminister und Notenbankgouverneure auch die Frage, inwieweit der Finanzsektor an der finanziellen Bewältigung der Krise beteiligt werden könnte.

IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn stellte hierzu den Bericht des IWF vor, den dieser nach einer ersten Diskussion beim jüngsten G20-Treffen in Washington überarbeitet hatte. Der IWF schlägt zwei Konzepte vor: Erstens eine Abgabe ("Financial Stability Contribution"), die entweder den öffentlichen Haushalten oder Stabilitätsfonds zufließen könnte (dieser Vorschlag wird in Deutschland mit der Bankenabgabe bereits umgesetzt). Zweitens eine ergänzende Finanzaktivitätensteuer ("Financial Activity Tax"), deren Bemessungsgrundlage Gewinne und Gehaltszahlungen sind.

Zum revidierten IWF-Bericht und den Maßnahmen, den Finanzsektor an den entstandenen Kosten der Krise zu beteiligen, gab es ein ähnliches Meinungsbild wie beim vorangegangenen Treffen in Washington.
Naturgemäß gehören diejenigen Länder, die besonders viel Steuergelder zur Stützung ihrer Bankensektors aufwenden mussten, eher zu den Befürwortern der IWF-Vorschläge, wohingegen Länder – darunter auch viele Schwellenländer –, bei denen dies nicht der Fall ist, zurückhaltender sind. Es wurde verabredet, Prinzipien zu erarbeiten, die bei der Einführung möglicher Maßnahmen berücksichtigt werden sollen.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in Busan, Südkorea

5 Regulierung der Finanzmärkte

Neben der Diskussion zu den Kosten der Krise bleibt die Verbesserung der Regulierung der Finanzmärkte ein wichtiges Ziel der G20. In Busan gab es eine breite Übereinstimmung, dass die G20 die Reformen der Finanzmarktregulierung entschlossen vorantreiben und spätestens beim G20-Gipfel im November in Seoul abschließen müssten. Der G20-Gipfel in Toronto sei auf diesem Weg ein wichtiger Zwischenschritt. Es gehe nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit der G20. Im Kommuniqué wurden vor diesem Hintergrund die folgenden Schwerpunkte gesetzt: Die G20-Länder

- verpflichten sich erneut, sich so schnell wie möglich auf neue Eigenkapitalund Liquiditätsstandards zu einigen.
 Spätestens beim Gipfel in Seoul solle das "Basel Committee on Banking Supervision (BCBS)" einen international abgestimmten Vorschlag hierzu unterbreiten, der auch die Belastbarkeit der Banken und die makroökonomischen Auswirkungen (insbesondere für die Kreditversorgung) berücksichtigen soll;
- betonen erneut die Notwendigkeit, "moral hazard" bei systemisch bedeutsamen Finanzinstitutionen zu reduzieren und bestätigen ihre Absicht, effektive Abwicklungsmechanismen für alle Finanzinstitute zu konzipieren;
- verpflichten sich, die Implementierung von Maßnahmen zu beschleunigen, mit denen die Transparenz, Regulierung und Aufsicht von Hedgefonds, Rating-Agenturen, Vergütungssystemen und "Over-the-counter-Derivaten" verbessert werden soll;
- erhöhen den Druck auf die internationalen Standardsetzer "International Accounting Standards Board (IASB)" und "Financial Accounting Standards Board

(FASB)", sich auf global einheitliche Rechnungslegungsstandards zu einigen;

 bekräftigen erneut ihre Absicht, nichtkooperative Jurisdiktionen zur Einhaltung internationaler Standards zu bewegen.

6 Reform der Internationalen Finanzinstitutionen

Die G20 begrüßten den bei der Frühjahrstagung in Washington gefundenen Kompromiss zur Quotenreform der Weltbank und die Vereinbarungen zu Kapitalerhöhungen bei den Multilateralen Entwicklungsbanken. Die G20 verpflichteten sich in Busan erneut zur Erarbeitung einer dynamischen Quotenformel für die Weltbank, die sich vor allem auf weltwirtschaftliches Gewicht und den Beitrag zum Entwicklungsauftrag der Weltbank stützt.

IWF-Chef Strauss-Kahn berichtete über den Stand der IWF-Reformen. Die G20 erneuerten ihren Willen, die Reform des IWF (Quoten und Governance) bis zum G20-Gipfel im November in Seoul abzuschließen.

7 Weitere Themen

Kurz diskutiert wurde das Anliegen der südkoreanischen Präsidentschaft, neue Instrumente zur makroökonomischen Stabilisierung von Ländern mit Zahlungsbilanzproblemen zu schaffen (sogenannte "Global Financial Safety Nets"). Es zeichnet sich ab, dass im Ergebnis wohl insbesondere das IWF-Instrumentarium gestärkt wird.

Gewürdigt wurden in Busan die bisherigen Fortschritte, die bei der Verbesserung der Voraussetzungen für den Zugang zu Finanzierungsquellen in Entwicklungsländern erreicht wurden ("Financial Inclusion").

Begrüßt wurde die Einführung des beim G20-Gipfel in Pittsburgh beschlossenen "Global

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni 2010 in Busan, Südkorea

Agricultural and Food Security Program" der Weltbank, das zur Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern beitragen soll. In diesem Zusammenhang ist auch der vorgesehene Erlass aller Schulden Haitis bei den Internationalen Finanzinstitutionen hervorzuheben, den die G20 unterstützen.

Im Rahmen der Arbeiten der G20 zum Abbau ineffizienter Energiesubventionen fand ein Austausch zu den jeweiligen Strategien und Zeitplänen sowie zu dem gemeinsamen Bericht der International Energy Agency (IEA), der OPEC, der OECD und der Weltbank statt.

8 Schlussfolgerung

Das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure im südkoreanischen

Busan brachte bei vielen Themen noch keinen entscheidenden Durchbruch; dies gilt auch für die internationale Einführung einer allgemeinen Bankenabgabe und einer Steuer auf Finanzmarktaktivitäten. Es wurde verabredet, Prinzipien zu erarbeiten, die bei der Einführung möglicher Maßnahmen berücksichtigt werden sollen.

Es gilt daher, bis zum Toronto-Gipfel weitere Fortschritte zu erreichen, auch um dem selbst erklärten Anspruch der G20, als "premier forum of economic cooperation" zu agieren, gerecht zu werden.

Das nächste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wird am 22. und 23. Oktober wieder in Südkorea stattfinden.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich

Ergebnisse der aktuellen Ausgabe der OECD-Studie "Taxing Wages"

1	Einleitung	50
	Ausgewählte Ergebnisse der aktuellen Studie für das Jahr 2009	
4	Entwicklung im Zeitraum 2000 - 2009	54
5	Abgabenbelastung unter Einbeziehung nichtsteuerlicher Abgaben	56
	Fazit	

- Die Steuer- und Sozialabgabenbelastung deutscher Arbeitnehmerhaushalte lag im Jahr 2009 für alle untersuchten Haushaltstypen deutlich oberhalb des OECD-Durchschnitts.
- Günstiger fällt das Ergebnis für Deutschland aus, wenn der Vergleich auf die Steuerbelastung beschränkt wird, denn die Sozialabgaben sind in Deutschland relativ hoch.
- Im Zeitraum 2000 bis 2009 hat sich in Deutschland die Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmern für fast alle betrachteten Haushaltstypen verringert.
- Die Einbeziehung von Zwangsabgaben an nicht-staatliche Institutionen (z. B. Pensionsfonds) in die Berechnungen führt für einige Staaten (z. B. die Niederlande) zu deutlich höheren Gesamtbelastungen.

1 Einleitung

Über die Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben wird in Deutschland häufig diskutiert. Meist geht es dabei auch um die Frage, wie sich die Belastung in Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten darstellt. Die alljährlich im Frühjahr publizierte OECD-Studie "Taxing Wages¹" gibt Antworten auf diese Frage. Sie enthält einen internationalen Vergleich der Belastung von typisierten

Arbeitnehmerhaushalten mit Steuern und Sozialabgaben in den 30 OECD-Mitgliedstaaten.

Die Ermittlung der Datengrundlagen erfolgt nach einheitlichen und transparenten Vorgaben für alle OECD-Staaten. Damit werden aussagefähige internationale Vergleiche ermöglicht. Noch aussagekräftiger wären die OECD-Daten, wenn zusätzlich die Belastung durch indirekte Steuern einbezogen werden könnte. Dies stößt jedoch auf große methodische Probleme, die bisher nicht gelöst werden konnten.

¹OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Neben dem Hauptteil, der die regelmäßig in jedem Jahr veröffentlichten Daten enthält, ist der Studie jeweils ein Sonderkapitel mit jährlich wechselnden Themen beigefügt. Das Sonderkapitel der Ausgabe 2009 beschäftigt sich mit denjenigen Abgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, die von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern aufgrund gesetzlicher Vorschriften an nichtstaatliche Institutionen zu zahlen sind, und die deshalb nicht als Steuern oder Sozialabgaben in den Standardübersichten der Studie enthalten sind.

2 Methodische Grundlagen

Zur Darstellung der Steuerund Abgabenbelastung der Arbeitnehmerhaushalte werden zwei Indikatoren verwendet: Classification of all Economic Activities - ISIC) der nationalen statistischen Ämter.

Im Rahmen der Typisierung können individuelle Besonderheiten nicht berücksichtigt werden. So wird für die deutschen Arbeitnehmerhaushalte nur die Werbungskostenpauschale angesetzt. Als Sonderausgaben werden nur die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Kirchensteuer wird nicht einbezogen.

Die Berechnungen gehen außerdem davon aus, dass neben dem Arbeitslohn keine weiteren Einkünfte vorliegen. In einigen OECD-Staaten wird das Kindergeld anders als in Deutschland nicht als Steuerabzug behandelt. Die Kindergeldzahlungen werden dann als "Transferleistungen" in die Berechnung der Indikatoren einbezogen. Transferleistungen, die auf individuellen

1. die "tax wedge" ("Steuerkeil"), berechnet als Quotient aus lohnbezogenen Abgaben und Lohnkosten und somit Indikator für die Belastung des Faktors "Arbeit"

 $tax\ wedge = \frac{Lohnsteuer + Arbeitnehmer- \, und \, Arbeitgeberbeitrag \, zur \, Sozialversicherung - Kindergeld}{Bruttolohn + Arbeitgeberbeitrag \, zur \, Sozialversicherung}$

2. die Belastung des Bruttolohns des Arbeitnehmerhaushalts

 $AN-Belastung = \frac{Lohnsteuer + Arbeitnehmerbeitrag \, zur \, Sozialversicherung - Kindergeld}{Bruttolohn}$

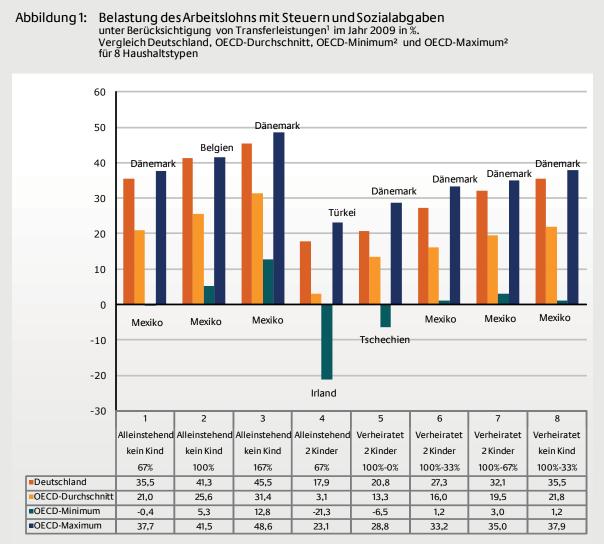
Es wird sowohl die Durchschnittsbelastung als auch die Grenzbelastung (Belastung des nächsten hinzuverdienten Euro) für acht typisierte Arbeitnehmerhaushalte ermittelt. Diese Typen unterscheiden sich durch ihren Bruttoarbeitslohn (Prozentsatz des durchschnittlichen Jahresbruttoverdienstes eines Vollzeitarbeitnehmers), den Familienstand und die Anzahl der Kinder.

Der zugrunde gelegte Bruttodurchschnittslohn für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer beruht auf international standardisierten Erhebungen (International Standard Industrial Voraussetzungen fußen (z. B. Wohngeld), werden nicht angesetzt.

3 Ausgewählte Ergebnisse der aktuellen Studie für das Jahr 2009

Aufgrund des Umfangs der OECD-Studie können im Rahmen dieses Beitrags nur einige ausgewählte Ergebnisse im Überblick dargestellt werden. Betrachtet man die Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben unter Berücksichtigung

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



¹ Transferleistungen die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt. Kindergeldzahlungen in Deutschland sind nicht als Transferleistung sondern als Minderung der Steuerbelastung berücksichtigt.

Quelle: OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010.

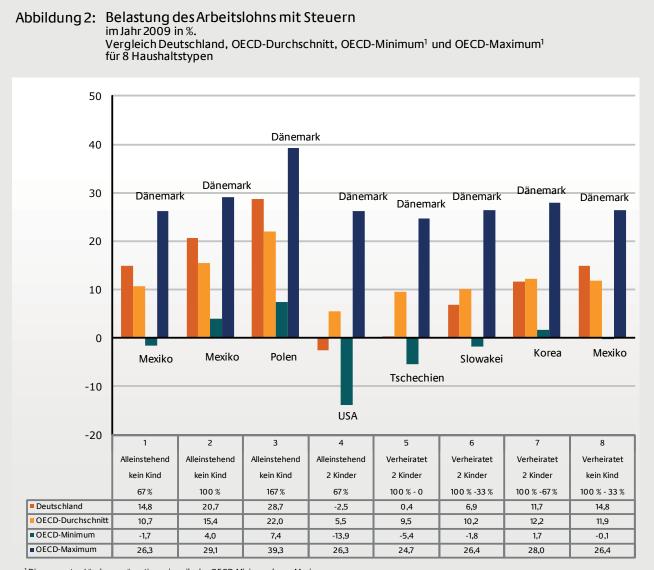
von Transferleistungen (Abbildung 1), so ist festzustellen, dass die Belastung für alle acht Haushaltstypen deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegt. Die Differenz zum OECD-Durchschnitt ist für die deutschen Alleinstehenden (Haushaltstypen 1 bis 4) größer als für die Verheirateten (Haushaltstypen 5 bis 8). Hier wirkt sich das in der großen Mehrzahl der OECD-Staaten nicht vorhandene Ehegattensplitting zugunsten der Verheirateten in Deutschland aus. Die alleinstehenden Gering- und Durchschnittsverdiener (Haushaltstypen 1, 2 und 4) liegen am weitesten über dem OECD-

Durchschnitt. Die absolut höchste Belastung der acht Haushaltstypen weist in Deutschland der alleinstehende Besserverdiener (Haushaltstyp 3) mit 45,5 % auf.

Bei allen Haushaltstypen gibt es jedoch Länder, in denen die Belastung höher als in Deutschland ausfällt. Bei sechs von acht Haushaltstypen liegt Dänemark an der Spitze. Mexiko, das als Schwellenland allerdings nur bedingt mit Deutschland vergleichbar ist, weist demgegenüber sechsmal die geringste Abgabenbelastung aller OECD-Staaten auf.

² die genannten Länder repräsentieren jeweils das OECD-Minimum bzw. -Maximum.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



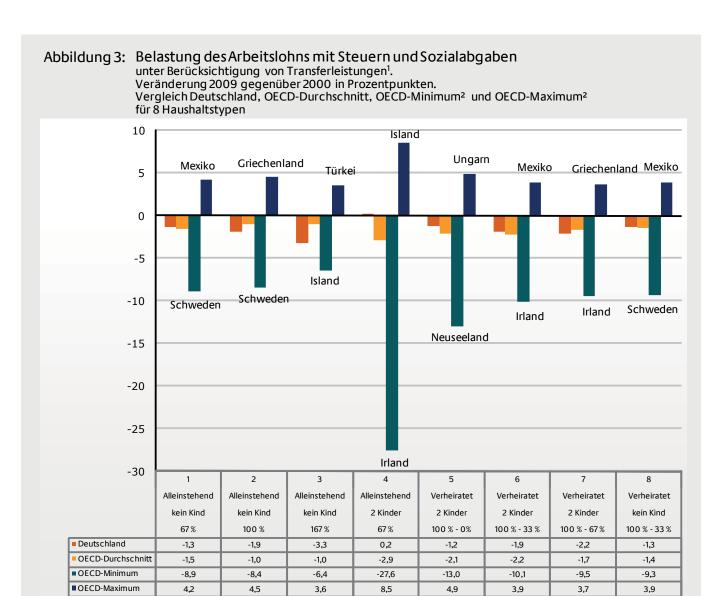
¹ Die genannten Länder repräsentieren jeweils das OECD-Minimum bzw. -Maximum.

Quelle: OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010.

Die Position Deutschlands verbessert sich erheblich, wenn nur die Steuerbelastung der Arbeitnehmer in den Blick genommen wird (Abbildung 2). Bei den Haushaltstypen ohne Kinder liegt die Belastung in Deutschland zwar noch über dem OECD-Durchschnitt, der Abstand zum Durchschnitt ist mit maximal 6,7 Prozentpunkten (Alleinstehende ohne Kinder mit 167% des Durchschnittseinkommens – Typ 3) jedoch erheblich geringer als in Abbildung 1. Bei allen Haushaltstypen mit Kindern liegen die Belastungen unter dem OECD-Durchschnitt.

Die Aussage für die Haushaltstypen mit Kindern unterliegt jedoch der Einschränkung, dass in Deutschland das Kindergeld als steuerliche Leistung in diesen Vergleich eingeht, während vergleichbare Zahlungen in manchen anderen Staaten als Transferleistung gelten und somit in der Darstellung der Steuerbelastung keine Berücksichtigung finden. Der isolierte Vergleich der Steuerbelastung ist zudem wegen der unterschiedlichen Finanzierungssysteme insbesondere der sozialen Sicherung in den OECD-Staaten nur begrenzt aussagekräftig.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



¹Transferleistungen, die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt. Kindergeldzahlungen in Deutschland sind nicht als Transferleistung sondern als Minderung der Steuerbelastung berücksichtigt.

Quelle: OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010.

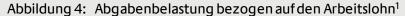
4 Entwicklung im Zeitraum 2000 - 2009

Der Vergleich der Belastungsquoten der Jahre 2000 und 2009 zeigt, dass im OECD-Durchschnitt die Belastung des Arbeitslohns je nach Haushaltstyp um 1,0 bis 2,9 Prozentpunkte gesunken ist (Abbildung 3). Dies schließt nicht aus, dass in einer Anzahl von Ländern die Belastungen auch angestiegen sind, wobei hier zu berücksichtigen ist, von welchem Ausgangsniveau im Jahr 2000 die Entwicklung ausging. So weist Abbildung 3 für drei Haushaltstypen Mexiko als Land mit den höchsten Zuwächsen aus. In Abbildung 1 ist jedoch erkennbar, dass Mexiko auch noch im Jahr 2009 bei den meisten Haushaltstypen die geringsten Belastungsquoten aufwies.

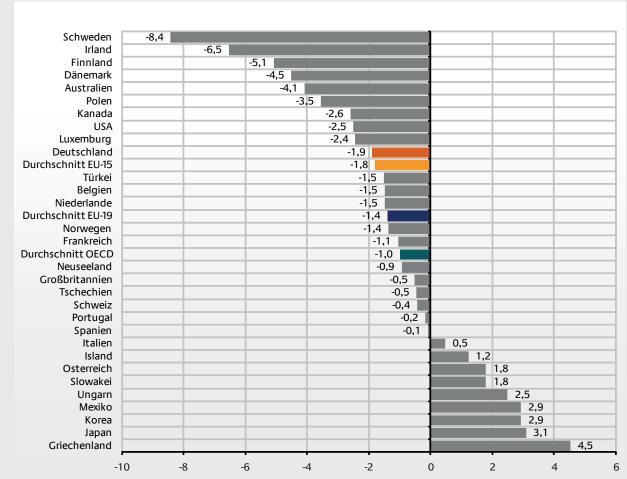
Auch für deutsche Arbeitnehmerhaushalte sind die Belastungen mit Abgaben im

² Die genannten Länder repräsentieren jeweils das OECD-Minimum bzw. -Maximum.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



Veränderung 2009 gegenüber 2000. Haushaltstyp: Alleinstehend, keine Kinder, 100 % des Durchschnittseinkommens. Verringerung (-) bzw. Erhöhung (+) in Prozentpunkten.



EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

EU-19: EU-15 plus Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

¹ Abgaben: Lohnsteuer zuzgl. Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung abzgl. Transferleistungen (Transferleistungen, die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt).

Quelle: OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010.

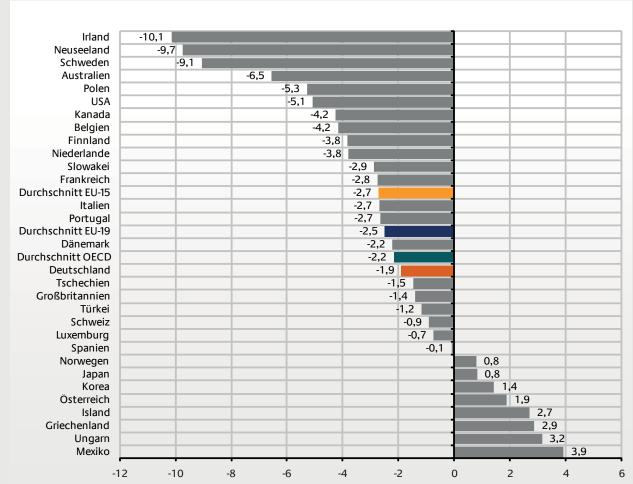
betrachteten Zeitraum bei sieben der acht Haushaltstypen gesunken, teilweise sogar stärker als im OECD-Durchschnitt. Dies zeigt, dass die dem progressiven Steuertarif innewohnende Tendenz zur überproportionalen Belastungssteigerung bei Lohnzuwächsen ("kalte Progression") durch die seit dem Jahr 2000 beschlossenen Steuer- und Abgabensenkungen mehr als aufgewogen wurde. Die Entlastungen

sind allerdings je nach Haushaltstyp unterschiedlich stark. Für Alleinstehende mit zwei Kindern und einem Arbeitslohn von 67 % des Durchschnittseinkommens ergab sich sogar eine geringfügige Steigerung um 0,2 Prozentpunkte (wobei dieser Haushaltstyp, wie Abbildung 1 zeigt, von den acht Haushaltstypen die geringste Steuer- und Abgabenbelastung aufweist).

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Abbildung 5: Abgabenbelastung bezogen auf den Arbeitslohn¹ Veränderung 2009 gegenüber 2000.

Haushaltstyp. Verheiratet, zwei Kinder, 100 % und 33 % des Durchschnittseinkommens. Verringerung (-) bzw. Erhöhung (+) in Prozentpunkten.



EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal,

EU-19: EU-15 plus Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

Quelle: OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010.

Die Abbildungen 4 und 5 stellen die Entwicklung im Zeitraum 2000 - 2009 aufgeschlüsselt auf die einzelnen Länder exemplarisch für die beiden Haushaltstypen "Alleinstehend, keine Kinder, Durchschnittseinkommen" und "Verheiratet, zwei Kinder, 100% und 33% des Durchschnittseinkommens" dar.

5 Abgabenbelastung unter Einbeziehung nichtsteuerlicher Abgaben

Die OECD weist in ihrer Studie als Abgabenbelastung regelmäßig nur Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen an den Staat oder quasistaatliche Organisationen aus, für die keine Gegenleistungen gewährt werden. In einer Reihe von Staaten existieren

¹ Abgaben: Lohnsteuer zuzgl. Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung abzgl. Transferleistungen (Transferleistungen, die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt).

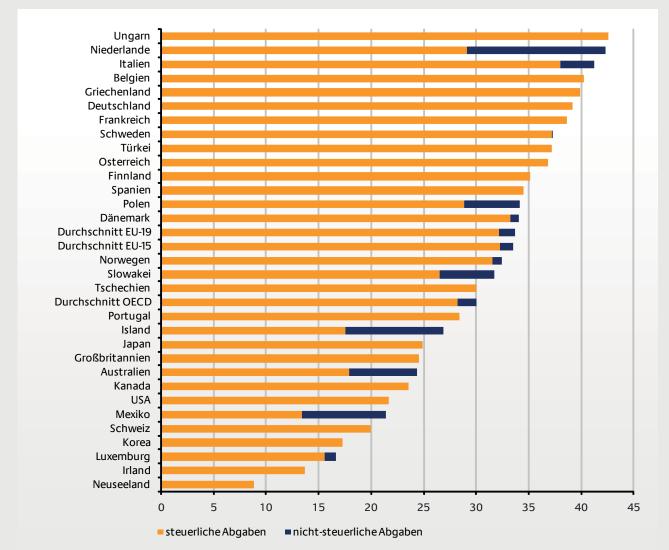
DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

jedoch gesetzliche Vorschriften, die den Arbeitnehmer oder den Arbeitgeber zu Zahlungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis verpflichten, die an nichtstaatliche Organisationen/Unternehmen geleistet werden müssen. Diese von der OECD als "non-tax compulsory payments" bezeichneten Zahlungen wurden im Sonderkapitel der Taxing Wages 2009 genauer unter die Lupe genommen und, soweit möglich, quantifiziert.

Ein typisches Beispiel für derartige Zahlungen bleibt dabei aber ausgeklammert: Zahlungen

Abbildung 6: Abgabenbelastung (einschließlich nichtsteuerliche Abgaben) bezogen auf die Lohnkosten¹ im Jahr 2009

Haushaltstyp: Verheiratet, zwei Kinder, 100 % und 33 % des Durchschnittseinkommens in %



EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

 $\hbox{EU-19: EU-15 plus Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.}\\$

¹Abgaben: Lohnsteuer zuzgl. Arbeitnehmer- u. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung abzgl. Transferleistungen zuzgl. nichtsteuerliche Abgaben Lohnkosten: Bruttoarbeitslohn zuzgl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Quelle: OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2008-2009, Paris 2010

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

an Unfallversicherungen zur Absicherung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten (in Deutschland ist dies der einzige Fall derartiger Zahlungen). Aufgrund der vielfältigen Differenzierungen innerhalb der einzelnen Länder (u. a. in Abhängigkeit von den mit einer Tätigkeit verbundenen Unfallgefahren) erwies sich eine typisierte Einbeziehung der Unfallversicherung als nicht möglich.

In der Abbildung 6 wird das Ergebnis für die Abgabenbelastung bezogen auf die Lohnkosten ("tax wedge") für den Haushaltstyp "Verheiratet, zwei Kinder, 100% und 33% des Durchschnittseinkommens" dargestellt. Es zeigt sich, dass nichtsteuerliche Abgaben in einigen Ländern, z. B. den Niederlanden, einen erheblichen Umfang annehmen. Im Fall der Niederlande führt die Einbeziehung von Zwangsabgaben zu privaten Pensionsfonds und zur privaten Krankenversicherung dazu, dass sich die zweithöchste Abgabenbelastung im OECD-Vergleich für den dargestellten Haushaltstyp ergibt.

6 Fazit

Für internationale Belastungsanalysen stellt die Publikation "Taxing Wages" der OECD auch in ihrer jüngsten Ausgabe wertvolle Daten bereit. Das Sonderkapitel über nichtsteuerliche Zahlungen erweitert den Horizont und macht deutlich, dass man bei der Analyse der Informationen der "Taxing Wages" die unter anderem aus Gründen der Vergleichbarkeit selbst gesetzten Grenzen der Studie nicht aus dem Blick verlieren darf.

Hinsichtlich der Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmerhaushalten in Deutschland bleibt festzuhalten, dass sich die Situation für die meisten Haushalte in den vergangenen zehn Jahren verbessert hat. Die in diesem Jahr in Kraft getretene Senkung des Einkommensteuertarifs, die Erhöhung des Grundfreibetrages sowie eine verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Krankenversicherungsbeiträgen könnten Deutschlands Position im Jahr 2010 noch weiter verbessern.

Bei einer umfassenden Bewertung derartiger internationaler Belastungsvergleiche müssen allerdings auch die vom Gesamtstaat an die Bürger erbrachten Leistungen (etwa im Sozialversicherungsbereich) berücksichtigt werden. Zudem sind gerade für die effektive Belastung unterer Einkommensbereiche zusätzlich gewährte Transferzahlungen einzubeziehen: beispielsweise Kinderzuschlag, Wohngeld und BAföG. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Aussagen zur im OECD-Vergleich überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastung für einzelne Haushaltstypen in Deutschland.

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums eingesetzt

1	Einsetzung einer Historikerkommission durch das Bundesministerium der Finanzen	59
2	Forschungsschwerpunkte	60
	Das Reichsfinanzministerium von 1933 bis 1945	
4	Steuerliche Ausplünderung	60
5	Mittelbeschaffung durch Raub	62
6	Finanzierung durch Kredite	
7	Personalpolitik des RFM	
8	Bedarf für weitere Forschungsarbeiten	

- Das Bundesministerium der Finanzen hat eine hochrangige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichfinanzministeriums eingesetzt. In die Kommission wurden ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der NS-Finanz- und -Wirtschaftsgeschichte berufen.
- Das Bundesfinanzministerium ist schon seit Beginn der 50er Jahre mit der Aufarbeitung und Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts betraut. Es unterzieht jetzt die Geschichte seiner Vorgängerinstitution einer kritischen Untersuchung.
- Es ist geplant, die Untersuchungsergebnisse des Projekts nach deren Veröffentlichung in Form einer Ausstellung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

1 Einsetzung einer Historikerkommission durch das Bundesministerium der Finanzen

Das Bundesministerium der Finanzen hat im Sommer 2009 eine unabhängige Historikerkommission eingesetzt, die untersuchen soll, welchen Beitrag das Reichsfinanzministerium etwa bei der Ausplünderung der Juden sowie der Finanzierung der Rüstung und des Krieges leistete, welche Handlungsspielräume es dabei gab und wie diese genutzt wurden. In die Kommission berufen wurden sieben Wissenschaftler, die als Experten auf dem Gebiet der NS-Finanz- und Wirtschaftsgeschichte ausgewiesen sind: Prof. Dr. Jane Caplan (Oxford), Prof. Dr. Ulrich Herbert (Freiburg), Prof. Dr. Hans Günter

Hockerts (München), Prof. Dr. Werner Plumpe (Frankfurt), Prof. Dr. Adam Tooze (Yale), Prof. Dr. Hans-Peter Ullmann (Köln) und Prof. Dr. Patrick Wagner (Halle).

Das Bundesfinanzministerium, schon seit Beginn der 50er Jahre mit der Aufarbeitung und Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts betraut, will damit nunmehr auch die Geschichte seiner Vorgängerinstitution einer kritischen Untersuchung unterziehen. Weitere Anstöße für die Aufarbeitung der Geschichte des Ministeriums waren ein Projekt zur Erforschung der Geschichte des Auswärtigen Amtes, das im Jahr 2005 in Auftrag gegeben wurde, sowie eine Studie des Bundesministeriums für Verkehr. Bau und Stadtentwicklung aus dem Jahr 2006 über die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945.

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

2 Forschungsschwerpunkte

Nachdem im Rahmen der Auftaktveranstaltung am 14. Juli 2009 im BMF mögliche Forschungsschwerpunkte sowie die Quellenlage sondiert wurden, stellte der Sprecher der Historikerkommission, Prof. Dr. Hans-Peter Ullmann, im Dezember 2009 dem Beauftragten des Ministeriums für die Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums (RFM), Herrn Rainer M. Türmer, den zunächst auf drei Jahre ausgelegten Forschungsplan vor. Er sieht vor, nicht nur die Behördengeschichte des Ministeriums, also das Reichsfinanzministerium als "politisierte" Fachbehörde, zu erforschen, sondern darüber hinaus auch die Kernelemente der nationalsozialistischen Steuer- und Schuldenpolitik zu untersuchen.

Gesichert ist, dass das Reichsfinanzministerium und die Reichsfinanzverwaltung über eine Vielzahl von Instrumenten dazu beigetragen haben, dem nationalsozialistischen Regime die finanzielle Grundlage für die immensen Ausgaben zu schaffen, die insbesondere durch die Vorbereitung und Durchführung des Krieges entstanden. Zwischen 1939 und 1945 gab das Deutsche Reich mehr als 600 Mrd. Reichsmark (RM) aus, mindestens zwei Drittel davon für die Wehrmacht. Die drei tragenden Säulen der Mittelbeschaffung waren Steuern, Kredite und Raub.

3 Das Reichsfinanzministerium von 1933 bis 1945

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 verging wenig Zeit, bis die Finanzverwaltung in neue Bahnen gelenkt wurde: Im Juli 1933 formulierte der neue Staatssekretär im Reichsfinanzministerium (RFM) Fritz Reinhardt, seit 1928 Gauleiter von Oberbayern und seit 1930 Reichstagsabgeordneter und Finanzfachmann der NSDAP, seine

Erwartungen an das Haus: "Es ist unerlässlich, dass jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter das Gedankengut des Nationalsozialismus in sich aufnimmt und innerhalb und außerhalb seines Dienstes nationalsozialistisch denkt und handelt. Alle Entscheidungen dürfen nur nach nationalsozialistischen Grundsätzen getroffen werden. Schreiben, Verfügungen und Anordnungen dürfen nationalsozialistischen Grundsätzen nicht zuwiderlaufen". Jeder Beamte, bestimmte Reinhardt, sei verpflichtet, sich nicht nur fachlich, sondern auch weltanschaulich und soldatisch laufend in Schwung zu halten und die Gewähr zu bieten, dass er sich rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat und die NSDAP einsetzen würde - "ohne Vorbehalt, ohne jedes Wenn und Aber". Mit "Hirn und Herz", so forderte er weiter, sollten die Beamten Nationalsozialisten sein. Damit war das Programm umrissen, dem das Reichsfinanzministerium in den kommenden zwölf Jahren Folge leisten sollte: Jeder seiner Bediensteten war gehalten, die neue Machtstruktur in seine persönlichen Ziele und alle Entscheidungsprozesse aufzunehmen.

In welcher Form und in welchem Umfang die Beamten des Ministeriums dieses Programm in ihrer täglichen Arbeit umsetzten, ist bis heute nicht umfassend erforscht.

4 Steuerliche Ausplünderung

Etwa ein Drittel seiner Einkünfte erzielte der nationalsozialistische Staat durch Steuern. Zum einen dienten sie dazu, den wachsenden Mittelbedarf des Staates zu decken, dessen Einnahmen aus Steuern und Zöllen zwischen 1933/34 und 1938/39 um 164% auf 18,2 Mrd. RM stiegen. Darüber hinaus half die funktionierende Steuerverwaltung, in den Kriegsjahren für die Bevölkerung die Illusion aufrechtzuerhalten, die staatlichen Ausgaben seien solide finanziert. Vor allem aber nutzten die neuen Regierenden das Steuerrecht auch dazu, ihre politischen Ziele in Gesetzesregelungen und in die Praxis einfließen zu lassen.

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

Auch wenn eine umfassende Steuerrechtsreform, die ursprünglich für 1934 angekündigt worden war, ausblieb, bediente sich der nationalsozialistische Staat steuerrechtlicher Instrumente, um auf das Verhalten seiner Bürger einzuwirken. So wurden im Einkommensteuerrecht Erleichterungen für Masseneinkommen bei stärkerer Besteuerung hoher Einkommen angeordnet; man weitete die Familienförderung aus, um Anreize für mehr Geburten zu schaffen; außerdem erfolgten steuerliche Begünstigungen von Personengesellschaften gegenüber den Kapitalgesellschaften, um dem "Führerprinzip" auch in der Wirtschaft zur Geltung zu verhelfen: Das Zahlen von Steuern wurde zu einem "Akt der Gefolgschaftstreue" gegenüber dem Führer stilisiert, zu dem die "Volksgemeinschaft" verpflichtet war. Umgekehrt bedeutete dies für diejenigen, die nicht Teil der "Volksgemeinschaft" waren, dass ihnen Schritt für Schritt im Steuerrecht alle Rechte aberkannt und sie auch fiskalisch zu Unpersonen herabgewürdigt wurden.

Die Grundlage hierfür wurde im Oktober 1934 durch das Steueranpassungsgesetz geschaffen. Es bestimmte, dass die Steuergesetze "nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen" seien und Entsprechendes für die Beurteilung von Tatbeständen gelte. Schon im Sommer 1935 erstellte das RFM Vorlagen für "Maßnahmen gegen Nichtarier auf dem Gebiet der Einkommensteuer" oder Vorschläge, um die Umsatzsteuer "zu einem politischen Kampfmittel" umzugestalten. Diese sahen zunächst vor, dass begünstigende Vorschriften für Juden nicht zur Anwendung kamen, etwa kinderfördernde Regelungen in der Einkommensteuer. Für die Umsatzsteuer wurde vorgeschlagen, die Befreiungsregelung für Ärzte und Apotheker aufzuheben, soweit diese Leistungen von Juden erbracht wurden. Ab 1937/38 wurden Juden bei der Einkommensteuer unabhängig von ihrem Familienstand immer in der höchsten Steuerklasse veranlagt, konnten weder außergewöhnliche Belastungen noch Sonderausgaben steuermindernd ansetzen

und unterlagen eigenen Veranlagungsgrenzen bei der Vermögensteuer; jüdische Institutionen verloren ihre Gemeinnützigkeit und mussten sich mit steuerlichen Nachteilen in Gesellschaften bürgerlichen Rechts umwandeln. Von 1941 an mussten Juden einen 15 %igen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer entrichten.

Unterstützt wurde die fortschreitende Entrechtung der jüdischen Bevölkerung sowohl durch die Praxis der Verwaltung, die oftmals keinen Gebrauch von Härtefallregelungen zugunsten von jüdischen Steuerpflichtigen machte, sowie die Finanzgerichte, die etwa durch Urteile im Wege "nationalsozialistischer Rechtsauslegung" zu einer weiteren Verschärfung der Judenverfolgung beitrugen und zunehmend gegenüber jüdischen Steuerpflichtigen ihre Kontrollfunktion zugunsten einer "Mitarbeit bei der steuerlichen Begriffsbildung" aufgaben: So wendete der Reichsfinanzhof das Steueranpassungsgesetz auch rückwirkend auf Steuerfälle vor dessen Inkrafttreten an oder urteilte zu einem begründeten Antrag auf Erlass der Reichsfluchtsteuer, dass "Juden im Allgemeinen nicht geeignet" seien, "die Belange des deutschen Volkes im Ausland wirksam zu vertreten".

Der Erfindungsreichtum bei der Ausplünderung jüdischer Steuerpflichtiger erschöpfte sich aber nicht in der Diskriminierung im Rahmen bestehender Steuerregelungen. Hinzu kamen besondere Zahlungspflichten, die ausschließlich Juden auferlegt wurden und die dem Reich erhebliche zusätzliche Einnahmequellen erschlossen: Allein 1.1 Mrd. RM flossen durch die "Judenvermögensabgabe" in die Staatskassen. Diese von Hermann Göring erdachte willkürliche Kontribution, welche die Juden nach dem Novemberpogrom 1938 als "Sühneleistung" für ihre "feindliche Haltung gegenüber dem deutschen Volk" zu erbringen hatten, sollte dazu dienen, das "gesamte Judentum haftbar" zu machen "für Schäden, die durch einzelne Exemplare

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

dieses Verbrechertums der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volk zugefügt" würden. 20 % ihres Vermögens sollten die deutschen Juden abgeben, ein Betrag, der später auf 25 % erhöht wurde. Die Erhebung wurde dadurch erleichtert, dass die jüdischen Steuerpflichtigen im April 1938 detaillierte Aufstellungen aller vorhandenen Vermögenswerte – ausgenommen Hausrat und persönliche Gegenstände – hatten vorlegen müssen.

Eine weitere Milliarde Reichsmark überwiegend aus dem Vermögen jüdischer Steuerpflichtiger spülte die Reichsfluchtsteuer in die Kassen, die gemeinsam mit der Judenvermögensabgabe im Steuerjahr 1938/39 rund 5 % der gesamten Steuereinnahmen erreichte: Wer auswandern wollte, unterlag der Regelung, die ursprünglich 1931 von der Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning eingeführt worden war, um Kapitalabwanderungen ins Ausland zu verhindern. Nach ihr musste ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz im Inland aufgab, ein Viertel des deutschen steuerpflichtigen Vermögens an den Fiskus abführen, wenn sein Vermögen 200 000 RM oder sein Einkommen 20 000 RM überstiegen. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde diese Vermögensgrenze auf 50 000 RM gesenkt und die Reichsfluchtsteuer gezielt dazu eingesetzt, jüdische Flüchtlinge in möglichst großem Umfang ihres Vermögens zu berauben. Wer versuchte, sich der Regelung zu entziehen, musste nicht mehr nur mit Geld-, sondern auch mit Freiheitsstrafen rechnen, wurde mit Steckbrief im "Reichsanzeiger" oder "Reichssteuerblatt" als Steuerflüchtling zur Fahndung ausgeschrieben und verlor sein Vermögen durch Beschlagnahme.

Darüber hinaus erschwerten
Devisenregelungen die Auswanderung, die
vorsahen, dass Ausreisende lediglich einen
Gegenwert von 10 RM in ausländischen
Zahlungsmitteln mit sich führen
durften, während höhere Summen mit
gravierenden Abschlägen über die Deutsche

Golddiskontbank transferiert werden mussten – zuletzt mit faktisch enteignenden Abschlägen von 96 %. In der Kombination ließen diese Instrumente Emigrationswillige nicht selten mittellos werden, mit der Folge, dass diese sich die Emigration nicht mehr leisten konnten.

5 Mittelbeschaffung durch Raub

Zum offenen Raub jüdischen Vermögens kam es schließlich mit dem Inkrafttreten der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941. Diese bestimmte in § 1: "Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er dort nicht nur vorübergehend verweilt." Die Verlegung des gewöhnlichen Aufenthaltes ins Ausland zog nach § 2 der Verordnung den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach sich sowie nach § 3 den Verfall seines Vermögens zugunsten des Reichs. Die Regelung ermöglichte es nicht nur, das Hab und Gut von Emigranten einzuziehen, das darauf wartete, wie vereinbart von Speditionen ins Ausland verbracht zu werden und mitunter ohnehin schon zur Deckung vorgeblicher Lagerkosten geplündert worden war.

Vor allem schuf die Verordnung, die kurz nach dem Beginn der Massendeportationen erlassen wurde, präzise die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen, um sich des Vermögens der Deportierten zu bemächtigen: Da Juden, die in die Ghettos und Vernichtungslager des Ostens verschleppt wurden, mit Überschreiten der Grenze dauerhaft das Reichsgebiet verließen, galt auch die Deportation als Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland: Denn maßgeblich für die Feststellung des gewöhnlichen Aufenthalts, so die Argumentation, seien allein objektive Gesichtspunkte, ohne dass es hierbei auf den Willen des Betroffenen ankomme. Den

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

zur Deportation vorgesehenen deutschen Juden wurden von Gerichtsvollziehern in den Sammellagern Einziehungsverfügungen übergeben, in denen sie von der Konfiszierung ihres Vermögens in Kenntnis gesetzt wurden. Mit Vermerken wie "Die mit Verfügung des Finanzamtes vom (...) festgesetzte Reichsfluchtsteuersicherheit hebe ich hierdurch ersatzlos auf, weil die Genannte im August 1943 nach Theresienstadt evakuiert worden ist. Im Auftrag" und einem roten Aufdruck "Akten geschlossen bzw. gelöscht" endete für die Verschleppten auch die steuerliche Existenz.

Die auf diese Weise erlangten Besitztümer jüdischer Bürger kamen zum Teil der Beamtenschaft zugute, die sich Bettzeug für die Ausbildungsstätten oder Möbel für die Büros hoher Beamter sicherte. Daneben profitierten aber vor allem die nichtjüdischen Mitbürger, die durchaus selbst die Initiative ergriffen und in Schreiben an die Finanzbehörden mit linientreuem "Heil Hitler" darauf drangen, bei der Verteilung berücksichtigt zu werden - so eine Berlinerin, die 1943 Interesse an einem Schlafzimmer anmeldete: "Ich habe Interesse für einen Teil der Möbel des Juden I., Berlin-Schöneberg, Wartburgstraße 24. Ich möchte Sie höflichst bitten, mir Gelegenheit zu geben, dieselbe zu besichtigen. Ich habe 1940 geheiratet und erwarte zum Sommer das dritte Kind. Da ich meine jetzigen Betten für die größeren Kinder benötige, interessiere ich mich ganz besonders für ein Schlafzimmer. Ich konnte mir bisher keines kaufen. Für eine baldige Antwort wäre ich Ihnen sehr dankbar. Einen Freiumschlag füge ich bei. Heil Hitler!"

Das Interesse an den Häusern und Wohnungen der zumeist deportierten Juden war sogar so groß, dass Staatssekretär Reinhardt im September 1943 einen eigenen Runderlass an die Oberfinanzpräsidenten herausgab. Darin untersagte er diesen ausdrücklich, den Kaufbewerbern weiterhin die Empfehlung zu geben, im Reichsfinanzministerium persönlich vorzusprechen: "Die Zahl der Kaufbewerber, die glauben, durch persönliche Rücksprache

im Ministerium eine schnellere und erfolgreiche Erledigung ihrer Kaufbewerbung erreichen zu können, ist so groß geworden, dass der regelmäßige Geschäftsbetrieb dadurch erheblich aufgehalten worden ist."

Zum Raub des Vermögens deutscher Juden traten Plünderungen in den eroberten Gebieten hinzu, die über "Kriegsbeiträge" der besetzten und verbündeten Länder bis Mai 1945 mindestens 119 Mrd. RM erreichten etwa 30 % des Bedarfs der Wehrmacht. Schon vor Kriegsbeginn hatte das NS-Regime die noch zu erobernden Länder in seine Finanzkalkulationen einbezogen, wie eine Denkschrift aus dem Mai 1939 zeigt: "Zur Deckung der Mehranforderungen der Wehrmacht muss die Wirtschaftskraft des Protektorats und der im Laufe des Feldzuges zu erobernden Gebiete herangezogen werden" ob durch Übernahme des Staatsvermögens, Nutzung der Rohstoffe, der Industrie oder Zwangsmobilisierung der Bevölkerung als Arbeitskräfte.

6 Finanzierung durch Kredite

Neben der Mittelbeschaffung durch Steuern und Raub finanzierte sich der nationalsozialistische Staat vor allem über Kredite. So stieg die Nettoneuverschuldung des Reiches von 1,2 Mrd. RM (1933/34) auf 10,2 Mrd. RM (1938/39), und die inländische Reichsschuld wuchs bis 1939 um 40,5 Mrd. RM. Der mittel- und langfristigen Verschuldung diente die "unsichtbare" Finanzierung. Zunächst riegelte das Regime den Kapitalmarkt für private Schuldner ab, dann begab es Anleihen im "rollenden" und "geräuschlosen" Verkauf an Sparkassen, Versicherungen und Parafisci. So griff der Fiskus auf die Ersparnisse der Bevölkerung zu, ohne dass diese davon wusste oder dabei mitwirken musste. Neben die mittel- und langfristigen traten in großem Umfang kurzfristige Schulden: Arbeitsbeschaffungs- und "Mefo-Wechsel", Lieferungsschatzanweisungen und Steuergutscheine. Die Mefo-Wechsel dienten

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

dazu, Finanzwechsel des Reiches, die nach dem Reichsbankgesetz nur in begrenzter Höhe von der Reichsbank diskontiert werden durften, in Handelswechsel umzuwandeln, die keinen Beschränkungen unterlagen. Dazu wurden Intermediäre eingerichtet wie etwa die "Metallurgische Forschungsgesellschaft" (Mefo). Militärlieferanten zogen Wechsel auf die Mefo. Deren Akzept, vom Reich garantiert, machte aus den Finanzwechseln erstklassige dreimonatige, aber bis zu fünf Jahren prolongierbare Handelswechsel. Wie die Aufrüstung wurde auch der Krieg zum größeren Teil durch Kredite finanziert, wiederum finanziert über den schon erfolgreich erprobten Weg des sogenannten "rollenden" und "geräuschlosen" Verfahrens. Rascher als die fundierte stieg, besonders in der zweiten Kriegshälfte, die kurzfristige Schuld. Als das Dritte Reich 1945 kapitulierte, hatte es einen Schuldenberg von mindestens 452 Mrd. RM aufgetürmt; zwei Drittel davon kurzfristige Verbindlichkeiten. Dessen ungeachtet gelang es dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank durch das Zusammenspiel der verschiedenen Finanzierungsinstrumente, bis zuletzt den Eindruck einer funktionierenden staatlichen Finanzierung aufrechtzuerhalten.

7 Personalpolitik des RFM

Inwieweit das Reichsfinanzministerium NS-Personalpolitik betrieb, ist bislang nicht abschließend untersucht. Der Reichsfinanzminister, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, hatte das Amt im Juni 1932 in der Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen übernommen. Der Jurist war selbst kein Mitglied der NSDAP, ließ aber seinem Staatssekretär Fritz Reinhardt insbesondere in der antijüdischen Steuergesetzgebung wohl weitgehend freie Hand, während er selbst sich maßgeblich um das Reichsbudget kümmerte. Nach dem Krieg gab er an, weniger als ein Prozent der Ministerialbeamten sei aus ihren Positionen entfernt worden. Zu ihnen gehörten aber einige herausragende Beamte der Finanzverwaltung wie der mit einer Jüdin

verheiratete Staatssekretär Arthur Zarden, der im März 1933 sein Amt verlor und durch Reinhardt, einen "alten Kämpfer" der Nationalsozialisten, ersetzt wurde. Zarden entzog sich seiner drohenden Folterung durch die Gestapo 1944 durch Selbstmord. Sein Nachfolger kümmerte sich persönlich darum, dass die Beamten des Ministeriums sich mit parteigesteuerter Zeitungslektüre fortbildeten und der Beamtennachwuchs in 14 neugegründeten Finanz- und sechs Zollschulen nationalsozialistisches Gemeinschaftsgefühl entwickelte.

8 Bedarf für weitere Forschungsarbeiten

Mit dem nunmehr in Auftrag gegebenen Projekt sollen bestehende Lücken der Forschung geschlossen werden. So fehlt es bislang an einer modernen Verwaltungsgeschichte des Reichsfinanzministeriums. Diese soll nicht nur die Organisationsstrukturen des RFM sowie die Zusammensetzung und Entwicklung seines Personals untersuchen, sondern auch klären, welche Rolle das Ministerium im nationalsozialistischen Herrschaftssystem gespielt hat. Auch die Steuerpolitik des RFM ist noch wenig erforscht. So fehlen Untersuchungen über die genaue Verteilung der Steuerlast, die ersehen lassen, inwieweit die Steuerpolitik zwischen 1933 und 1945 zu einer Umverteilung zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geführt hat. Darüber hinaus ist, aufbauend auf verschiedenen Regionalstudien wie der von Martin Friedenberger zur Berliner Finanzverwaltung, nunmehr eine umfassende Darstellung der Rolle des RFM in der Steuerpolitik vorgesehen. Diese soll etwa erschließen, wie die Prozesse der Gesetz- und Verordnungsgebung abliefen, wer im Ministerium an der Ausarbeitung beteiligt war, wie das RFM auf die Besteuerungspraxis eingewirkt hat und nicht zuletzt, welche symbolische Bedeutung den Steuern dabei zukam, im Krieg die Illusion

HISTORIKERKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DES REICHSFINANZMINISTERIUMS EINGESETZT

fiskalischer "Normalität" aufrechtzuerhalten. Schließlich soll der These nachgegangen werden, der nationalsozialistische Staat habe sich weitgehend geräuschlos – ohne Wissen der Bevölkerung – finanziert. Es gibt Hinweise darauf, dass das RFM nicht nur vor 1938 zahlreiche Anleihen öffentlich auf dem Kapitalmarkt anbot, sondern auch die "geräuschlose" Finanzierung nach 1938 so "geräuschlos" keineswegs gewesen ist, die Sparer also durchaus wussten, wofür ihre Ersparnisse verwendet wurden.

Es ist geplant, die Untersuchungsergebnisse des Projekts nach deren Veröffentlichung in Form einer Ausstellung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. BMF leistet damit einen Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und will zugleich einen Anstoß für weitere Forschungen in diesem Bereich geben. Themen könnten etwa die bisher noch kaum untersuchte wirtschaftliche Ausbeutung nichtjüdischer "Reichsfeinde" – wie politischer Emigranten oder Sinti und Roma – sowie die Raubwirtschaft in den besetzten Gebieten sein.

Marion Hombach, Oberregierungsrätin im Bundesministerium der Finanzen.

Statistiken und Dokumentationen

Übers	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	67
1	Kreditmarktmittel	67
2	Gewährleistungen	68
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	68
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2005 bis 2010	69
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2010	71
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010	75
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	77
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	79
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	81
10	Entwicklung der Staatsquote	82
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	83
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	85
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	
	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	92
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2010.	93
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2010	
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	99
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	99
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	102
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	106
Abb. 1	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. März 2010			30. April 2010
		in M	lio.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	30 000	2 000	0	32 000
Anleihen ¹	609 204	9 000	0	618 204
Bundesobligationen	188 000	7 000	17 000	178 000
Bundesschatzbriefe ²	9 441	76	103	9 415
Bundesschatzanweisungen	121 000	6 000	0	127 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	94 651	10 954	14 900	90 706
Finanzierungsschätze ³	776	41	50	768
Tagesanleihe	2 286	28	82	2 232
Schuldscheindarlehen	12 654	0	280	12 374
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	829	0	0	829
Kreditmarktmittel insgesamt	1 068 893			1 071 579

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. März 2010			30. April 2010
		in N	⁄lio.€	
kurzfristig (bis zu1Jahr)	240 583			238 248
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	326 118			334 207
langfristig (mehr als 4 Jahre)	502 193			499 124
Kreditmarktmittel insgesamt	1 068 893			1 071 579

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und Euro-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 31. März 2010	Belegung am 31. März 2009	
Ermächtigungstatbestände	in Mrd.€			
Ausfuhren	120,0	110,3	103,3	
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,4	26,0	
bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	1,3	1,3	
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5	
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,0	136,0	
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3	
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0	
Zinsausgleichsgarantien	6,0	4,0	4,0	

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
	in Mrd. €					
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3
2. Einnahmen ¹	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	-7,3
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-7,0
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-80,6
in % der Ausgaben	12,1	10,8	5,4	4,2	11,8	25,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	224,0	225,4	222,1	229,1	269,0	317,8
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	-1,5	8,4	0,5	-6,4	0,1
6. Tilgungen (+)	193,0	196,0	216,2	218,1	228,5	237,5
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-80,2
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	5,9
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

Stand: April 2010.

 $^{^1\}mathrm{Gem.\,BHO}$ § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2}$ Inkl. Eigenbestandsveränderung.

☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll	
Ausgabeart	in Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung							
Personalausgaben	26 372	26 110	26 038	27 012	27 939	27 704	
Aktivitätsbezüge	19891	19730	19 662	20 298	20 977	20 789	
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 498	8 870	9 269	9 3 4 2	
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 164	11 428	11 708	11 447	
Versorgung	6 481	6380	6376	6714	6 962	6 9 1 5	
Ziviler Bereich	2 434	2 3 7 2	2334	2 416	2 462	2 435	
Militärischer Bereich	4 047	4008	4041	4298	4 500	4 48 1	
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 757	19 742	21 395	21 583	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 3 6 5	1 421	1 478	1 466	
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 908	9 622	10 281	10 469	
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 484	8 699	9 635	9 647	
Zinsausgaben	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751	
an andere Bereiche	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751	
Sonstige	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	38 677	40 127	38 054	36 708	
an Ausland	3	3	3	3	3	2	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	160 352	168 424	177 289	205 272	
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 003	12930	14396	14 503	
Länder	8 381	8 538	8 698	8 3 4 1	8 754	8 682	
Gemeinden	66	38	38	21	18	21	
Sondervermögen	5 473	5 3 6 1	5 267	4568	5 624	5 799	
Zweckverbände	2	1	1	0	1	C	
an andere Bereiche	140 353	142 079	146 349	155 494	162 892	190 769	
Unternehmen	13 474	14 275	15 399	22 440	22 951	25 316	
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 747	32 256	29 123	29 120	29 699	31 274	
an Sozialversicherung	90219	91 707	97 712	99 123	105 130	128 365	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	869	1 099	1 249	1 529	
an Ausland	3 140	3 024	3 240	3 708	3 858	4284	
an Sonstige	5	5	5	4	5	1	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	243 868	255 350	264 721	291 310	
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a							
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 903	7 199	8 504	8 113	
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 478	5 777	6 830	6 5 3 2	
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	909	918	1 030	1 035	
Grunderwerb	506	536	516	504	643	546	

☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010		
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll		
Ausgabeart	in Mio. €							
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	16 947	16 660	15 619	15 754		
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	16 580	14018	15 190	15 342		
an Verwaltungen	5 587	5 755	8 234	5713	5 852	5 138		
Länder	5 527	5 700	6 0 3 0	5 654	5 804	5 074		
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	54	59	48	60		
Sondervermögen	-	-	2 150	-	-	4		
an andere Bereiche	7 030	7 161	8 3 4 5	8 3 0 5	9 338	10 204		
Sonstige - Inland	4 933	4 999	6 099	5 8 3 6	6 462	6 945		
Ausland	2 096	2 162	2 247	2 469	2 876	3 259		
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	367	2 642	429	413		
an andere Bereiche	360	387	367	2 642	429	413		
Unternehmen - Inland	-0	-	-	2 2 6 7	-	-		
Sonstige - Inland	160	172	162	149	148	157		
Ausland	201	215	205	225	282	256		
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	2 732	3 099	3 409	4 838		
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 100	2 3 9 5	2 490	4028		
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1		
Länder	53	32	1	1	1	1		
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 100	2 395	2 490	4 027		
Sozialversicherung	900	-	-	-	-	-		
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	900	922	872	2 426		
Ausland	882	1 058	1 199	1 473	1618	1 601		
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	632	704	919	810		
Inland	0	0	28	26	13	13		
Ausland	558	578	604	678	905	797		
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	24 121	23 102	26 582	26 958	27 532	28 706		
^a Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	26 215	24316	27 103	28 293		
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 0	- 516		
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 450	282 308	292 253	319 500		

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender		Laufende
		zusammen	laufenden	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüss
Funktion			Rechnung	in Mio. €			
0	Allgemeine Dienste	54 219	47 768	24 991	17 064	-	5 714
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 258	5 863	3 883	1 271	-	708
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 8 1 9	3 8 7 6	504	172	-	3 199
3	Verteidigung	31 188	30 891	15 927	13 970	_	993
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 636	3 280	2 069	1 011	_	200
5	Rechtsschutz	373	355	259	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 944	3 505	2 3 4 8	557	-	599
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	15 402	12 053	479	776	_	10 798
•	kulturelle Angelegenheiten	15 402	12 055	475	770	-	10 756
13	Hochschulen	2815	1 821	10	9	-	1 802
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 095	2 095	-	-	-	2 095
15	Sonstiges Bildungswesen	647	572	9	68	-	495
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9124	7 047	460	695	-	5 892
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	722	519	1	4	-	514
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	173 074	172 065	235	211	-	171 620
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110517	110 517	54	-	-	110 463
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 690	6 690	-	-	-	6 690
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 774	2512	-	42	-	2 469
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	51 396	51 271	51	100	-	51 120
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 549	928	131	69	-	729
3	Gesundheit und Sport	1 414	890	275	281	-	334
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	391	356	144	158	-	54
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	391	356	144	158	-	54
32	Sport	138	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	447	259	83	62	-	114
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	438	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 034	588	-	16	-	571
41	Wohnungswesen	1 286	577	-	6	-	571
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 366	905	28	160	-	716
52	Verbesserung der Agrarstruktur	652	242	-	1	-	241
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	465	465	-	70	-	395
533	Gasölverbilligung	_	-	-	-	-	_
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	465	465	-	70	-	395
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	248	198	28	89		81

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	1			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 076	2 642	2 733	6 451	6 414
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	394	2	0	396	396
2	Auswärtige Angelegenheiten	77	2 469	2 398	4944	4943
3	Verteidigung	214	83	-	297	262
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	268	88	-	357	357
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	104	0	334	439	439
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	288	3 051	11	3 350	3 350
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten		-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	266	1 801	11	2 077	2 077
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	182	-	203	203
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	997	1	1 008	632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	261	1	263	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	119	-	124	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	309	215	-	524	524
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	23	12	-	35	35
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	23	12	-	35	35
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	278	2	-	280	280
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 444	3	1 447	1 447
41	Wohnungswesen	-	706	3	709	709
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	453	1	461	461
52	Verbesserung der Agrarstruktur		410	1	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen		
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Ziiisausgabeii	und Zuschüss		
Funktion		in Mio.€							
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 734	2 808	58	681	-	2 069		
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	866	722	-	498	-	223		
621	Kernenergie	278	203	-	-	-	203		
622	Erneuerbare Energieformen	44	21	-	2	-	19		
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	544	497	-	496	-	1		
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 639	1 620	-	9	-	1 611		
64	Handel	130	130	-	69	-	62		
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	684	16	-	15	-	2		
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 415	320	58	90	-	171		
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 351	4 212	1 043	2 065	-	1 104		
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87		
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 872	865	509	288	-	68		
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8		
75	Luftfahrt	201	199	46	20	-	133		
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 268	2 176	488	880	-	809		
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 374	12 012	-	17	-	11 995		
81	Wirtschaftsunternehmen	11 043	6 681	-	17	-	6 664		
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77		
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6715	6 5 9 9	-	12	-	6 587		
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 3 3 0	5 330	-	-	-	5 3 3 0		
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0		
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-		
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 532	38 009	594	313	36 751	351		
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	388	350	-	-	-	350		
92	Schulden	36 762	36 762	-	11	36 751	-		
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	381	897	594	302	-	1		
Summe a	ller Hauptfunktionen	319 500	291 310	27 704	21 583	36 751	205 272		

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktio	on			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	77	773	2 076	2 926	2 926
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	668	-	668	668
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	17	2 076	2 095	2 095
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 793	-	8 140	8 140
72	Straßen	5 2 7 8	1 428	-	6 707	6 707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	32	-	92	92
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 348	13	4 362	4 362
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4348	13	4362	4 3 6 2
832	Eisenbahnen	-	4246	-	4246	4 2 4 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	103	13	116	116
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 113	15 754	4 838	28 706	28 293

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001
				Ist-Er	gebnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	243,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	-0,5
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	220,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-22,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	_	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	11,0
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,8
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	-3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	15,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	56,
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	27,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	-3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	11,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	193,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	-2,
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	79,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	88,0
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	41,4
Steueraufkommen ³ Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	9,4
Anteil an den investiven Ausgaben									
des Bundes Anteil an der Nettokreditaufnahme	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	83,7
des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	•	51,2	62,0	57,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 223,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	760,2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Is	t-Ergebnis	sse				Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,
Einnahmen	Mrd.€	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	-7,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 32,7	- 39,2	-39,8	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 80,
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,9	- 0,6	-0,3	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27,
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	- 0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8.
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.	9/	15.0	15.7	15.4	15.2	147	15.0	15.1	15.1	1.1
Gesamthaushalts ³	%	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1	14
Zinsausgaben	Mrd.€	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,0	56,2	55,9	58,3	57,9	58,6	59,8	59,4	56,
Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	4,
	%	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des öffentl.										
Gesamthaushalts ³	%	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	36,7	25,8	32,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,0	43,5	42,3	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	-80
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25,
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283,
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	61,0	59,3	60,1	58,6	59,7	99,3	59,0	42,3	100
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1 692,2	
darunter: Bund	Mrd.€	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985.7	1 053,8	

 $^{^{1}}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	639,4	648,3	675,0	726,9
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	599,0	647,4	667,7	637,8
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,7	-5,5	-87,3
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder ²							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	285,7
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-25,8
Gemeinden ²							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	160,0	167,3	177,2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	168,1	174,9	170,0
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,1	7,6	-7,2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,4	4,1	7,7
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,1	8,1	3,1	-4,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	3,8
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5
Gemeinden							
Ausgaben	- 0,0	0,1	2,1	2,8	1,7	4,5	5,9
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,0	4,0	-2,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	- 0,0	-0,2	-3,6
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	- 0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,0
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,0
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,0	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	30,2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,1
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	11,9
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,5	21,8

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

² Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP. Stand: April 2010.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepubli	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inegeemt		dav	on .	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010 ²	510,3	237,6	272,7	46,6	53,4
2011 ²	515,0	240,0	275,0	46,6	53,4
2012 ²	539,8	259,8	280,0	48,1	51,9
2013 ²	561,3	277,6	283,7	49,5	50,5
2014 ²	581,5	293,0	288,5	50,4	49,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2010.

² Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik ²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	3
1965	23,5	34,1	23,1	3
1970	23,0	34,8	22,4	3
1975	22,8	38,1	23,1	3
1976	23,7	39,5	23,4	3
1977	24,6	40,4	24,5	3
1978	24,2	39,9	24,4	3
1979	23,9	39,6	24,3	3
1980	23,8	39,6	24,3	3
1981	22,8	39,1	23,7	3
1982	22,5	39,1	23,3	3
1983	22,5	38,7	23,2	3
1984	22,6	38,9	23,2	3
1985	22,8	39,1	23,4	3
1986	22,3	38,6	22,9	3
1987	22,5	39,0	22,9	3
1988	22,2	38,6	22,7	3
1989	22,7	38,8	23,4	3
1990	21,6	37,3	22,7	3
1991	22,0	38,9	22,0	3
1992	22,4	39,6	22,7	3
1993	22,4	40,2	22,6	3
1994	22,3	40,5	22,5	3
1995	21,9	40,3	22,5	4
1996	22,4	41,4	21,8	3
1997	22,2	41,4	21,3	3
1998	22,7	41,7	21,7	3
1999	23,8	42,5	22,5	4
2000	24,2	42,5	22,7	4
2001	22,6	40,8	21,1	3
2002	22,3	40,5	20,6	3
2003	22,3	40,6	20,4	3
2004	21,8	39,7	20,0	3
2005	22,0	39,7	20,1	3
2006	22,8	40,0	21,0	3
2007	23,7	40,2	22,2	3
2008	23,7	40,1	22,5	3
2009	23,4	40,4	21,8	3
2010	22 1/2	39	21	36

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010. 2010 Schätzung; Stand: Mai 2010.

 $^{^3\,}$ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates						
		darunt	er				
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³				
Jahr		in Relation zum BIP in %					
1960	32,9	21,7	11,				
1965	37,1	25,4	11,				
1970	38,5	26,1	12,				
1975	48,8	31,2	17,				
1976	48,3	30,5	17,				
1977	47,9	30,1	17,				
1978	47,0	29,4	17,				
1979	46,5	29,3	17,				
1980	46,9	29,6	17,				
1981	47,5	29,7	17,				
1982	47,5	29,4	18,				
1983	46,5	28,8	17,				
1984	45,8	28,2	17,				
1985	45,2	27,8	17,				
1986	44,5	27,4	17,				
1987	45,0	27,6	17,				
1988	44,6	27,0	17,				
1989	43,1	26,4	16,				
1990	43,6	27,3	16,				
1991	46,3	28,2	18,				
1992	47,2	28,0	19,				
1993	48,2	28,3	19,				
1994	47,9	27,8	20,				
1995	48,1	27,6	20				
1996	49,3	27,9	21,				
1997	48,4	27,1	21,				
1998	48,0	27,0	21,				
1999	48,1	26,9	21,				
2000	47,6	26,5	21,				
2000 ⁴	45,1	24,0	21,				
2001	47,6	26,3	21,				
2002	48,1	26,4	21,				
2003	48,5	26,5	22,				
2004	47,1	25,9	21,				
2005	46,8	26,1	20,				
2006	45,4	25,4	19,				
2007	43,7	24,5	19,				
2008	43,7	24,7	19,				
2009	47,3	26,5	20,				
2010	48,0	-					

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁶ bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

²⁰⁰⁹ vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Mai 2010.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €)¹			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 692 195
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 809
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918	
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 922	526 298
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	
Kassenkredite	7 3 5 0	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 325	
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	112 088
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	
Kassenkredite	10670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	638 386
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1524000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 000
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Aı	nteil an den S	Schulden (in 🤊	%)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,3
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,7
			Ant	eil der Schuld	den am BIP (ii	n %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3	70,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5	43,8
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5	
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4	21,9
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,4	4,7
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8	26,5
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,2
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 880	19 233	20 671
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 5, 1	2 428,2	2 495,8	2 407,2
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassenkredite.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzui	ng der Volkswirtscha	aftlichen Gesa	mtrechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd. €			in Relation zum BIF	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2
2009	-75,3	-62,0	-13,3	-3,1	-2,6	-0,6	87,3	-3,6
2010	-	-		-5 1/2	-5 1/2	0	131 1/2	-5 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010. 2010 Schätzung; Stand: Mai 2010.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,0	-4,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,0	4,8	1,6	3,0	0,1	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-6,1	-7,1	-7,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,4	3,6	2,9	-0,7	-3,5	-3,9
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-5,3	-6,3	-5,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-1,5	-0,4	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	-1,3	0,0	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-3,9	-2,8	-2,2
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	2,6	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,1	-1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,8	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0
EU	-	-	-	-5,2	-0,4	-2,5	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,1	-10,1	-9,9

¹Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2	78,8	81,6	
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,9	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7	99,0	100,9	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1	124,9	133,9	
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	64,9	72,5	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6	83,6	88,6	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0	77,3	87,3	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8	118,2	118,9	
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2	62,3	67,6	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5	19,0	23,6	
Malta	-	-	-	35,3	55,9	70,1	63,7	61,9	63,7	69,1	71,5	72,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9	66,3	69,6	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5	70,2	72,9	
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,5	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8	85,8	91,	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7	40,8	44,0	
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9	41,6	45,4	
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	54,9	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,5	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7	84,7	88,5	
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8	17,4	18,8	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	49,5	
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2	9,6	12,4	
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1	48,5	57,3	
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3	38,6	45,4	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	53,9	59,3	
Rumänien	-	-	-	7,0	22,5	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7	30,5	35,8	
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,2	53,6	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,6	42,	
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4	39,8	43,5	
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3	78,9	77,8	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1	79,1	86,9	
EU	-	_	_	69,6	63,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6	79,6	83,8	
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,8	172,0	189,2	193,5	194,9	
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	84,5	94,1	103,0	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP													
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008						
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1						
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3						
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3						
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8						
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0						
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3						
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3						
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8						
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.						
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5						
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5						
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.						
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2						
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6						
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.						
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6						
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4						
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6						
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4						
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9						
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6						
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9						
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8						
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3						

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $^{^2 \, \}text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP													
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008						
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4						
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3						
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3						
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8						
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1						
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3						
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3						
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2						
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.						
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2						
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3						
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.						
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1						
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9						
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.						
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5						
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1						
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4						
Slowakei	-		-	-	34,1	29,4	29,4	29,3						
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0						
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6						
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1						
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7						
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9						

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	ısgaben des	Staates in	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $\label{thm:prop:prop:control} Quelle: \hbox{EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft"}.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahlui	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz i	n%	Differenz	in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisier ungsan passungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	-1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

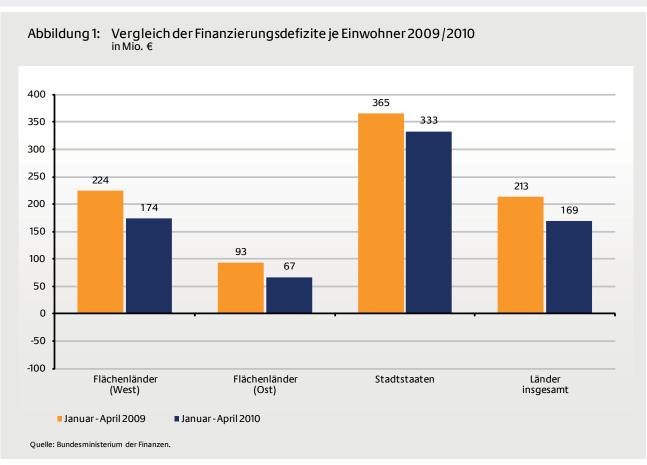
² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenländ	er (West)	Flächenlän	der (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	177 513	56 054	49 985	15 427	32 801	10 065	254 579	79 71
darunter:								
Steuereinnahmen	134010	43 128	25 519	8 287	20 649	6395	180 178	5781
übrige Einnahmen	43 503	12926	24 465	7 139	12 152	3 670	74 400	21 90
Bereinigte Ausgaben	201 958	67 030	53 145	16 297	37 132	12 024	286 515	93 51
darunter:								
Personalausgaben	79 290	27 795	13 009	4 0 9 0	11 525	3 743	103 824	35 62
lfd. Sachaufwand	13 272	4091	3 827	1 127	7732	2 470	24830	7 68
Zinsausgaben	14 147	6367	3 187	1 3 0 5	4110	1 626	21 444	9 29
Sachinvestitionen	4890	825	2 074	257	1 333	185	8 297	1 26
Zahlungen an Verwaltungen	54 205	15 965	18 942	5870	635	211	68 061	20 21
übrige Ausgaben	36 156	11988	12 107	3 648	11 797	3 790	60 059	19 42
Finanzierungssaldo	-24 442	-10 976	-3 160	- 870	-4 323	-1 960	-31 925	-13 80



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2010

						in Mio. €				
			April 2009		1	März 2010			April 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsiahr	79 274	81 589	155 291	53 961	63 017	113 334	75 732	79 713	149 44
11	Einnahmen der laufenden Rechung	77 071	-	-	52 703	59 624	112 327	73 617	74991	148 60
111	Steuereinnahmen	65 607	62 722	128 329	45 687	45 143	90 830	64 792	57810	122 60
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4414	-	-	603	11 486	12 090	1 018	12 507	13 52
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	620	620	-	605	60
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 203	-	-	1 258	3 393	4 651	2 115	4722	
121	Veräußerungserlöse	1 202	-	-	309	65	373	1 081	162	1 24
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 039	-	-	102	17	119	826	96	92
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	182	-	-	260	2 162	2 421	255	3 272	3 52
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	101 674	99 041	195 143	81 856	72 865	151 078	119 057	93 519	206 57
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	94 178	-	-	76974	67 330	144 305	111 236	86 221	197 45
211	Personalausgaben	9 858	34 089	43 947	7 698	27 468	35 166	10 956	35 628	46 58
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 762		-	2 2 1 8	7 893	10 111	3 117	10 179	13 29
212	Laufender Sachaufwand	5 731	-	-	4289	5 830	10 119	6 744	7 687	14 43
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	2 585	-	-	1 878	3 826	5 704	3 059	5 005	8 06
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	16 758		-	12 135	7 468	19 603	15 163	9 298	24 46
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4360	-	-	3 060	14288	17 348	5 100	17 444	22 54
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 43	- 43	-	-218	-218	-	- 273	- 27
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6	-	-	4	13 588	13 591	7	16 562	1656
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	7 496	-	-	4882	5 535	10 417	7 821	7 298	15 11
221	Sachinvestitionen	1 294	-	-	849	870	1718	1 593	1 266	286
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 561	-	-	1 523	2 286	3 809	2 532	2 769	5 30
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	7 3 3 3	-	-	4782	5319	10 101	7 658	7 077	1473
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-22 381 ²	-17 452	-39 833	-27 883 ²	-9 848	-37 731	-43 296 ²	-13 806	-57 10

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2010

						in Mio. €				
			April 2009			März 2010			April 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	73 703	32 482	106 184	84953	19 289	104 242	101 410	27 149	128 559
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	78 470	33 948	112 419	53 320	25 241	78 561	71 623	32 132	103 754
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4767	-1 467	-6 234	-31 633	-5 959	-37 592	29 788	-4983	24 805
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende									
	Schulden und									
51	Kassenbestände Kassenkredit von Kreditinstituten	20 083	2 478	22 561	-10 072	6 8 4 5	-3 227	-12 159	5 567	-6 592
52	Geldbestände der Rücklagen und	-	17 348	17 348	-	12 737	12737	-	14 050	14 050
53	Sondervermögen Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-20 083	191	-19 892	10073	-2 908	7 165	12 161	-7 529	4 632

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,Haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2010

						in Mio. €	A.1			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar									
	gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	9 992	12 385 ª	2 758	5 631	1 940	6 570	14 855	3 514	85
ı	Haushaltsiahr Einnahmen der laufenden Rechung	9 5 1 1	11 885	2 576	5 412	1 718	6 198	14 126	3 329	83
11	Steuereinnahmen	7 2 7 5	9 639	1 536	4 5 4 7	938	4968	11818	2 398	68
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 723	1 061	620	549	661	704	1 372	642	9
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	52	-	41	6	-	33	1
122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	126	-	136	28	-	66	2
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	481	499	181	219	222	373	729	186	1
21	Veräußerungserlöse	4	0	3	2	0	72	7	0	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	5	-	-	72	1	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	363	408	101	216	94	259	539	98	1
	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 774	13 623 в	3 041	6 893	2 204	7 757	18 101	4 794	1 13
1	Ausgaben der laufenden Rechnung	10818	12 490	2 699	6 3 8 9	2 040	7 359	16 663	4399	1 03
211	Personalausgaben	5 440	6 3 6 9	811	2 540	527	3 091	6 5 5 1	2 006	52
111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 684	1 883	54	827	31	972 ²	2 203	601	19
12	Laufender Sachaufwand	578	939	154	501	140	497	1 044	320	8
121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	501	777	128	420	126	399	802	275	7
113	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 066	596	267	878	148	737	1 902	524	28
14	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 038	3 156	970	1 455	734	1 891	3 739	926	
141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	143	999	-	497	-	-	90	-	
142	Zuweisungen an Gemeinden	1 885	2 141	808	947	635	1 891	3 633	913	
2	Ausgaben der Kapitalrechnung	957	1 133	343	505	164	398	1 438	396	10
21	Sachinvestitionen	173	306	13	153	44	65	50	25	
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	495	448	145	248	42	101	656	143	1
23	nachrichtlich: Investitionsausgaben	920	1 098	343	486	164	398	1 371	384	g
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 782	-1 239 °	- 283	-1 262	- 264	-1 187	-3 246	-1 280	- 28

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 233	2 759 b	4356	1 253	-363	2 285	5 445	2 888	680
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 292	2 566 d	4357	3 468	200	1 950	5 306	2 573	310
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	940	193	4358	-2 215	- 563	335	139	315	370
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende									
	Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4 3 5 1	2 063	-	-	563	892	- 18
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	825	2 482	4352	679	1 001	2 3 3 1	999	2	96
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 242	-	4 3 5 3	-2 798	380	1 169	-1 307	- 892	178

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich Haushaltstechnische Verrechnungen.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: ^a 6,1 Mio. €, ^b 134,3 Mio. €, ^d 1539,2 Mio. €, ^c der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -128,2 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2010

					in N	⁄lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar								
I	gebuchte Bereinigte Einnahmen für das laufende Haushaltsiahr	5 344	2 626	2 425	2 760	6 324	904	2 885	79 71:
1	Einnahmen der laufenden Rechung	4 466	2 468	2313	2 462	6 097	852	2 792	7499
11	Steuereinnahmen	2818	1 470	1 799	1 526	3 447	583	2 3 6 4	57 81
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 397	910	349	805	2 097	165	189	1250
121	darunter: Allgemeine BEZ	80	46	26	45	232	35	-	60
122	Länderfinanzausgleich ¹	245	143	50	133	1 038	60	-	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	878	158	113	297	227	52	94	472
21	Veräußerungserlöse	0	3	1	6	58	0	5	16
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	3	0	-	14	-	1	9
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	686	85	65	115	127	35	69	3 27
		0	0	0	0	0	0	0	
	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 774	3 266	3 124	3 012	7 248	1 496	3 329	93 51
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4301	2 990	2 939	2 797	6 890	1 386	3 082	8622
211	Personalausgaben	1 238	762	1 270	752	2 393	459	891	35 62
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	61	50	435	44	611	147	379	1017
212	Laufender Sachaufwand	284	340	131	209	1 491	221	757	7 68
121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	242	124	112	131	665	83	143	5 00
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	151	419	379	321	996	237	393	9 29
14	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 675	872	740	1 102	85	20	82	17 44
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	48	-27
142	Zuweisungen an Gemeinden	1316	708	699	973	2	1	3	1656
2	Ausgaben der Kapitalrechnung	474	276	186	215	358	110	247	7 29
21	Sachinvestitionen	111	36	48	54	63	23	99	1 26
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	166	112	73	53	38	25	9	2 76
23	nachrichtlich: Investitionsausgaben	474	276	186	215	325	110	239	7 07
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	569	- 640	- 699	- 253	- 924	- 592	- 444	-13 80

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April

					in N	Mio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-3 102	1 920	1 064	960	4 771	1 160	188	27 149
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	350	1 730	1 323	692	4 567	1748	-	32 132
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 452	190	-260	268	204	- 588	188	-4 983
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende								
	Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1173	-	-	173	494	1	5 567
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 673	92	-	101	346	272	2 150	14 050
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 75	-1 200	-857	223	- 165	-728	- 632	-7 529

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich Haushaltstechnische Verrechnungen.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: ^a 6,1 Mio. €, ^b 134,3 Mio. €, ^d 1539,2 Mio. €, ^c der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -128,2 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	1
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,9	-4,9	-2,2	17,8
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,8	0,5	-0,2	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Stand: Mai 2010.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr			V	eränderung in % p.a	a .		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,5	1,5	3,8	0,3	0,1	0,4	5,5
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,1	1,3	1,3	1,7	1,1

¹Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept). Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-17,0	-15,4	113,1	115,1	40,7	36,0	4,7	4,8
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,3	134,1	141,8	43,3	37,6	5,7	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Stand: Mai 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-4,2	-11,8	-0,1	67,7	69,1	-0,3	-0,7
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,6	1,7	1,5	66,0	67,5	1,0	-0,8

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Stand: Mai 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	-0,3	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	- 3,0	- 7,5	- 1,4	2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4
Zypern	-	_	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8
Malta	-	_	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0
Slowakei	-	_	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6
Slowenien	-	_	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,4	1,3	2,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5
Bulgarien	-	_	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8
Estland	-	_	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 13,7	- 0,1	4,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	- 4,0	2,0
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	-3,9	2,5
Polen	-	_	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	- 0,2	- 4,6	1,4	2,1
Tschechien	-	_	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3
Ungarn	-	_	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	- 0,7	- 5,9	1,1	0,4
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	- 1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land				iı	n % der zivile	en Erwerbsb	evölkerung				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,8	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	7,9	8,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	11,8	13,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	19,7	19,8
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,5	4,6	6,3	11,9	13,8	13,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,8	8,8
Zypern	-	_	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,3	6,7	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	5,4	6,1	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	6,9	7,3	7,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	4,9	5,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	5,4
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,6	9,9	9,9
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,1	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	5,9	7,0	7,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	9,5	9,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	8,3	7,5	7,5	9,4	10,3	10,4
Bulgarien	-	_	12,0	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	6,8	7,9	7,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	6,0	6,9	6,5
Estland	-	_	9,7	13,6	7,9	5,9	4,7	5,5	13,8	15,8	14,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	17,1	20,6	18,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,7	16,7	16,3
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,2	9,2	9,4
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	6,9	8,5	7,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	7,0	6,1	6,2	8,3	9,2	8,8
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	8,3	8,0
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	10,8	10,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,6	7,8	7,4
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	8,9	8,2	7,1	7,0	8,9	9,8	9,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,1	5,3	5,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,3	9,7	9,8

Quellen:

 $F\ddot{u}r\,die\,Jahre\,1985\,bis\,2000:\,EU-Kommission,\,\,{}_{w}\!Europ\ddot{a}ische\,Wirtschaft",\,Statistischer\,Anhang,\,Mai\,2010.$

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt Veränderung gege				Verbraucherpreise enüber Vorjahr in %				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,5	-6,6	4,0	3,6	15,6	11,2	7,2	6,1	4,9	2,6	4,0	3,6
darunter												
Russische Föderation	5,6	-7,9	4,0	3,3	14,1	11,7	7,0	5,7	6,2	3,9	5,1	4,6
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,1	25,2	15,9	9,2	8,9	-7,1	-1,7	-2,3	-2,3
Asien	7,9	6,6	8,7	8,7	7,4	3,1	5,9	3,7	5,7	4,1	4,1	4,1
darunter												
China	9,6	8,7	10,0	9,9	5,9	-0,7	3,1	2,4	9,4	5,8	6,2	6,5
Indien	7,3	5,7	8,8	8,4	8,3	10,9	13,2	5,5	-2,2	-2,1	-2,2	-2,0
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	4,7	5,8	0,0	2,0	1,4	0,4
Korea	2,3	0,2	4,5	5,0	4,7	2,8	2,9	3,0	-0,6	5,1	1,6	2,2
Thailand	2,5	-2,3	5,5	5,5	5,5	-0,8	3,2	1,9	0,6	7,7	2,5	0,3
Lateinamerika	4,3	-1,8	4,0	4,0	7,9	6,0	6,2	5,9	-0,6	-0,5	-1,0	-1,2
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	3,5	3,0	8,6	6,3	10,1	9,1	1,5	2,8	2,8	2,0
Brasilien	5,1	-0,2	5,5	4,1	5,7	4,9	5,1	4,6	-1,7	-1,5	-2,9	-2,9
Chile	3,7	-1,5	4,7	6,0	8,7	1,7	2,0	3,0	-1,5	2,2	-0,8	-2,1
Mexiko	1,5	-6,5	4,2	4,5	5,1	5,3	4,6	3,7	-1,5	-0,6	-1,1	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	5,2	3,4	10,4	6,3	9,7	5,7	-5,7	-2,3	-4,0	-4,4
Südafrika	3,7	-1,8	2,6	3,6	11,5	7,1	5,8	5,8	-7,1	-4,0	-5,0	-6,7

¹ Prognosen des IWF.

 $Quelle: IWF World \ Economic \ Outlook \ April \ 2010 \ in \ ver\"{o}ffent lichter \ Form.$

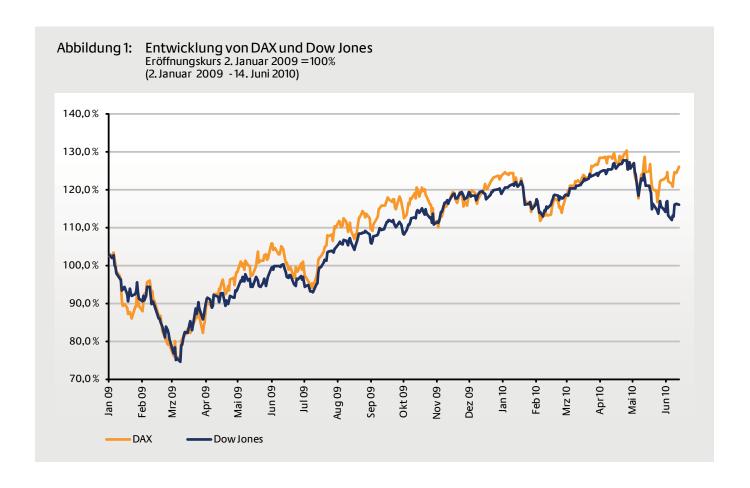


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.06.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10 211	10 428	-2,08	6 547	11 205
Eurostoxx 50	2 638	2 966	-11,06	1810	3 018
Dax	6 048	5 957	1,52	3 666	6 3 3 2
CAC 40	3 556	3 936	-9,67	2 5 1 9	4 0 6 6
Nikkei	9 705	10 546	-7,98	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	11.06.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,27	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,63	3,40	-0,64	2,52	3,70
Japan	1,10	1,30	-2,17	1,10	1,57
Vereinigtes Königreich	3,59	4,08	0,32	2,99	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.06.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,21	1,44	-15,82	1,19	1,51
Yen/Dollar	91,63	92,40	-0,83	86,36	101,11
Yen/Euro	111,13	133,16	-16,54	109,32	138,09
Pfund/Euro	0,83	0,89	-6,62	0,82	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,6	2,8	0,2	1,3	1,5	7,3	7,5	7,8	7,8
OECD	1,0	-4,9	1,9	2,1	2,8	0,2	1,3	1,0	7,2	7,4	7,6	8,0
IWF	1,2	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,1	0,9	1,0	7,2	7,4	8,6	9,3
USA												
EU-KOM	0,4	-2,4	2,8	2,5	3,8	-0,4	1,7	0,3	5,8	9,3	9,7	9,8
OECD	0,4	-2,4	3,2	3,2	3,8	-0,3	1,9	1,1	5,8	9,3	9,7	8,9
IWF	0,4	-2,4	3,1	2,6	3,8	-0,3	2,1	1,7	5,8	9,3	9,4	8,3
Japan												
EU-KOM	-1,2	-5,2	2,1	1,5	1,4	-1,4	-0,5	-0,4	4,0	5,1	5,3	5,3
OECD	-1,2	-5,2	3,0	2,0	1,4	-1,4	-0,7	-0,3	4,0	5,1	4,9	4,7
IWF	-1,2	-5,2	1,9	2,0	1,4	-1,4	-1,4	-0,5	4,0	5,1	5,1	4,9
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,3	1,5	3,2	0,1	1,4	1,6	7,8	9,5	10,2	10,1
OECD	0,3	-2,5	1,7	2,1	3,2	0,1	1,7	1,1	7,4	9,1	9,8	9,5
IWF	0,3	-2,2	1,5	1,8	3,2	0,1	1,2	1,5	7,9	9,4	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,3	-5,0	0,8	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,7	7,8	8,8	8,8
OECD	-1,3	-5,1	1,1	1,5	3,5	0,8	1,2	1,0	6,8	7,8	8,7	8,8
IWF	-1,3	-5,0	0,8	1,2	3,5	0,8	1,4	1,7	6,8	7,8	8,7	8,6
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	0,5	-4,9	1,2	2,1	3,6	2,2	2,4	1,4	5,6	7,6	7,8	7,4
OECD	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6	2,2	3,0	1,5	5,7	7,6	8,1	7,9
IWF	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6	2,2	2,7	1,6	5,6	7,5	8,3	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	3,6	3,2	2,4	0,3	1,6	1,7	6,2	8,3	7,9	7,2
IWF	0,4	-2,6	3,1	3,2	2,4	0,3	1,8	2,0	6,2	8,3	7,9	7,5
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,1	0,9	1,5	3,3	0,3	1,5	1,7	7,5	9,4	10,3	10,4
OECD	0,5	-4,1	1,2	1,8	3,3	0,3	1,4	1,0	7,5	9,4	10,1	10,1
IWF	0,6	-4,1	1,0	1,5	3,3	0,3	1,1	1,3	7,6	9,4	10,5	10,5
EZB	-	-4,0	0,8	1,5	-	0,3	1,2	1,5	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	0,7	-4,2	1,0	1,7	3,7	1,0	1,8	1,7	7,0	8,9	9,8	9,7
IWF	0,9	-4,1	1,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

			Lander						Arbeitslosenquote			
		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-3,1	1,3	1,6	4,5	0,0	1,6	1,6	7,0	7,9	8,8	9,0
OECD	0,8	-3,0	1,4	1,9	4,5	0,0	1,8	1,4	7,0	7,9	8,2	8,3
IWF	0,8	-3,0	1,2	1,3	4,5	-0,2	1,6	1,5	7,0	8,0	9,3	9,4
Finnland												
EU-KOM	1,2	-7,8	1,4	2,1	3,9	1,6	1,7	1,9	6,4	8,2	9,5	9,2
OECD	1,2	-7,8	1,7	2,5	3,9	1,6	1,7	1,4	6,4	8,3	9,4	9,0
IWF	1,2	-7,8	1,2	2,2	3,9	1,6	1,1	1,4	6,4	8,3	9,8	9,6
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-2,0	-3,0	-0,5	4,2	1,3	3,1	2,1	7,7	9,5	11,8	13,2
OECD	2,0	-2,0	-3,7	-2,5	4,2	1,3	3,0	0,3	7,7	9,5	12,1	14,3
IWF	2,0	-2,0	-2,0	-1,1	4,2	1,4	1,9	1,0	7,6	9,4	12,0	13,0
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,1	-0,9	3,0	3,1	-1,7	-1,3	0,8	6,3	11,9	13,8	13,4
OECD	-3,0	-7,1	-0,7	3,0	3,1	-1,7	-1,4	0,8	6,0	11,7	13,7	13,0
IWF	-3,0	-7,1	-1,5	1,9	3,1	-1,7	-2,0	-0,6	6,1	11,8	13,5	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,4	2,0	2,4	4,1	0,0	2,6	2,0	4,9	5,4	6,1	6,4
OECD	0,0	-3,4	2,7	3,1	4,1	0,0	3,0	1,9	4,4	5,7	6,0	5,8
IWF	0,0	-4,2	2,1	2,4	3,4	0,8	1,0	1,3	4,4	7,0	6,2	5,7
Malta												
EU-KOM	2,1	-1,9	1,1	1,7	4,7	1,8	2,0	2,1	5,9	6,9	7,3	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,1	-1,9	0,5	1,5	4,7	1,8	2,0	2,1	5,8	7,1	7,3	7,2
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-4,0	1,3	1,8	2,2	1,0	1,3	1,5	2,8	3,4	4,9	5,2
OECD	2,0	-4,0	1,2	2,0	2,2	1,0	0,9	1,4	2,7	3,4	4,6	4,8
IWF	2,0	-4,0	1,3	1,3	2,2	1,0	1,1	1,3	2,8	3,5	4,9	4,7
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,6	1,3	1,6	3,2	0,4	1,3	1,5	3,8	4,8	5,1	5,4
OECD	1,8	-3,4	1,4	2,3	3,2	0,4	1,4	1,0	3,8	4,8	4,9	5,0
IWF	2,0	-3,6	1,3	1,7	3,2	0,4	1,3	1,5	3,9	5,0	5,4	5,5
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,7	0,5	0,7	2,7	-0,9	1,0	1,4	7,7	9,6	9,9	9,9
OECD	0,0	-2,7	1,0	0,8	2,7	-0,9	0,9	1,1	7,6	9,5	10,6	10,4
IWF	0,0	-2,7	0,3	0,7	2,7	-0,9	0,8	1,1	7,6	9,5	11,0	10,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,2	-4,7	2,7	3,6	3,9	0,9	1,3	2,8	9,5	12,0	14,1	13,3
OECD	6,2	-4,7	3,6	3,9	3,9	0,9	0,8	2,2	9,6	12,1	14,0	13,4
IWF	6,2	-4,7	4,1	4,5	3,9	0,9	0,8	2,0	9,6	12,1	11,6	10,7
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,8	1,1	1,8	5,5	0,9	1,8	2,0	4,4	5,9	7,0	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-7,3	1,1	2,0	5,7	0,8	1,5	2,3	4,4	6,2	7,4	6,8
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,6	-0,4	0,8	4,1	-0,3	1,6	1,6	11,3	18,0	19,7	19,8
OECD	0,9	-3,6	-0,2	0,9	4,1	-0,3	1,4	0,6	11,3	18,0	19,1	18,2
IWF	0,9	-3,6	-0,4	0,9	4,1	-0,3	1,2	1,0	11,3	18,0	19,4	18,7
Zypern												
EU-KOM	3,6	-1,7	-0,4	1,3	4,4	0,2	2,7	2,5	3,6	5,3	6,7	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-1,7	-0,7	1,9	4,4	0,2	2,7	2,3	3,6	5,3	6,1	6,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

 $IWF: Weltwirt schafts ausblick, April\,2010.$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		RIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enguote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien	2000	2003	2010	2011	2000	2003	2010	2011	2000	2003	2010	2011
EU-KOM	6,0	-5,0	0,0	2,7	12,0	2,5	2,3	2,7	5,6	6,8	7,9	7,3
	-	-5,0			12,0						- 7,9	- 7,5
OECD IWF		-5,0	0,2	2,0		2,5	2,2	2,9	-	-	-	-
	6,0	-5,0	0,2	2,0	12,0	2,5	2,2	2,9	-	-	-	-
Dänemark	0.0	4.0	1.6	1.0	2.6	1.1	2.2	1 5	2.2	6.0	6.0	C F
EU-KOM	-0,9	-4,9	1,6	1,8	3,6	1,1	2,3	1,5	3,3	6,0	6,9	6,5
OECD	-0,9	-4,9	1,2	2,0	3,4	1,3	2,1	1,8	3,2	5,9	7,2	6,9
IWF	-0,9	-5,1	1,2	1,6	3,4	1,3	2,0	2,0	1,7	3,3	4,2	4,7
Estland												
EU-KOM	-3,6	-14,1	0,9	3,8	10,6	0,2	1,3	2,0	5,5	13,8	15,8	14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,1	0,8	3,6	10,4	-0,1	0,8	1,1	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-3,5	3,3	15,3	3,3	-3,2	-0,7	7,5	17,1	20,6	18,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	2,7	15,3	3,3	-3,7	-2,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-15,0	-0,6	3,2	11,1	4,2	-0,1	1,4	5,8	13,7	16,7	16,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,8	-15,0	-1,6	3,2	11,1	4,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,7	2,7	3,3	4,2	4,0	2,4	2,6	7,1	8,2	9,2	9,4
OECD	5,0	1,8	3,1	3,9	4,2	3,8	2,7	2,8	7,1	8,2	8,9	8,6
IWF	5,0	1,7	2,7	3,2	4,2	3,5	2,3	2,4	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	7,3	-7,1	0,8	3,5	7,9	5,6	4,3	3,0	5,8	6,9	8,5	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,3	-7,1	0,8	5,1	7,8	5,6	4,0	3,1	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,9	1,8	2,5	3,3	1,9	1,7	1,6	6,2	8,3	9,2	8,8
OECD	-0,6	-5,1	1,6	3,2	3,4	-0,3	1,4	2,0	6,2	8,3	8,8	8,7
IWF	-0,2	-4,4	1,2	2,5	3,3	2,2	2,4	2,1	6,2	8,5	8,2	7,7
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,2	1,6	2,4	6,3	0,6	1,0	1,3	4,4	6,7	8,3	8,0
OECD	2,3	-4,1	2,0	3,0	6,3	1,0	1,8	2,0	4,4	6,7	7,8	7,5
IWF	2,5	-4,3	1,7	2,6	6,3	1,0	1,6	2,0	4,4	6,7	8,8	8,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,3	0,0	2,8	6,0	4,0	4,6	2,8	7,8	10,0	10,8	10,1
OECD	0,4	-5,7	1,2	3,1	6,0	4,2	4,5	2,3	7,9	10,1	11,0	10,5
IWF	0,6	-6,3	-0,2	3,2	6,1	4,2	4,3	2,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

 $IWF: Weltwirt schafts ausblick, April\,2010.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	ushaltssald	0		Staatsschi	uldenquote	9		Leistungsl	bilanzsaldo	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	6,6	5,0	4,8	4,
OECD	0,0	-3,3	-5,4	-4,5	-	-	-	-	6,7	5,0	6,0	7,
IWF	0,0	-3,3	-5,7	-5,1	65,9	72,5	76,7	79,6	6,7	4,8	5,5	5,
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,0	-10,0	-9,9	70,7	84,0	93,6	102,5	-4,9	-3,0	-3,7	-3
OECD	-6,5	-11,0	-10,7	-8,9	70,4	83,0	89,6	94,8	-4,9	-2,9	-3,8	-4
IWF	-6,6	-12,5	-11,0	-8,2	70,6	83,2	92,6	97,4	-4,9	-2,9	-3,3	-3
Japan												
EU-KOM	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6	172,0	189,2	193,5	194,9	3,2	2,8	3,1	2
OECD	-2,1	-7,2	-7,6	-8,3	173,8	192,9	199,2	204,6	3,3	2,8	3,3	3
IWF	-4,2	-10,3	-9,8	-9,1	198,8	217,6	227,3	234,1	3,2	2,8	2,8	2
Frankreich												
EU-KOM	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-3,3	-2,9	-3,3	-3
OECD	-3,3	-7,6	-7,8	-6,9	-	-	-	-	-2,3	-2,2	-1,9	-1
IWF	-3,4	-7,9	-8,2	-7,0	67,5	77,4	84,2	88,6	-2,3	-1,5	-1,9	-1
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-3,1	-3,2	-3,2	-2
OECD	-2,7	-5,2	-5,2	-5,0	-	-	-	-	-3,5	-3,1	-3,6	-3
IWF	-2,7	-5,3	-5,2	-4,9	106,0	115,8	118,6	120,5	-3,4	-3,4	-2,8	-2
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0	52,0	68,1	79,1	86,9	-1,5	-1,3	-1,8	-2
OECD	-4,9	-11,3	-11,5	-10,3	-	-	-	-	-1,5	-1,3	-1,6	-1
IWF	-4,8	-10,9	-11,4	-9,4	52,0	68,2	78,2	84,9	-1,5	-1,3	-1,7	-1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-5,1	-3,4	-2,1	-	-	-	-	0,5	-2,7	-1,6	-1
IWF	0,1	-5,0	-5,1	-2,8	70,4	81,6	82,3	80,9	0,5	-2,7	-2,6	-2
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	-0,9	-0,6	-0,4	-C
OECD	-2,0	-6,3	-6,6	-5,7	-	-	-	-	-0,8	-0,3	0,3	0
IWF	-2,0	-6,3	-6,8	-6,1	69,1	78,3	84,1	88,1	-0,8	-0,4	0,0	C
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5	61,6	73,6	79,6	83,8	-1,1	-0,5	-0,4	-C
IWF	-2,4	-6,9	-7,4	-	-	-	-	-	-1,6	-0,5	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Haushaltssaldo 2008 2009 2010 2011 -1,2 -6,0 -5,0 -5				Staatsschi	uldenquote	9		Leistungs	bilanzsaldo	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	0,2	2,0	3,0	3,
OECD	-1,2	-6,1	-4,9	-4,2	-	-	-	-	-2,9	0,5	2,0	2,
IWF	-1,2	-5,8	-5,1	-4,4	-	-	-	-	-2,5	-0,3	-0,5	-0
Finnland												
EU-KOM	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	3,5	1,5	1,1	1
OECD	4,1	-2,4	-3,8	-3,8	-	-	-	-	3,0	1,3	2,4	3
IWF	4,2	-2,4	-4,1	-	-	-	-	-	3,0	1,4	2,0	1
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-13,8	-13,1	-10,3	-8
OECD	-7,7	-13,5	-8,1	-7,1	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-8,9	-6
IWF	-7,8	-12,9	-8,7	-8,8	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-9,7	-8
Irland												
EU-KOM	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-5,2	-2,9	-0,9	-0
OECD	-7,3	-14,3	-11,7	-10,8	-	-	-	-	-5,2	-2,9	-0,4	1
IWF	-7,2	-11,4	-12,2	-11,5	-	-	-	-	-5,2	-2,9	0,4	-0
Luxemburg												
EU-KOM	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	5,3	-0,4	0,9	1
OECD	2,9	-0,7	-3,8	-4,9	-	-	-	-	5,3	5,6	6,3	6
IWF	2,5	-1,1	-3,8	-5,0	-	-	-	-	5,3	5,7	11,2	11
Malta												
EU-KOM	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-5,4	-3,9	-4,9	-4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,7	-4,0	-4,8	-4,8	-	-	-	-	-5,4	-3,9	-5,1	-5
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	4,2	3,9	5,9	6
OECD	0,7	-5,3	-6,4	-5,4	-	-	-	-	4,8	5,4	5,3	5
IWF	0,7	-4,9	-5,9	-5,1	-	-	-	-	4,8	5,2	5,0	5
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	3,6	2,9	3,1	4
OECD	-0,5	-3,4	-4,7	-4,6	-	-	-	-	3,3	2,3	3,0	3
IWF	-0,5	-3,6	-4,8	-4,5	-	-	-	-	3,5	1,4	1,8	1
Portugal												
EU-KOM	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-12,1	-10,5	-10,1	-10
OECD	-2,9	-9,4	-7,4	-5,6	-	-	-	-	-12,0	-10,3	-10,2	-10
IWF	-2,8	-9,4	-8,8	-7,5	-	-	-	_	-12,1	-10,1	-9,0	-10

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssald	lo		Staatssch	uldenquote	9		Leistungs	bilanzsaldo	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-6,7	-3,1	-4,5	-4,1
OECD	-2,3	-6,8	-6,4	-5,3	-	-	-	-	-6,5	-1,3	-0,9	-3,0
IWF	-5,0	-9,0	-7,3	-7,4	-	-	-	-	-6,5	-3,2	-1,8	-1,9
Slowenien												
EU-KOM	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-6,2	-0,9	-1,4	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	-6,1	-6,1	-4,9	-	-	-	-	-6,2	-0,3	-1,5	-1,2
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,5	-5,1	-4,6	-4,5
OECD	-4,1	-11,2	-9,4	-7,0	-	-	-	-	-9,7	-5,4	-4,1	-3,3
IWF	-4,1	-11,4	-10,4	-9,6	-	-	-	-	-9,6	-5,1	-5,3	-5,1
Zypern												
EU-KOM	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-17,7	-8,5	-7,1	-7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,9	-6,1	-7,5	-8,8	-	-	-	-	-17,7	-9,3	-11,4	-10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Mai\ 2010.$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	ushaltssald	lo		Staatsschi	uldenquote	2		Leistungs	bilanzsaldo	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	1,8	-3,9	-2,8	-2,2	14,1	14,8	17,4	18,8	-22,9	-9,6	-6,0	-5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-24,2	-9,5	-6,3	-5,
Dänemark												
EU-KOM	3,4	-2,7	-5,5	-4,9	34,2	41,6	46,0	49,5	2,2	4,0	3,9	3
OECD	3,4	-2,8	-5,5	-4,8	-	-	-	-	2,2	4,0	3,2	2
IWF	4,5	-3,0	-5,4	-4,2	-	-	-	-	2,2	4,0	3,1	2
Estland												
EU-KOM	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4	4,6	7,2	9,6	12,4	-9,4	4,6	4,9	3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,3	-2,1	-2,4	-	-	-	-	-	-9,4	4,6	4,7	3
Lettland												
EU-KOM	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9	19,5	36,1	48,5	57,3	-13,0	8,7	8,3	4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,5	-7,7	-12,9	-	-	-	-	-	-13,0	9,4	7,0	6
Litauen												
EU-KOM	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5	15,6	29,3	38,6	45,4	-11,9	2,6	2,8	2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-8,9	-8,6	-	-	-	-	-	-11,9	3,8	2,7	2
Polen												
EU-KOM	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0	47,2	51,0	53,9	59,3	-5,0	-1,6	-2,8	-3
OECD	-3,7	-7,1	-6,9	-6,5	-	-	-	-	-5,0	-1,6	-1,6	-2
IWF	-3,7	-7,2	-7,5	-	-	-	-	-	-5,1	-1,6	-2,8	-3
Rumänien												
EU-KOM	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4	13,3	23,7	30,5	35,8	-12,7	-4,4	-4,4	-5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,8	-7,4	-6,5	-	-	-	-	-	-12,2	-4,4	-5,5	-5
Schweden												
EU-KOM	2,5	-0,5	-2,1	-1,6	38,3	42,3	42,6	42,1	9,5	7,1	6,1	6
OECD	2,2	-1,1	-2,9	-1,7	-	-	-	-	9,3	7,2	6,3	7
IWF	2,5	-2,2	-3,3	-2,1	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	5
Tschechien												
EU-KOM	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7	30,0	35,4	39,8	43,5	-3,4	-1,0	-0,3	-1
OECD	-2,7	-5,9	-5,4	-5,7	-	-	-	-	-0,6	-1,0	0,1	-C
IWF	-2,0	-6,0	-5,1	-5,3	-	_	-	_	-3,1	-1,0	-1,7	-2

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	ushaltssald	lo		Staatssch	uldenquote	9		Leistungs	bilanzsaldo	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0	72,9	78,3	78,9	77,8	-7,2	0,4	-0,2	-0,3
OECD	-3,8	-3,9	-4,5	-4,3	-	-	-	-	-7,1	0,2	0,8	-0,4
IWF	-3,7	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-7,2	0,4	-0,4	-1,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2010.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juni 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X